



auftrag

August 1986

156/157

● **auftrag**

August 1986

Heft 156/157 — 26. Jahrgang

3	Gott statt Religion	H. F. — M. H.
5	„Glaubensbekenntnis — Bekennen des Glaubens. . .	H. F.
7	Vom Sinn der Marienverehrung — 1986	Ludwig Dallmeier
10	Montag, 28. April 1986 Begrüßung	Heinrich Havermann
12	Die Bedeutung des Glaubens für den Soldaten im Krieg — Erfahrungen und Erinnerungen —	Wilhelm Heß
18	Bezug von Glaube und beruflichem Leben für die Situation in der Bundeswehr	Enno Walter
29	Bundeskonzferenz der GKS — Eröffnung —	Willy Trost
29	Konzeptionspapier	Walter Hütten
35	Dienstag, 29. April 1986 Wo stehen wir heute, 15 Jahre danach?	Willy Trost
39	Lagefeststellung der GKS 1986	Jürgen Bringmann
44	Pontifikalamt Predigt unseres Militärbischofs	Elmar Maria Kredel
47	Empfang	
49	Mittwoch, 30. April 1986 Zentrale Versammlung Bericht des Vorsitzenden	Heinrich Havermann
70	Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden GKS	Georg Heymen
74	Der neue Bundesvorsitzende	Willy Trost
78	Donnerstag, 1. Mai 1986	
79	Freitag, 2. Mai 1986	H. F.
81	Frieden und Freiheit	H. F.
82	„Als Soldat dem Frieden und der Freiheit dienen“	Michael Gadow
86	Prinzipien und Kriterien einer Politik der Friedens sicherung in neueren kirchlichen Dokumenten	Ernst J. Nagel
100	Die militärische Konzeption der NATO — Kritik und alternative Modelle	Walter Schilling
109	SDI — Fakten und Bewertungen	
126	Das aktuelle Buch	

Gott statt Religion

„Diese Aufschrift fand ich vor wenigen Tagen an einer evangelischen Kirche“, so schrieb mir eine Frau vor wenigen Tagen. „Was wollte der Schreiber damit sagen?“ war ihre abschließende Frage.

Wollte er behaupten, daß Gott nicht in einer Religion erfahrbar ist? Oder wollte er zum Ausdruck bringen, daß die Religion Gott verdunkelt oder den Blick auf Gott verstellt? Möglicherweise wollte er auch einfach sagen, daß man Gott in dieser Religion nicht oder überhaupt nicht in einer Religion erfahren könne.

Im Prinzip ist diese Aussage eine Neuaufgabe des seit Jahren wenig erfolgreichen Slogans: Christus ja, Kirche nein.

Man glaubt, daß die Kirche (die Kirchen) eigentlich überflüssig seien. Es gibt Zeitgenossen, die glauben, die Kirche sei vor Jahrhunderten vielleicht notwendig gewesen, aber heute nicht mehr zeitgerecht.

Der moderne Mensch könne Jesus und Gott mit wissenschaftlicher Hilfe einordnen und dann seinen Bezug zu Gott selbst festlegen und regeln. Andere wieder sind radikaler und behaupten, die Kirche war niemals notwendig. Sie ist von ganz gewieften Leuten (u. a. Paulus) konstruiert, dann von den jeweiligen Päpsten entsprechend verfeinert worden als Instrument der Unterdrückung. Dabei habe sich die Kirche seit der Konstantinischen Wende immer mit den Mächtigen liiert, um die Macht zu erhalten. Man unterstellt also der Kirche, daß sie einfach ein Machtinstrument sei, wie viele andere auf dieser Erde auch.

Anerkannt wird jedoch, daß es einen Gott gibt, aber den müsse jeder selbst finden. Und da genau fängt der Hochmut dieser Zeit an. Im Rausch des technischen Fortschritts glaubt man, nun auch noch bestimmen zu können, wer Gott ist und was er zu tun hat.

Man will nicht wahrhaben, daß das Gottesbild der Kirche nicht von ihr selbst gemacht, sondern von Gott geoffenbart wurde. Ebenso will man nicht zugeben, daß unser heutiges Wissen über Gott ja nur aus den Religionen kommt.

Gewiß — und die Kirche hat das im II. Vaticanum deutlich gesagt —, es gibt seit den ältesten Zeiten „eine gewisse Wahrnehmung jener verborgenen Macht, die dem Lauf der Welt und den Ereignissen des menschlichen Lebens gegenwärtig ist, und nicht selten findet sich auch die Anerkenntnis einer höchsten Gottheit oder sogar eines Vaters“. (Aus: II. Vat. K. Nichtchr., 2) Damit wird jedoch Religion nicht überflüssig. Religion ist ja erst die Aussage über den unendlichen und unerforschbaren Gott. Wer also behauptet, daß er dieses oder jenes über Gott sagen kann, der „macht“ Religion.

Er tut also genau das, was er den Kirchen als falsch oder unnötig ankreidet. Nur eines, diese „persönliche Religion“ ist zunächst für niemand anderen nachvollziehbar. Dieser muß erst die neue Auffassung übernehmen. Damit wird aber eine neue Religion begründet mit all den „Folgen“, die man der „etablierten“ nachsagt.

Nun könnte man jedoch sagen, Gottsicht ist so individuell, daß jeder seine eigene Sicht erarbeiten muß. Was aber kommt dabei heraus, wenn ein jeder sich seinen Gott selbst bastelt? Ist es dann überhaupt noch notwendig, von Gott zu sprechen? Kommt man nicht zu jener Form: Es gibt ein höchstes Wesen, Gott? Oder ist das nicht manchem schon zuviel? Denn „Wesen“ deutet auf Person hin. Ist es denn eine Person, wie der Christusglaube lehrt? Oder ist es vielleicht nur eine Urkraft? Ist es eine höhere Logik? Vielleicht ist es auch nur eine motorische Kraft von ungeheurer Stärke, aber ohne Zielrichtung?

Wer Gott in den Bereich menschlicher Verfügbarkeit, zeitgenössischer Meinungen oder auch philosophischer Erkenntnisse zieht, der macht Gott zu einem Produkt menschlicher Phantasie.

Der Gutmeinende, der Suchende unserer Tage aber steht mit leeren Händen da. Denn ihm verkünden die einen, Gott ist unbeeinflussbare Urgewalt. Für andere wird er als weltabgewandter, uninteressierter Schöpfer aus „Olms-Zeiten“ verkündet, und wieder andere werden ihn als Machtmechanismus schildern.

Was aber hat der Mensch davon?

Der Mensch, dessen Natur und dessen Wesen darauf angelegt ist, sich als Teil einer Schöpfung zu begreifen, hat keine Verbindung zu dem, der ihn erschaffen hat. Er muß sein Leben als Teil einer riesigen Maschine sehen, in die er — trotz seines unverwechselbaren Eigenseins — hineingesteckt wurde, um eine Funktion zu erfüllen. Das ist im letzten die menschenverachtende Ideologie des Marxismus. Der Mensch verliert seinen Eigenwert. Er ist in dieser Sicht die Ansammlung chemischer Substanzen unter reichlicher Beimengung von Wasser. Armer Mensch.

Aber es gibt eben das andere Gottbild, das Bild vom Schöpfer-, Vater-, Erlöser-Gott. Von dem Gott, der Himmel, Erde und den Menschen erschaffen hat. Er erhält diesen Menschen und hat ihn durch die Erlösung Jesu Christi hineingenommen in sein Reich, ein Reich der Ewigkeit und Freude.

Und diesen Gott verkündet die christliche Religion. Sie kann das, nicht weil sie einige gute Manager (oder Päpste und Kardinäle) hatte, sondern weil ihr etwas verliehen wurde: der Auftrag. Der Auftrag, das Bild vom Gott der Liebe und der Gerechtigkeit zu verkünden.

Diese Botschaft, diesen Auftrag haben nun nicht Menschen sich gegeben, sondern sie wurde durch das fleischgewordene Wort Gottes verkündet und der Kirche zu lehren befohlen. Gott hat sich den Menschen geöffnet. Gewiß ist das nur im Glauben zu erfahren. Denn Gott hat sich nicht als Despot erwiesen, sondern als jener, der seinen Geschöpfen, ihm ähnlich, die Freiheit des Erkennens und Entscheidens zugebilligt hat. Das Wissen über Gott aber haben die Religionen aus dem Munde der Propheten gesammelt, haben es ergänzt und berichtigt durch die Aussage, die Christus als Sohn des Vaters verkündet hat. Wenn man diesen Weg annimmt, dann erkennt man, daß Religion, daß Kirche ein — der — Weg zu Gott ist.

Religion und Gott bedingen einander. Und Träger der Religion ist die Kirche. Sie ist beauftragt. Wenn man also Gott anerkennt, dann kann man seinen Weg über Christus nicht ausschließen. Wenn wir aber Christus als Überbringer des Wortes Gottes ansehen, dann bitte, dann lese man nach, was er geoffenbart hat.

Sein Wort war gültig vor 2000 Jahren und wird gültig bleiben, bis die gesamte Schöpfung nach dem Willen Gottes neu gestaltet ist.

H.F. — M.H.

„Glaubensbekenntnis — Bekennen des Glaubens im Alltag“

26. Woche der Begegnung

Freising

130 Vertreterinnen und Vertreter aus Pfarrgemeinderäten, Delegierte der GKS, Gäste und Helfende waren in diesem Jahr vom 27. April bis 2. Mai 1986 mit unserem Militärbischof, Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, dem Militärgeneralkvikar, Prälat Dr. Ernst Niermann, in Freising zur 26. Woche der Begegnung versammelt.

Wenn man von diesen 26 „Wochen der Besinnung“ — wie es früher hieß oder heute „Wochen der Begegnung“, — an 25 teilgenommen hat, dann ist man geneigt, Vergleiche zu ziehen. Es gab in diesen 25 Jahren „schwache“ Wochen. Es gab auch sehr starke Wochen. Wochen in denen Meilensteine für die Laienarbeit gesetzt wurden. Es gab Wochen in denen die Delegierten zu einer neuen Dimension der Frömmigkeit durchstießen.

Wenn man all' diese Veranstaltungen im Geiste noch einmal vorüberziehen läßt (Heft 155 Anlage 1a, S. 16/17), dann erkennt man, daß hier etwas „gewachsen ist“, wie es Bischof Hengsbach einmal ausdrückte. Es ist gewachsen, das Vertrauen in uns selbst, daß wir, wenn wir unsere Gaben einbringen, mit der Gnade Gottes in dieser Kirche arbeiten können. Es wird erkennbar, daß immer wieder dann, wenn die Grundidee, „das Denken mit der Kirche“, verlassen werden sollte, Mitglieder aufstanden und den richtigen Weg wiesen. Es gab aber oft auch Stunden, da uns das Wort unseres Hirten geholfen hat, das Ziel klarer zu erkennen und das Maß genauer zu halten.

Und es gab sehr fröhliche Begegnungen, die uns im Gefühl stärkten, daß Christen wirklich Erlöste sind.

Wenn der Chronist nun diese Woche einordnen soll, so gerät er in einen gewissen Zwiespalt. Das Thema gab eine Richtung an. Und es gab Referate, da hielt die Versammlung den Atem an. Wenn ein General a. D. von 70 Jahren mit dem Feuer eines Jugendlichen bekennt, daß nicht nur die Not beten lehrt, sondern daß auch die Grundhaltung getragen hat, wenn der Tod vor Augen stand.

Wenn dann von den Urängsten, von Furcht und Sorge gesprochen wurde und daß dann das Gebet geholfen hat, dann wurde denen, die solche Zeiten erlebt hatten, deutlich, daß dieses „Gehaltensein im Glauben“ letztlich auch die Rettung aus der Not bedeutet hat.

Und bei den Kameraden, die nunmehr seit mehr als 40 Jahren diese Bewährungsprobe nicht abzulegen brauchten, wird klar, daß man für diese lange unkriegerische Zeit nur Gott danken kann. Daß man sich aber der Gnade öffnen muß, weil man einfach nicht wissen kann, welchen „Bewährungsproben“ man noch ausgesetzt sein könnte. Sicherlich wird mancher auch daran denken, daß Entscheidungen in friedlichen Zeiten auch tiefe Wunden verursachen können.

Wenn dazu ein aktiver General, der den Krieg nicht mehr als Soldat mitgemacht hat, bekennt, daß ihm der Glaube „gaudium et spes“, Freude und Hoffnung, bei der Bewältigung seiner Aufgabe sei, dann wurden persönliche Bekenntnisse abgelegt, die tief begründet sind.

Wenn man hinzunimmt, daß hier — vor uns — ein „hoher Funktionär“ dieses Staates bekennten konnte, daß ihm in seiner Arbeit, in seiner Verantwortung, in seinem Amt die Kirche „Mater et magistra“ — Mutter und Lehrmeister — ist, dann fühlte jeder Delegierte die tiefe Kraft, die aus dem Glauben zuwächst.

Nicht zuletzt wurde auch aus dem Beitrag, den der Redakteur am nächsten Tag aus seiner Kriegserfahrung beisteuern konnte, erlebbar, daß der Glaube auch tragen kann, wenn es gilt die kleinen Probleme des Alltags zu lösen.

Versetzt man sich dann zurück in Tage, da in dem Gottesdienst das Geheimnis der Erlösung Christi präsent wurde, wie das Wort Gottes — in den Predigten ausgelegt — helfen konnte, den Alltag zu bewältigen, dann wurde deutlich, wie tief diesmal das Glaubenserlebnis empfunden werden konnte und auch empfunden wurde, wie viele Teilnehmer beim Abschied versicherten. Mir will es scheinen — besonders wenn man die Post der Wochen nach Freising betrachtet —, als wäre hier ein guter, tiefer Impuls ausgegangen.

Abweichend von der zeitlichen Reihenfolge sei daher nachstehend zuerst die Ansprache zur Maiandacht am 1. Mai in Maria Bründl abgedruckt.

Der kath. Standortpfarrer Landsbut, Militärpfarrer Ludwig Dallmeier, hat mit seinen Worten einen sehr tiefen Beitrag zu unserem Thema gegeben.

Vom Sinn der Marienverehrung — 1986

Ansprache zur Maiandacht

Liebe Marienverehrer!

Vor etwa 150 Jahren begann eine Blütezeit der Marienverehrung. Man sprach nicht zu Unrecht von einem „marianischen Zeitalter“.

Die damals entstandenen Marienwallfahrtsorte werden noch heute von vielen Gläubigen besucht.

Vergleicht man aber unsere Marienverehrung mit der der vergangenen Zeit, so scheint sie doch zumindest sehr stark abgekühlt.

Man hört heute nur wenig über Maria, und was man heute über sie spricht und schreibt, wie man ihre Festtage feiert, das sieht so nüchtern, ja so arm aus, daß mancher sich fragt: Gilt denn das alles nicht mehr, was früher einmal gut und richtig war?

Manchem erscheint heute der Überschwang der Lieder und Gebete übertrieben, zu sentimental. Wir sind in unserer Frömmigkeit viel nüchterner geworden. Wir haben, in unserem Bereich zumindest, nicht diese spontane und herzliche Andacht zur Madonna, wie wir sie in südlichen Ländern finden und antreffen können.

Auch erscheint manchen von uns — im Blick auf die getrennten Christen — eine gewisse Zurückhaltung in der Marienverehrung geboten, um die Ansätze zur Einheit der Christen nicht unnötig zu belasten.

Denn die Protestanten befürchten, daß die Marienverehrung den einzigen Mittler Jesus Christus zu sehr in den Hintergrund drängen könnte.

In diesem Zusammenhang ist sicher nicht ganz uninteressant, was der vor einigen Jahren verstorbene lutherische Propst Hans Asmussen einmal gesagt hat: Man kann nicht nach Jesus fragen, ohne seine Mutter ins Auge zu fassen. Man hat Jesus Christus nicht ohne Maria! Das ist keine leere Formel, über die Theologen sich streiten mögen. Es hängt unser Heil daran! Maria ist das Bindeglied, das den Herrn Jesus Christus mit der Menschheit verbindet.

Die Art und Weise der Marienfrömmigkeit wird sicher überall und auch zu allen Zeiten verschieden und anders sein. Es ist auch gar nicht notwendig, ja, ich meine, es würde sogar einen Mangel an katholischer Fülle darstellen, wenn die marianische Frömmigkeit allüberall gleich und uniform wäre. Auch in dieser Frage gibt es im Hause des einen Vaters und der einen Mutter Kirche viele Wohnungen.

Aber das prophetische Wort Mariens erfüllt sich dennoch auch für unsere Zeit: Selig werden mich preisen alle Geschlechter!

Wir leben in einer Zeit, die voll ist von Fragen und Ängsten, von Unruhe und Unsicherheit — auch in der Kirche.

Wir haben einen notvollen, angefochtenen Glauben, der inmitten der Finsternis angstvoll nach Gott ruft, nach dem fernen, unsichtbaren Gott, der aber dennoch auch bekennt, daß ihm in Jesus Christus dieses unbegreifliche Geheimnis Gottes unsagbar nahe ist.

War dies aber nicht auch der Glaube Mariens?

Dieser dunkle und doch aller Anfechtung trotzbare Glaube, der immer wieder Gottes Wort bedachte und sein geheimnisvolles Walten in ihrem Leben?

Von ihr wird deshalb ja auch gesagt: Selig bist du, weil du geglaubt hast!

Wir müssen und dürfen mit den Aposteln und mit dem Mann im Evangelium sagen: Ich glaube, Herr, aber hilf du meinem Unglauben!

Von Maria gilt dies natürlich nicht. In allen Rätseln und Dunkelheiten sehen wir sie niemals schwach im Glauben; niemals wird sie deshalb auch, wie etwa die Apostel, „Kleingläubige“ genannt.

Wie die Heilige Schrift von Abraham als dem „Vater unseres Glaubens“ spricht, so dürfen wir Maria als die „Mutter unseres Glaubens“ bezeichnen und auch verehren. Sie möge mit ihrer Fürsprache der Not unseres Glaubens zu Hilfe kommen!

Liebe Mitchristen!

Bei Christus hat nur der Glaube einen Wert, „der sich in der Liebe auswirkt“ (Gal 5,6).

Das Ja-Wort Mariens in der Verkündigungsszene (Lk 1) ist nicht nur das Wort des Glaubens, sondern auch das Wort der Liebe, die sich Gott ganz ausliefert.

Die vor kurzem verstorbene Atheistin Simone de Beauvoir hat einmal gesagt: Wenn man Gott auch nur das Geringste vorenthielte — es wäre immer noch zuviel, sofern er existiert.

Da er lebt, gibt es ja nun tatsächlich Menschen, die ihm wirklich alles geben, verschwenderisch und ohne Vorbehalte.

Im Evangelium wird beispielsweise von drei Frauen erzählt, die diese „Tugend der Verschwendung“ praktizieren:

- Maria Magdalena, die ihre grenzenlose Liebe dem Herrn erweist im Hause des Pharisäers Simon.
- Maria von Bethanien, die schier unbegrenzt Zeit hat für den Herrn und offen ist für sein Wort.
- Und schließlich noch einmal Maria, von der in der Karwoche das Evangelium verkündet, daß sie in verschwenderischer Liebe das Salböl über die Füße des Herrn gießt, weil das Wertvollste immer noch zu gering ist für ihn.

Sie alle aber übertrifft Maria, seine Mutter! Sie hat Christus im wahrsten Sinne des Wortes „zur Welt gebracht“: durch ihre selbstlose Liebe, die nicht auf Lob und Anerkennung wartet für diesen ihren stillen Dienst.

Gerade darin ist sie denn auch das große Vorbild für die ganze Kirche geworden, die in diesem Dienst an der Welt den Auftrag Jesu Christi erkennt, der von sich selbst gesagt hat: Der Menschensohn ist nicht gekommen, sich bedienen zu lassen, sondern zu dienen!

Maria, die demütige Magd des Herrn, die Mutter unseres Glaubens und die Mutter der schönen Liebe, hilft uns durch ihr Vorbild und durch ihre Fürbitte, damit auch wir unsere Berufung erkennen, dem Werk der Erlösung zu dienen, wo immer uns der Herr hingestellt hat, wo immer er uns braucht und haben will.

In diesem Monat, der ihr besonders geweiht ist, rufen wir deshalb immer wieder vertrauensvoll zu ihr:

Du Mutter der Gnaden,
o reich uns die Hand
auf all unseren Wegen
durchs irdische Land.
Hilf uns, deinen Kindern,
in Not und Gefahr!
Mach allen, die suchen,
deinen Sohn offenbar!
Amen.

Vor Beginn der 26. Woche der Begegnung war in der Bundeskonferenz der GKS am 28. April eine wichtige Entscheidung gefallen.

Mit tiefem Bedauern mußten die Delegierten davon Kenntnis nehmen, daß der langjährige Sprecher und Bundesvorsitzende der GKS, Oberst i. G. Georg Heymen, um seine vorzeitige Pensionierung nach dem Personalstrukturgesetz nachgesucht hat und daß er mit dem 31. März 1986 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist. Somit war — da nur ein aktiver Soldat Bundesvorsitzender sein kann — eine Neuwahl fällig. Im Frühjahr 1977 übernahm Georg Heymen das Amt von Oberst Dr. Helmut Korn. Er war seit Gründung des KOK der dritte Sprecher des Führungskreises bzw. Bundesvorsitzende.

Getreu der Devise alter Generalstabsart „mehr sein als scheinen“ und gegründet auf seine persönliche Bescheidenheit, hat er dieses schwere Amt neun Jahre mit Ruhe und Ausdauer — auch dann, als es ihm gesundheitlich eine Zeitlang nicht gut ging — oft auch unter erschwerten Umständen — Dienort München — so gut ausgefüllt, daß allen Teilnehmern der Wahlgang sichtlich schwer fiel.

*Seine für die GKS bedeutungsvolle Arbeit fand ihre Würdigung durch die Berufung durch den Bundesvorstand zum **Ehrenbundesvorsitzenden**.*

Als sich Georg Heymen am Dienstag dann, nach seinem letzten Rechenschaftsbericht bei unserem Militärbischof abmeldete und die Übergabe an Oberstleutnant Willy Trost bekanntgab, faßte der Tagungsleiter die Dankbarkeit der Delegierten mit den Worten zusammen: „Georg Heymen hat sich um die GKS verdient gemacht.“ Stehend gaben alle Teilnehmer durch min-

tenlangen Beifall ihre Zustimmung zu dieser Feststellung. In diesen Minuten wurde deutlich, was es heißt, einen Dienst in der Kirche zu leisten, getragen von der Zustimmung der Kameraden im dienstlichen Bereich und der Glaubenden in der großen Gemeinschaft der Mutter Kirche.

Dank Dir, lieber Georg!

So waren auch die persönlichen Glückwünsche, daß Georg Heymen noch viele gute Jahre beschieden sein mögen, daß er den Dank auch seiner lieben Frau weitergeben kann, die so oftmals auf seine Anwesenheit um der großen Aufgabe willen verzichten mußte. Aber es wurde auch die Hoffnung deutlich, daß wir seinen Rat noch oft erhalten mögen.

Nachzutragen ist nun, daß Willy Trost, uns allen kein Unbekannter und seit Anfang an der Arbeit der kath. Laien im Jurisdiktionsbereich des kath. Militärbischofs verbunden, mit 12 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Willy Trost, zuletzt Vorsitzender des Sachausschusses Gemeinde, ist für dieses Amt — diesmal im Verband GKS — wohl vorbereitet; er war von 1972—1973 Sprecher im Wehrbereich III und von 1978—1983 im Bereich Ausland.

Die Glückwünsche der Delegierten zu diesem — nach so großen Vorgängern — nicht leichten Amt — auch in einer zunehmend schwerer erscheinenden Zeit — gipfelten in dem Wunsch für Gottes Segen.

Auch dem unterlegenen Kandidaten Oberstleutnant i.G. Michael Gadow galten viele gute Wünsche, zumal er zu erkennen gab, daß er seine volle Arbeitskraft als stellvertretender Vorsitzender der GKS weiter zur Verfügung stellen wird.

Es ist vielleicht ein Zeichen besonderer Reife im demokratischen Umgang, daß alle Anzeichen von Verstimmung und nörgelndem Besserwissen unterblieben. Der Dienst an der Gemeinschaft, an der Kirche, am Glauben hat Vorrang. Das heißt nicht, daß man um Sachentscheidungen in der Diskussion nicht fair kämpft. Das schließt auch ein — da wir ja alle fehlerhafte Menschen sind —, daß man sich schon einmal verbal vergreift. Ist aber in der Sache eine Entscheidung gefallen, dann muß — und erfolgte bisher auch immer — die tiefe Einsicht Platz greifen, daß für eine bestimmte Aufgabe eben ein „Mandatum“ erteilt wurde, dem sich nun alle zur Ausführung rückhaltlos unterordnen. Dazu gehört auch, daß man es ernst meint, wenn man täglich betet: „vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern“. Nur so können wir die Berechtigung behalten, Bauleute an Seinem Werk zu sein.

Montag, 28. April 1986

Unser Militärgeneralvikar, Prälat Dr. Ernst Niermann, eröffnete den Tag der GKS. In seiner gewinnenden Herzlichkeit hieß er alle Delegierten aufrichtig willkommen.

Oberstleutnant Heinrich Havermann, der Vorsitzende der Zentralen Versammlung begrüßte die Teilnehmer und hieß besonders die Gäste herzlich willkommen.

Er führte aus:

Die 26. WOCHEN DER BEGEGNUNG als zentrale Veranstaltung der katholischen Militärseelsorge auf dem Gebiet der Laienarbeit hat der Herr Militärgeneralvikar soeben eröffnet. Sie haben zugunsten dieser Woche schon einen Teil des vergangenen Wochenendes geopfert. Dafür und für die mit Ihrem Kommen bekundete Bereitschaft, hier im Interesse des Laienapostolates mitzuarbeiten, danke ich Ihnen sehr herzlich. Als Vorsitzender der ZENTRALEN VERSAMMLUNG, die das im Sinne des Konzilsdekretes über das Apostolat der Laien unseren Militärbischof beratende Laiengremium ist, heiße ich Sie alle auf dem Domberg in Freising willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt den Gästen dieser Woche:

- unserem lieben Kameraden Oberstleutnant a.D. Wolfgang Müller von der CoV mit seiner Frau
- dem Moderator des Priesterrates, Militärpfarrer Winfried Hahner
- unseren ausländischen Kameraden aus den USA, England, Belgien und Frankreich
- den Gästen des AMI und der AKS Oberstleutnant dG Rolf Urrisk und Oberstleutnant Herbert Punz, nicht zuletzt aber den beiden Rednern des Tages, Generalmajor a.D. Wilhelm Heß und Brigadegeneral Enno Walter.

Die ZENTRALE VERSAMMLUNG des vergangenen Jahres beschloß, diese 26. WOCHEN DER BEGEGNUNG einer vertieften Auseinandersetzung mit Fragen des Glaubens zu widmen, weil immer deutlicher werde, daß Glaube und Leben zunehmend auseinanderfallen.

Sodann wies er auf das Thema der Woche „Glaubensbekenntnis — Bekennen des Glaubens im Alltag“ hin.

Zum Schluß stellte er die Tagungsleitung unter Leitung von Oberfeldarzt Dr. Wigbert Werner vor. Ihn unterstützten Oberstleutnant Jürgen Bringmann und Hauptmann Wieland Oden.

Da dieser Tag die Veranstaltung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten war, begrüßte Oberst a.D. d. R. Georg Heymen die Anwesenden und führte dann in einer kurzen Charakteristik die Redner ein.

General a.D. Wilhelm Heß ist seit der Gründung des KOK, ja sogar der Vorläufergruppen 1956 in Köln, der Laienarbeit verbunden.

O. Heymen skizzierte in kurzen Strichen diesen langen gemeinsamen Weg.

Und er führte dann auch aus, wie aus der jungen Generalsgeneration, in General Walter im Glauben überzeugte Christen nachgewachsen sind.

So wurden die Referate mit Spannung erwartet.

Die Bedeutung des Glaubens für den Soldaten im Krieg

— Erfahrungen und Erinnerungen —

Wilhelm Heß

Etwas über die Bedeutung des christlichen Glaubens für Soldaten im Krieg, also in extremer Spannung, Not, Gefahr auszusagen ist für einen, der rund 9 Jahre im Feld und in Gefangenschaft war, ein angemessener Auftrag. Es ist aber auch ein heikler. Denn er berührt Innenleben und Intimsphären und sträubt sich in mancher Hinsicht gegen eine öffentliche Aussage. Wenn Sie urteilen, Sie hätten sich anderes erwartet, halten Sie mir bitte die logischen Unvollkommenheiten und die verwehten Stimmungen zugute.

Das Erinnern beginnt mit dem Sich-Zurückversetzen um 40 bis 45 Jahre und stößt sogleich auf eine ziemliche Versuchung: nämlich heutiges Denken retrospektiv in die Vergangenheit zu projizieren. Das kann die Aufrichtigkeit verunsichern. Zudem: Die eigenen Gefahrenlagen geben wohl Anhalte, aber wie viele ungezählte Schicksale der einst über 12 Millionen deutscher Soldaten waren im Erleben ungleich härter getroffen, drastischer, entsetzlicher, ja dauernder — und erst recht jene der nichtsoldatischen Opfer dieses Weltbrandes! Ich brauche keine Schlachten-Szenarios oder die Stacheldrahtlager zu beschreiben; „das geduldige Fleisch“, „die Nackten und die Toten“ bis zu „des Teufels General“ sind zusätzliche Bilder. Und das Frontschwein wird ergänzt vom Stabsoffizier, wenn es um die seelische Last der Verantwortung für ein Tun oder Unterlassen geht, gemäß Grillparzers Wort: „Man sage nicht, das Schwerste sei die Tat; da hilft der Mut, der Augenblick, die Regung. Das Schwerste dieser Welt ist der Entschluß!“ Und wenn der Entschluß falsch oder unglücklich war? Kam dann nicht unweigerlich Schillers Hinweis: „... der Übel größtes aber ist die Schuld!“? Entschluß, Tat, Schuld — das ist doch das Grundmuster menschlicher Verstrickung.

Was gibt einem der Glaube in den Sekunden ein, da einen bei der Feuertaufe die ersten Maschinengewehrgarben eindecken, in den Boden zwingen, das erste Blut floß, der erste Kamerad begraben wird? Oder da dann der Torpedo das Schiff in 50 Tote, 64 Verwundete, 250 Schiffbrüchige und einen Trümmerhaufen auflöst? Oder da man von Jabos durch die Mütze geschossen wird, aber unversehrt aus dem brennenden Wagen kriechen kann? Oder da nebenan ein Munitions-LKW getroffen explodiert, einen der Rest einer stabilen Hauswand überleben läßt? Oder da das bauchlandende Flugzeug Purzelbäume schlägt und man weiß Gott wie ohne ernsthafte Schäden dennoch rechtzeitig herausgekrochen ist? Oder, oder, oder? War das Dusel? Schwein gehabt? War es vielleicht doch der Schutzengel aus dem Morgengebet, das man als Kind gelernt hatte? Ist in solcher Schrecksekunde das Stoßgebet, das „Mein Gott!“, das „Marandjosef“ gedachter und angerufener Glaube oder eher automatischer Reflex der Kreatur als voll bezogene Religiosität?

Was man in den Sekunden einer Schnellreaktion gedacht hat, ist zumeist nicht zu rekonstruieren. (Soldaten und Polizisten wissen das, Staatsanwälte oft nicht.) Nein — nachher, wenn man durchkam, ging geordnetes Denken wieder an. Anders ist es, wenn die Gefahr

erkennbar heranschlich, wenn sie lastend anhielt, und immer dann, wenn sie zur Dauerlast, zum Leiden wurde. Das gilt dann aber nicht bloß für Krieg und Soldaten, das ist allfälliges Menschenschicksal. Mit dem Überleben, mit der Erleichterung wird man sich des „Gott sei Dank!“ bewußt. Dann werden de facto die Motivbilder beschlossen und die Wallfahrten gelobt. Da lehrt einen die Not richtig beten und auch das Gewissen erfor-schen.

Für die intuitive Echtheit eines Stoßgebetes in Not und Elend ist ein rührend einfaches Gemüt ein möglicherweise redlicheres Subjekt als ein geschulter Verstandesmensch. General Dietl hat mir ein Beispiel dafür erzählt: Auf den 10 deutschen Zerstörern der Orkanfahrt des April 1940 nach Narvik lagen die Kärntner Gebirgsjäger seiner Division kompanieweise im Bauch der schlingernden Schiffe. Sie durften nicht an Deck, um nichts zu ver-raten. In der Stickluft der deprimierenden Seekrankheit, bei der ekligen Verschmutzung der Bekleidung durch das ständige Erbrechen, beobachtete der General einen seiner jungen Bergbauern, der, den Rosenkranz in den Fingern und speigrün im Gesicht, halblaut betete: „Liebe Muttergottes, laß mi net so dreckat sterben!“

Stand der Tod vor Augen, hörte man selten fluchen; eher ein Wort des Galgenhumors; kaum aber Kraftparolen und leeres Geschwätz. Oft war es einfach still. Was einem durch den Kopf ging, wenn man die Hand eines Schwerverwundeten hielt, wird man für sich be-halten. Auch das Lied vom guten Kameraden entzieht man besser schon aus Pietät einer soziologischen Sezierung. Die Sonnenuhr an einem Kloster lautet: „Omnes (horae) vulne-rant, ultima necat“. Da ist keine Parole angehängt von „stolzer Trauer“; besser würde man die Toten-Praefation zitieren, denn sie gibt Hoffnung und Trost, dem Glaubenden sogar Sicherheit. Die Scheu, vom Sterben zu sprechen, ist wohl bei den Soldaten aller Zeiten ir-gendwie gleich. Man erzählt auch zuhause und nach dem Kriege in aller Regel nichts da-von.

Natürlich gibt es höchst anschauliche Bücher über das Grauenhafte des Kampfes, das Ver-halten, die Reaktionen, über Heldentum und Feigheit, über die Psychologie in der Schlachtenhölle, über die Kunst des Überlebens. Wir haben solche Schilderungen des Er-sten Weltkrieges als junge Offiziere lesen sollen und lesen wollen, z.B. das Kämpfertum bei Jünger, Beumelburg, Thor Groote; auch die ganz andere Sicht eines Renn, Barbusse, Remarque in der Konsequenz ihrer total konträren politischen Ideen. Solche Milieukennnt-nis gehört zum Langdiener, modern ausgedrückt, zum Handwerkszeug des Berufssolda-ten als „qualifiziertem Verteidigungsfacharbeiter“. Aus dem Koreakrieg stammt eine der besten Kampfpsychologien der Jahrhundertmitte, die Trilogie des amerikanischen Briga-degenerals Marshall, „Soldaten im Feuer“ — Pflichtlektüre der Offizieranwärter meiner Heeresoffizierschule. Indessen, was im Innenleben der Betroffenen und angesichts nahren Todes aus dem religiösen Glaubensbild eines Menschen gestammelt wurde oder sei-nem Blick in rätselhafte Ferne zuzusinnen war, hat man auch in diesen Darstellungen nicht analysieren wollen.

Hat religiöser Glaube, hat unser christlicher Glaube für die plötzliche wie die anhaltende Not im Krieg, in der Front, Luft, See, Gefangenschaft tatsächlich die Bedeutung jenes Haltes, jenes Stärkungsmittels für Geist, Seele, Gemüt, Willen in den Krisen? Ist der Glaube jener Trost für das eigene Dasein, für die umsorgten Mitmenschen in der Ferne, für die Hoffnung auf Durchstehen, Ändern, Gewinnen usw.? Und warum eigentlich? Kannte man denn seine Psyche genügend, um etwas über ihre Eigenschaften, Forderungen, ihre Funktionen zu wissen? Ehrlich gesagt: Man wußte wenig, ahnte manches, aber man erkannte rasch seine eigene Nichtigkeit und den Zwang zur Demut. Allerdings, die transzendenten Seinsbezüge — im profan-wissenschaftlichen Sinne alle letztlich nicht real, also irreel — sind uns nicht als Instinkt mitgegeben, eher als Keim.

Und dieser muß geweckt und gepflegt, muß zur allmählichen Erkenntnis der Re-ligio, d.h. der Rückbindung des Geschöpfes an den Schöpfer, gelenkt werden, mit der Konsequenz des Bewußtwerdens von Dankbarkeit, Vertrauen und Hoffnung. Außerordentlich verschieden ist hier die Erziehungsfähigkeit der Vorfahren, dementsprechend Unterschiedlichkeit und Haltbarkeit religiöser Erziehung. Vieles wirkt dagegen: Ideen, Zeitgeist, Deformierung, Verhöhnung, Leugnung, Menschenfurcht, Gleichgültigkeit, direkte areligiöse Verfolgung, auch bewußtes Totschweigen. Dies alles zielt auf die Aushöhlung religiösen Fühlens, das Nähren der Zweifel, das Verdrängen des Bekennens aus dem öffentlichen Leben in die Privatsphäre. Man behauptet Toleranz und erreicht breite und permanente Indifferenz, NB! eine der schwersten Mangelerscheinungen wohl auch im deutschen Militär der Vorkriegszeit, verbrämt mit der Blödelei über falsche oder richtige Gesangbücher. Und sie wäre wohl auch ungebremst gewachsen, hätten nicht wenigstens Heer und Marine der Wehrmacht an der Militärseelsorge festhalten können. Als es dann ernst wurde, ging auch manchem Superliberalen ein Licht auf, daß man mit amorpher Gottgläubigkeit allein oder mit Anthroposophie oder gar mit dem sagenhaften Mythos des XX. Jahrhunderts à la Alfred Rosenberg niemandem helfen konnte; letztlich auch nicht mit der zwar üblichen, etwas soldatesken Parole „Wer einmal richtig Schei... schrie, erspart sich Psychotherapie“ — immerhin die Landser-Ehrlichkeit des seelischen Stuhlgangs. Spaß beiseite — da riskiert mancher doch lieber mal einen Blick ins kleine Feldgesangbuch oder in die Tornisterbibel.

Ganz eindeutig zeigte sich: Das stärkste Bollwerk gegen religiöse Denaturierung gerade dieser Jahre des Dritten Reiches war das Aufwachsen in einer von treuem christlichen Glauben geprägten Familie, von klein auf, vom Einfluß solcher Eltern in nachsichtiger Liebe und Geduld trotz der Gegenläufigkeit vieler Einflüsse. Was hier beharrliche Bindung an Heimat und Haus, an vertraute Sitten ausmachte, bei der eigenen Familie zumal, war ein echtes Potential.

Wenn da ein Urlauber von der Front abends seine Frau mit den Kindern beten hörte: „für den lieben guten Vati draußen...“, dann war das allein schon erlebte und gelebte Geborgenheit im Glauben. Das gab die sichere Fernsteuerung bis in die Lage schwerster Not. Da bedurfte es nur kleinster Signale: ein Kreuzzeichen, ein Drücken des Eheringes, das Klin-

gen eines Ohres, ein Blick auf das Foto der Lieben, das Wort-für-Wort-Lesen der Post, ein Bild von der Heimat, ein Zitat aus Gedichten, die Vorstellung eines Gnadenbildes, das Berühren des Scheyrer Kreuzleins im Brustbeutel, das einem die Mutter mitgegeben hatte . . . oder auch: das kleine Wort zum Sonntag, das ein mitgefangener Pfarrerkamerad im Hungerlager Workuta auf Zementsackzetteln mit Strophen von Kirchenliedern aus dem Gedächtnis aufgeschrieben hat — alles quasi Hormonstöße des Glaubens von Sekundendauer, Blitzinjektionen aus Liebe und Gottvertrauen, und solchermaßen dennoch Maximalquellen stets neuer Kraft.

Im übrigen: Die Verankerung des Menschen in einem bewußten religiösen Glauben hat seine Bedeutung auch stets im Ausstrahlen auf andere und damit im Beispielhaften. Das galt für den Kommandeur einer Truppe, der beim Feldgottesdienst als erster zur Kommunion vortrat, genauso wie für die Stabschelferin, die als eingezogene Nonne in ihrem Verhalten auch den vielleicht lockereren Schwestern ein stilles ständiges Korrektiv bedeutete. Das „Ora et labora“ der Benediktinischen Stabilitas ist immer überzeugend, das „Tue recht und scheue niemand“ war eine echtere Parole als ein politischer Heldenspruch. Wenn es auf die Führungsverantwortung ankam, zeigte sich schnell, wer Opportunist und wer ein grundsatztreues Mannsbild war. Zweifel gab es im Verlauf des Krieges viele, von der beschönigenden Lagebeschreibung bis zum Leugnen und zur Selbsttäuschung über Tatsachen. Daß wir einen Eid auf die Fahne geschworen hatten, der uns in Not und Untergang führte, ist eine der großen Erfahrungen deutschen Soldatentums dieses Jahrhunderts. Der Eidnehmer selbst entlarvte sich als Eidbrecher. Dies schon im Krieg erkannt zu haben und ihr Gewissen höher zu stellen, ist die Ehre der Männer des 20. Juli. Aber niemand sollte getadelt werden, der solche Erkenntnisse nicht gewinnen konnte und seinen Eid durchhielt. Auch sein Gewissen ist eine Instanz seines Glaubens gewesen.

Das Unentbehrlichste nun für die Bedeutung und Verankerung des Glaubens im Kriegserleben schlechthin, aber auch das Natürlichste aus der Verfassung der menschlichen Natur heraus war das Gebet, die individuelle Zwiesprache des Menschen mit Gott. Und der Christengott ist ein persönlicher Gott und Gesprächspartner. Auf einmal ist man da vor Ihm, weil man ihn braucht; dann, weil man begreift, daß man Ihm Dank schuldet. Ich sprach von der Verankerung des Glaubens; dieser Vergleich zeige, daß das Lebensschifflein geborgen sein kann, wenn der Schiffer den Glaubensanker an starker Kette kraftvoll auswirft. Doch das allein tut's nicht; er muß auch aufpassen, daß der Untergrund hält und Strömungen den Anker nicht lockern und treiben lassen. Hier helfen ihm Ratgeber: Wir werden angeregt, aufgerufen, gemahnt, wir spüren die Seelsorge der Berufenen; sie müssen zu allen Zeiten verblaßtes Glaubensleben auffrischen, religiöses Pflichtbewußtsein neu mobilisieren oder auch begreiflich machen, daß Beten ein breites Ausruhen auf Glaubenswahrheiten sein kann, wie Kardinal Faulhaber das am Rosenkranz zeigte; eine Festigung zudem in den darauf gegründeten Ordnungen, ein erneuter Schulterschluß mit der Kirche und eine Überprüfung der eigenen Glaubenskonsequenzen, ob sie denn noch korrekt an den Leitplanken entlang liefen, die vom Taufgelübde und vom Jawort am Traualtar aufge-

stellt worden waren. Unseren Militärpfarrern schulden wir Kriegsteilnehmer wohl lebenslang Dank für ihre Wegweisungen. Das Gebet wird oft in die Meditation hinübergleiten und wieder in die Zwiesprache zurückfinden. Leider gab es schon allzu viele Kameraden, denen alle diese Begriffe nichts mehr sagten, die dann verlegen wurden oder in spöttische Albernheiten flüchteten; andere wurden sicher nachdenklich, auch wenn sie es nicht zeigen wollten.

Wesentlich mochte ein Gebet helfen, den Begriffen Angst, Furcht und Sorge gerecht zu werden, die im rein gefühlsmäßigen Erleben verwirrenden Schaden stiften können. Angst ist ein vages, diffuses Gefühl der Bedrohtheit und Hilflosigkeit, ansteckend, lähmend bis zur Abwehrunfähigkeit, als Massenerscheinung in Psychosen und Panik eine riesige Gefahr, zudem durch Parolen und Gerüchte der psychologischen feindlichen Kampfführung kräftig manipulierbar. Furcht erkennt die Gefahr real, kann sie verstandesgemäß analysieren — unbeschadet der Frage, sie bannen zu können. Furcht wird in der Aussichtslosigkeit die Angst anerkennen, ihr zugleich Mut entgegenstellen; wenn es kein Entrinnen gibt, kann sie durch Appell an geistige Werte ehrenhafte Haltung mobilisieren, um der reinen Verzweiflung entgegenzuwirken. Sorge ist das Erkennen, Voraussehen und die Abwehrplanung gegenüber Gefahren, die Furcht vor dem Nichtgelingen eingeschlossen, aber mit der Chance rechtzeitiger Lösung. Alle 3 Begriffe gehören generell zum Dasein in allen Lagen und Zeiten, im Kriege haben sie nur höhere Potenzen.

Im Gebet gilt es, Gottes Hilfe für die Festigkeit unseres Charakters in solchen Nöten anzurufen, dessen Stunde der Wahrheit dann schlägt. Charakterfestigkeit, das sagte uns schon Romano Guardini, kann man nicht als Dauerzustand gewinnen; man muß ständig neu um sie ringen. Und vom Charakter gibt es keinen Urlaub und für ihn keine Stellvertretung.

Nach Krieg und Gefangenschaft sprachen die Davongekommenen sicherlich manches Dankgebet. Es gab erhebliches Nachsinnen über Schuld und Fehlverhalten, Schuldzuweisungen und Kollektivurteile; im öffentlichen Lebensbild viel Erneuerung und Sühnestimmung im Glaubensleben. Aber so wenig die Verurteilung und Rache der Welt über uns vermeidbar war, so sehr hat andererseits der liberale Rausch an wiedergewonnener Freiheit den Zeitgeist verunreinigt. Mancher Heimkehrer war angesichts solcher Einflüsse betroffen. Ein Zitat machte gerade unter uns Älteren die Runde, dessen Fundstelle zwar unbekannt ist, das aber vielleicht an einer Kaserne des britischen Kolonialreiches im 18. Jh. gestanden haben könnte, als deutsche Landeskinder zum Kriegsdienst fremden Staaten als Söldner verkauft worden waren:

„Gott und den Soldaten ehret man
In Zeiten der Not — aber auch nur dann!
Ist die Not vorbei und die Zeit gewandelt,
Wird Gott rasch vergessen und der Soldat schlecht behandelt.“

Solcher Art Erfahrung mag stimmen. Für das Facit der Erfahrungen in Not und Armseligkeit, wenn man nach dem Strohalm greifen will, gibt es eine Quintessenz in äußerster

Kürze, die nicht allein für Krieg und Soldaten, sondern zu allen Zeiten immerwährende Geltung hat. Sie scheint mir ein geeignetes Schlußwort zu sein. Der erblindete Dichter Josef Martin Bauer war möglicherweise einstmals im Knabenseminar auf dem Freisinger Domberg, hier im Nachbarbau, wo heute das Diözesanmuseum seine Schätze breitet. Er betitelte einen seiner Romane „Siebtens: die Gottesfurcht“. Wenn Sie hinübergehen, dann lesen Sie im Lichthof dort den Spruch aus den alttestamentlichen Providentiae, 1. Kap., 7. Vers:

„Timor Domini — Principium Sapientiae“

„Die Furcht des Herren ist der Anfang aller Weisheit“.

Bezug von Glaube und beruflichem Leben für die Situation in der Bundeswehr

Enno Walter

Als ich auf die Bitte des Herrn Generalvikars, hier zu sprechen, selbstverständlich zusagte, war mir nicht so ganz klar, worauf ich mich einließ. Über Glaubenserfahrung zu sprechen — und darum scheint es mir hier zu gehen —, das ist eine sehr persönliche Angelegenheit, und ich muß gestehen, daß mir das nicht ganz leicht fällt.

Da mir aber der Ausweg einer dogmatischen Vorlesung mangels Qualifikation verschlossen ist, bleibt wohl nur, persönlich Stellung zu nehmen — und Soldaten wissen, was das heißt, eine Stellung zu beziehen. Außerdem fühle ich mich ein wenig zwischen Scylla und Charybdis: Bekenne ich frisch, fröhlich und frei, dann laufe ich Gefahr, daß gesagt wird, der hätte sein Brötchen auch weniger dick schmieren können — halte ich mich zurück, fragt sich mancher, warum läßt man diesen Neuheiden hier predigen, gibt's denn keinen gläubigen General?

Wenn man über den Bezug des Glaubens zum Leben in Alltag und dienstlichem Auftrag sprechen soll, dann muß man wohl zunächst über den Glauben selbst sprechen. Hier tut sich gleich eine neue Schwierigkeit auf: Trägt man mit dem Willen zu straffer Gedankenführung und knappem, präzisiertem Ausdruck vor, wirkt alles leicht zu glatt, zu klar, zu problemlos. Dieser Eindruck mag sich noch verstärken, wenn — bei aller Bereitschaft zur Offenheit — ein gewisser persönlicher Bereich unangetastet bleiben soll. Daher scheint es mir notwendig, gleich zu Beginn festzustellen: Auch mein Glaube ist ein unvollkommener, ein fragender, ein angefochtener. Ich stecke drin und stehe nicht darüber.

Dennoch will ich es wagen, im Hinblick auf das Thema einige Markierungen zu setzen:

1. Das Große Glaubensbekenntnis beginnt mit den Worten: „Wir glauben“. Glaube ist also für mich nicht „mein“ Glaube, sondern „unser“ Glaube. „Ein Christ ist kein Christ“, hat Tertullian gesagt. Glaube weist also für mich auf Gemeinschaft hin, und die Gemeinschaft der Glaubenden ist die Kirche und die Kirche, ist „Mater et Magistra“, Mutter und Lehrerin, die „heilige“ Kirche. Das zu erkennen ist eine Frage des Glaubens, das anzuerkennen fällt manchmal schwer. Nur sollte man sich, ehe man Zensuren verteilt, darüber im klaren sein, daß nicht nur der Papst und die Bischöfe und die Priester die Kirche sind, sondern das gesamte Volk Gottes. Kirche — „Kyriake“ heißt „dem Herren gehörig“ — das sind wir alle.

Und nun wird's für manchen schwierig: Dieser Kirche ist eine besondere Struktur eingestiftet, die eine klare Gliederung von Ämtern und Diensten enthält, in deren Mitte das bischöfliche und das priesterliche Amt stehen. Mit Autorität und Autoritäten aber tut sich unsere Zeit etwas schwer — in der Familie, im Staat und in der Armee wird das deutlich. Es ist „in“, zu „hinterfragen“, es gilt vielerorts als schick, Autorität abzulehnen und wenn nur mit der Begründung, weil sie eben Autorität ist.

Davon kann die Kirche, die in dieser Zeit lebt, nicht unberührt bleiben. Tatsächlich gibt es auch eine Diskussion um die „Demokratisierung“ der Kirche. Nun wird sich kirchliche Autorität heute anders darstellen müssen als in anderen Perioden der Geschichte, unveränderbar aber bleibt: „wer euch hört, hört mich“ (Lk 10, 16) unleugbar bleibt der göttliche Ursprung der „Auctoritas“, Vollmacht und Sendung durch Ihn. In dieser Sicht kann es keine Demokratisierung (mit Volkssouveränität und Mehrheitsentscheid) geben, eben weil Gott der Herr ist und sein Wille und seine Wahrheit nicht zur Disposition stehen. Ich fürchte, wir vergessen oder übersehen diesen Aspekt unseres Gottesbildes heute zu oft. „Dominus nomen eius“, ganz klar und hart, Herr ist sein Name, das sprang mich förmlich an, als ich vor einiger Zeit das 1. Lied des Mose las. Im übrigen: Auch Amt und Hierarchie sind gehalten, im Glaubensgehorsam auf den Herrn zu hören. Darüber hinaus haben wir Laien, gerade nach dem II. Vatikanischen Konzil, wirklich keinen Grund zu Minderwertigkeitskomplexen. Eher könnte einem angesichts der uns auferlegten „erhabenen Last“, wie die Dogmatische Konstitution über die Kirche sagt, angst und bange werden.

Und deshalb: Ich bekenne mich zu unserer Kirche und halte nichts von jenem modischen Drang zur „Emanzipation“ von Amt und Hierarchie.

2. Vor einiger Zeit las ich das Wort einer Frau, die mit ruhiger Sicherheit sagte: „Ich glaube, bedingungslos wie ein Kind!“ Diese Stärke und diese Gnade sind mir nicht geschenkt, aber mir imponiert dieses Wort „bedingungslos“. Diese Frau lebt ihren Glauben offensichtlich konsequent und ohne Wenn und Aber — und das ist für mich wichtig.

In unserem vorwiegend naturwissenschaftlich bestimmten Bildungssystem wird uns von Anfang an beigebracht, nur das für wahr zu halten, was wir mit dem Rechenschieber kontrollieren oder im Labor reproduzieren können. Das ist zunächst richtig und gut so (obwohl es schon für die Beziehungen von Menschen zueinander nicht ausreicht), nur ist das auf den Bereich des Glaubens so nicht anwendbar. Intellektuelles und rationelles Tüfteln hilft hier nur begrenzt. Um ganz klar zu sein: Das bedeutet nicht, der Glaube sei etwas Irrationales. Er ist vielmehr etwas Supra-rationales, ein Erkenntnisvorgang, der über das Rationale hinausreicht. Paulus spricht von den „unergründlichen Entscheidungen“, den „unerforschlichen“ Wegen Gottes, fragt, „wer hat die Gedanken des Herrn erkannt?“ (Röm 11). Insofern ist das Wort vom „Geheimnis des Glaubens“ keine Ausflucht, sondern die Feststellung eines Tatbestandes, und „bedingungslos wie ein Kind“ ist für mich nicht die Bankrotterklärung der Kritikfähigkeit, der Ausdruck von Unfertigkeit und mangelndem Denkvermögen, sondern von höchster Reife! Glaubensbekenntnis ist nicht nur Sache des Intellektes, sondern auch des Herzens und des Willens, also der Gesamtpersönlichkeit.

Glauben ist demzufolge für mich etwas Konsequentes (schon wieder dieses Wort!), Ganzheitliches, Rundes. Ein bißchen Glaube gibt es daher — so meine ich — ebensowenig wie ein bißchen naß! Entweder — oder, heiß oder kalt — wie der Herr gesagt hat.

Und deshalb: Ich widersage allem partiellen und selektiven Glauben und fühle mich ganz und in allen Lebensbereichen gefordert.

3. Im neuen Erwachsenenkatechismus (S. 41) wird der Glaube als „alles umfassender Lebensentwurf und eine ganzheitliche Daseinshaltung“ bezeichnet. Diese Feststellung schließt — wenn ich sie richtig deute — ein Auseinanderfallen von Glaube und Leben von vornherein aus. Wenn er nach dem Katechismus (S. 42) „ein Amen-Sagen zu Gott mit allen Konsequenzen“ (schon wieder!) ist, dann ist ein solches Auseinanderfallen m. E. schon begrifflich nicht möglich. Ereignet es sich in der Praxis des Lebens scheinbar doch (und wer wollte leugnen, daß es heute weithin so aussieht), dann habe ich nur zwei Diagnosen zur Verfügung:

a) der Glaube ist nicht mehr intakt, er „funktioniert“ nicht mehr, d. h., er wirkt nicht mehr, ist vielleicht nur noch Gewohnheit, Fassade,

oder

b) der Glaubende hat (noch) nicht die Kraft, den durchaus vorhandenen Glauben umzusetzen, dem Ja Gottes zu ihm sein Ja zu Gott uneingeschränkt folgen zu lassen.

Im ersten Fall handelt es sich eigentlich gar nicht um eine Spaltung von Glaube und Leben, weil tatsächlich ein wirkmächtiger Glaube gar nicht mehr vorhanden ist. Dem steht das Zahlen von Kirchensteuer und Gottesdienstbesuch nicht entgegen. Im Gegenteil, es begründet erst das Ärgernis nach außen, Motto: Der will Christ sein und lebt so! Ich erneuere deshalb meine Behauptung: Der lebendige Glaube muß sich im Leben und auf das Leben auswirken. „Der Glaube ohne die Werke ist tot“ (Jak 2, 26), und toter Glaube ist kein Glaube. Im lebendigen Glauben werden „Theorie“ und Praxis eins, ist der Glaube „umfassender Lebensentwurf“ (s. o.).

Das schließt — wie wir wohl alle oft schmerzlich erfahren — Fehler und Versagen nicht aus. Das wäre dann der zweite Fall (b). Weil aber hier die Grundrichtung stimmt, wird das Versagen meist zeitlich oder sachlich begrenzt sein. Der Charakter des Mangels oder sogar der Verfehlung wird dadurch nicht aufgehoben, unsere Verantwortung bleibt. Das völlige Auseinanderfallen von Glaube und Leben aber, die eigentliche Schizophrenie, wird sich, solange überhaupt noch lebendiger Glaube vorhanden ist, nicht ereignen. Versagen wird dann immer wieder Anstoß, erneut zu „hören“ und umzukehren.

Aus solchen Überlegungen ergibt sich für mich: Glauben ist nichts Statisches, sondern etwas höchst Dynamisches — und nur so ist es überhaupt umsetzbar in die Dynamik des Lebens. Glaube ist kein Zustand, sondern ein Vorgang. Das enthält Chancen und Gefahren zugleich. Chancen, weil er sich entwickeln, reifer, weiter, tiefer werden kann; Gefahren, weil er auch verkümmern kann, wenn ich nicht aufpasse. Der Glaube, so meine ich, muß trainiert werden wie ein Muskel, wenn er „leistungsfähig“ bleiben soll. Die Zustimmung des Herrn fand nicht der Mann, der das anvertraute Geld sorgfältig vergrub, sondern derjenige, der mehr daraus machte.

Und deshalb: Ich bin überzeugt von der Einheit von Glaube und Leben, wenn der Glaube selbst nur lebendig genug ist.

4. Wenn das bisher Gesagte stimmt, dann kann der Glaube in diesem Sinne nicht „Privatsache“, nicht auf das stille Kämmerlein beschränkt sein.

Wenn der Glaube etwas Dynamisches ist, etwas, das sich auf das Leben auswirkt, dann bedeutet das Aktivität, dann muß die Tatsache, daß einer glaubt, nach außen spürbar sein, von seiner Umgebung wahrgenommen werden können. Wenn der Gläubige in die „Gemeinschaft der Heiligen“ eingebunden ist, am allgemeinen Priestertum teilhat, dann trägt er an seiner Stelle Verantwortung für das Ganze, für die Kirche. Das Konzil teilt den Laien die Aufgabe zu, „alle zeitlichen Dinge, mit denen sie eng verbunden sind, so zu durchleuchten und zu ordnen, daß sie immer Christus entsprechend geschehen“ (LG 31). Dazu muß man mündiger Laie sein wollen! Bischof Lehmann beklagt: „Der Mangel an Sendungsbewußtsein läßt nicht nur ganze Felder christlicher Bewährung brachliegen, sondern er schlägt der Kirche selbst tiefe Wunden.“ Das kann doch nur heißen, daß man Kirche nicht wie ein Theater erlebt, das andere für einen gestalten, während man mehr oder weniger unbeteiligt im Parkett sitzt. Man hat ja Eintritt bezahlt und kann jetzt etwas erwarten. Die Gaben und damit die Aufgaben mögen verschieden sein, Passivität aber scheint mir nicht erlaubt.

„Ob Christus gelebt hat, das ist für uns nicht die Frage, wir wollen wissen, wo sind die Christen und was tun die Christen?“ — das las ich jüngst bei einem Marxisten.

Und deshalb: Glauben heißt wirken.

5. Von unserem Glauben geht ein Anspruch aus, der so weitgehend und so tiefgreifend ist, daß man aufgeben und verzagen müßte, wenn einem nicht aus dem gleichen Glauben so viel Kraft zuwüchse.

Wiederholt schon fiel hier das Wort „konsequent“ oder sein Substantiv. Wir sind angefragt und haben uns zu entscheiden, mit allen Konsequenzen. Auch hier wieder: heiß oder kalt. Sind wir nicht so etwas wie eine radikale Vereinigung? Natürlich nicht im Sinne von politischem Extremismus oder Terrorismus oder auch nur von Verbissenheit und Fanatismus, sondern im Wortsinn. „Radix“ heißt die Wurzel, radikal also „von der Wurzel her“ oder „bis in die Wurzel“. Gemeint ist „ganz“, „völlig“, eben konsequent — und Konsequenz heißt „Folge“, „Nachfolge“.

— „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich und wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut“ (Mt 12,30).

— „Keiner, der seine Hand an den Pflug legt und zurückschaut, ist tauglich für das Reich Gottes“ (Lk 9,62).

— „Folge mir nach und laß die Toten ihre Toten begraben“ (Mt 8, 22).

Ist das nicht radikal? Wird hier nicht die ganze Wucht der Anfrage Gottes an uns spürbar? Ich muß gestehen, daß ich manchmal davor erschrecke.

Aber dann ist da das Bild des Petrus, den der Herr über das Wasser auf sich zugehen läßt,

auf sich zu. Und dann sinkt er und der Herr zieht ihn empor (Mt 14,29). Ich meine, hier ist exakt unsere Situation abgebildet. Diesen Glauben kann man nur durch glauben bewältigen.

Und deshalb: Ich spüre die Last des Anrufs, des Auftrags zur Konsequenz, aber ich vertraue auf die Hand des Herrn, wenn ich sinke!

Mit diesen Überlegungen ist ein Instrumentarium, ein Koordinatensystem geschaffen, mit dem im Folgenden gearbeitet werden soll — auch, wenn nicht jedesmal darauf Bezug genommen wird.



Wenn ich nun gefragt werde, was dieser Glaube mir gibt, was er für mich bedeutet, dann kommt mir als Antwort zunächst ganz spontan: *gaudium et spes*, Freude und Hoffnung. Und das gilt für meinen privaten Alltag gleichermaßen wie für meinen Beruf. Wie mir überhaupt eine Differenzierung und chemisch reine Trennung zwischen Alltag und dienstlichem Auftrag nicht möglich ist. Es ist nur folgerichtig, daß der Glaube, der die ganze Person erfaßt, auch das ganze Leben in Alltag und Beruf durchdringt. *Gaudium et spes*.

Freude — es macht mich einfach froh, Christ zu sein. Für mein Gefühl wird diese Freude am Glauben und im Glauben bei uns zuwenig deutlich. Wenn man sich eine Wortkonkordanz — eine Art Stichwortverzeichnis zur Hl. Schrift — ansieht, dann gibt es nur wenige Begriffe, die öfter genannt werden als „Freude“, „freuen“ usw. Wer in dieser Welt hat mehr Anlaß zur Freude als der Christ! Und wie freudlos, abgeschliffen routiniert, ja müffig geht es manchmal bei uns zu. Hierher gehört jener schlimme Vorwurf: Die wollen erlöst sein, dann müßten Sie aber erlöst aussehen!

Hoffnung — sie resultiert fast aus den gleichen Gründen wie die Freude und letztlich aus dem Vertrauen in die Liebe Gottes. Das ist der Urgrund unserer Hoffnung. Wir haben eine Zusage, und wer ist verlässlicher, sie zu halten, als der Herr selbst! „Sieh her, ich habe dich eingezeichnet in meine Hände“ (Jes 49,16), das ist für mich ein wunderbares Wort. Genau dem entspricht Gottes Handeln im Neuen Testament: Der Herr hat unsere Gestalt angenommen, nennt uns Brüder. Wenn man es schaffte, das stets vor Augen zu haben! Das wäre ein Glaubensbekenntnis, wie es überzeugender und leuchtender kaum sein könnte. Hier wird eine erste Dimension des Bezugs von Glaube und Leben sichtbar, die, wenn auch noch nicht spezifisch auf den Beruf gerichtet, eine Grundbefindlichkeit ausdrückt, die Auswirkungen haben muß. Hier wird aber auch erneut deutlich, daß ein solcher Glaube den Alltag so durchdringen würde, daß ein Auseinanderfallen von Glaube und Leben sich einfach nicht ereignen könnte.

Daß dieser Glaube dann auch etwas mit meinem Beruf im engeren Sinne zu tun hat, der ein wesentlicher, mir sehr viel bedeutender Teil meines Lebens ist, kann nach dem bisher Gesagten kaum erstaunen. Ein Abkoppeln wäre mir gar nicht möglich, und die Behauptung etwa, das Dienstliche hätte mit dem Glauben nichts zu tun, würde durch Lebenser-

fahrung und Fakten rasch widerlegt. Der konkreten Frage allerdings, was nun der Glaube für die Situation in der Bundeswehr bedeutet, ist nicht leicht beizukommen. Sie impliziert doch wohl zunächst die Feststellung, daß es sich beim Soldatsein um eine besondere, von anderen unterschiedene Lebenssituation handele.

Wenn man nun versucht, diese Besonderheiten in einem Satz zu komprimieren, dann könnte er lauten:

Die Bundeswehr ist eine Männergesellschaft, deren — meist jüngere — Mitglieder, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen, in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht freiwillig und nur für begrenzte Zeit in einer besonderen Lebens- und Gefahrengemeinschaft zusammenwirken.

Es führte zu weit, diesen Satz jetzt im einzelnen zu analysieren. Es lassen sich aus ihm aber einige Feststellungen ableiten, die, durch Dienst erfahrung gestützt, für unser Thema von Bedeutung sind:

1. Unter Männern gibt es so etwas wie eine „religiöse Scham“, d.h. eine besondere Zurückhaltung in religiösen Dingen gegenüber anderen.
2. In einer Männergesellschaft sind Außenseiter — und überzeugte Christen befinden sich oft in dieser Rolle — leicht Attacken und Hänseleien ausgesetzt.
3. Vorgesetzte in der Armee haben nach dem Gesetz und aus den Erfordernissen der Sache erhebliche Macht über Menschen.
4. Militärische Leistung erwächst im allgemeinen aus dem Zusammenwirken mehrerer, einer Besatzung, einer Bedienung usw. Dies, verbunden mit einer Unterbringung auf engem Raum, führt zu einem Aufeinander-angewiesen-sein, das sich in der Forderung nach und dem Wachsen von Kameradschaft äußert.

Und als aktuelles Problem:

5. Die moralische Legitimation des militärischen Dienstes wird an vielen Stellen teils aggressiv/polemisch, teils sehr ernsthaft angezweifelt.

Und jetzt kommt der Glaube, jetzt kommt der Konzilsauftrag, die Dinge so zu „ordnen, daß sie immer Christus entsprechend geschehen“. Das heißt doch wohl, zu prüfen und möglichst konkret herauszuarbeiten, wie das aussehen soll bei einem Soldaten, der Christ ist, oder bei einem Christen, der Soldat ist. Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis wird ganz alltäglich und völlig undramatisch und gar nicht irgendwie spektakulär klingen — seine Realisierung allerdings wird deshalb nicht leichter!

Unbestrittene Voraussetzung ist zunächst sicher die Feststellung, daß die an jeden Christen zu stellenden Grundforderungen selbstverständlich auch für den Soldaten gelten. Zu fragen bleibt nach den Besonderheiten, die sich aus den eben geschilderten Eigenarten des militärischen Dienstes und Lebens ergeben. Und hier — so meine ich — ist es zunächst unerheblich, ob es sich um einen Wehrpflichtigen oder Berufssoldaten, einen Gefreiten oder

einen General handelt. (Allerdings unterliegt letzterer wegen seiner größeren Möglichkeiten erhöhten Anforderungen und Pflichten.) Und allen gemeinsam bleibt die Aufgabe, die uns das Konzil im 5. Kapitel der Dogmatischen Konstitution über die Kirche zuweist (LG 30–38). Es wäre gut, diese „Magna Charta der Laien“ zu kennen. Auf der Grundlage einer eigenen Spiritualität haben wir den Auftrag des Apostolats, haben wir die Mittel und Kräfte dieser Welt dem Reiche Gottes dienstbar zu machen oder, wie der Soldat Ignatius von Loyola gesagt hat, Gott in allen Dingen zu finden.

Das klingt sehr schön nach Sonntagspredigt und nicht einmal nach einer guten — weil der Bezug zu fehlen scheint. Aber bei näherem Hinsehen stellt sich das als ein durchaus handfester Auftrag heraus. Ich will versuchen, das nachzuweisen.

Zunächst ein Wort zu unserer Spiritualität als Laien, unserem „geistlichen Standort“. Der Trierer Theologe Linus Hofmann weist anhand der Konzilsdokumente nach, wie erwünscht, wichtig und notwendig dieser Standort ist. Er macht aber auch klar — und hier nehme ich einen der eingangs erwähnten Punkte wieder auf — daß die Gefahr einer Spaltung von weltlich-beruflichem und geistlichem Leben entsteht, wenn ein „Klischee von Frömmigkeit benutzt wird, das in einer anderen als der ‚weltlichen‘ Welt der Laien entstanden ist. Nichts aber ist einer echten Spiritualität abträglicher als Klischee und Fertigware.“ Das gilt nicht nur gegenüber der Spiritualität der Priester und Ordensleute, „sondern will auf die Vielgestaltigkeit des Christlichen innerhalb des Laienbereiches hinweisen“.

Diese Vielgestaltigkeit wird von den verschiedenen Lebensumständen und Gaben der einzelnen bestimmt. Unsere Spiritualität sollte also mitgeprägt werden von der Tatsache, daß wir Soldaten sind.

Hier ist jetzt die Brücke von der „Theorie“ in die Praxis, die Praxis unserer Existenz als Soldaten. Und die ist zu befragen nach dem Bezug von Glaube und beruflichem Leben. Daß dieses Vorhaben angesichts der Vielfältigkeit des Lebens und der Unterschiedlichkeit der Soldatenpersönlichkeiten hier nur modellhaft und nicht in ganzer Breite geschehen kann, leuchtet ein. Deshalb seien drei Bereiche ausgewählt, die charakteristisch sind:

- mannhafte Bekenntnis in Wort und Tat
- der Umgang mit Menschen und mit Macht
- die Frage der ethischen Legitimation unseres Dienstes.

Bekenntnis

Wer sein Leben konsequent auf Christus ausrichten will, gilt anderen leicht als unvernünftig, weltfremd, verschoben, ist Minderheit, Diaspora. Wem der Erfolg nicht alles ist, wer auf Ellenbogen verzichtet, dem Schwächeren hilft, Feindesliebe versucht, Zeit für Gebet und Gottesdienst hat, wird unter Männern leicht als schlapp und schwächlich angesehen, als Betbruder belächelt. Das ist nicht zu verallgemeinern, aber mancher von Ihnen mag Erfahrungen dieser Art gemacht haben. Dann bedarf es schon einigen Mutes, gerade zu blei-

ben, Flagge zu zeigen, zur eigenen Sache zu stehen. Das meine ich, wenn ich von mannhafem Bekenntnis spreche. Ich bin mir der Gefahr dieses Themas durchaus bewußt, der Gefahr nämlich, Phrasen zu dreschen, ins wohlklingend Unverbindliche abzugleiten. Aber täuschen wir uns nicht, „Bekenntnis“ ist nichts für Feiertagsreden, das hat Konsequenzen, sehr reale und ernsthafte Konsequenzen.

Bekenntnis heißt klare Antwort auf die Frage nach der eigenen Überzeugung. Bekenntnis heißt klare Stellungnahme bei der Diskussion religiöser oder moralischer Fragen im Kameradenkreis.

Bekenntnis heißt Verteidigung des Glaubens und der Kirche, wenn sie ungerechtfertigt angegriffen wird.

Das kann schwer werden, das kann persönlichen Mut erfordern. Das erfordert aber auch Wissen über den Gegenstand des Gesprächs! Bekenntnis geschieht aber nicht nur im Wort, sondern auch im Verhalten, in der Tat:

- im persönlichen Gebet
- im Mitfeiern des Meßopfers
- in der Annahme dessen, was die Militärseelsorge anbietet
- im Umgang mit anderen (wir kommen noch darauf)

oder schlicht, in der Praktizierung des Glaubens unter den Bedingungen des militärischen Dienstes.

Der Wehrpflichtige, als Jüngerer, der besonders eng in den Kameradenkreis eingebunden ist, hat es hier sicherlich schwerer als der ältere Zeit- oder Berufssoldat, dem sein Lebensalter oder sogar sein Dienstgrad helfen, sich zu behaupten. Gefordert sind beide — hier geht es um die ritterliche Tugend der Treue!

Wenn es noch handfester sein soll: Bekenntnis heißt für den Gefreiten auch, allein die Hand zu heben, wenn der Militärpfarrer nach Helfern fragt und andere sich an die Stirn tippen — Gemeinheiten einen deutlichen Punkt zu setzen — heißt für den BtlKdr, die Militärseelsorge in seinem Bereich nicht nur zu dulden, sondern zu fördern — heißt für den BrigKdr., beim Standortgottesdienst in der vordersten Reihe zu sitzen, zeigen, wovon man lebt. So alltäglich kann das sein! So verstandenes und so praktiziertes Bekenntnis ist dann zugleich auch Apostolat. Beispiel überzeugt. Ich beziehe mich erneut auf das Konzil: „Die Laien sind besonders dann berufen, die Kirche an jenen Stellen und in den Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche nur durch sie das Salz der Erde werden kann“ (LG 33). Wir tun der Militärseelsorge als „Kirche unter den Soldaten“ sicher nicht Abbruch, wenn wir diesen Satz auch auf uns beziehen; besonders im Kleinen, in der Gruppe, im Zug.

Mancher Spötter ist angesichts männlicher Haltung schon still geworden. Wir sollten auch nicht vergessen: Hier und heute geht es schlimmstenfalls um Zivilcourage. Es gab und gibt Zeiten und Orte, wo es um mehr, sehr viel mehr geht!

Umgang mit Menschen und mit der Macht

Wir sind aufeinander angewiesen, für die Erfüllung unseres Auftrages, für unser Wohlbe-
finden und, wenn es ernst wird, für unser Überleben. Unter Soldaten gibt es dafür das alt-
ehrwürdige Wort „Kameradschaft“ — unzählige Male in Frieden und Krieg geübt bis zur
persönlichen Aufopferung. Militärische Leistung — so haben wir gesagt — ist vor allem
Gemeinschaftsleistung. Gemeinschaft besteht aber nur solange und nur insoweit, als jedes
ihrer Mitglieder bereit ist, an seiner Stelle seine Schulter unter das Ganze zu stemmen und
mitzutragen, etwas von sich selbst dreinzugeben.

Wenn man das mit anderen Worten ausdrückt, ist man ganz schnell bei dem Zentralgebot
unseres Glaubens: der Liebe. Es ist also keineswegs weit hergeholt, zu sagen, daß man die
militärische Kameradschaft aus dem Glauben noch intensiver und konsequenter üben
kann. Die Würde des Menschen als Geschöpf Gottes, seine Eigenschaft als Bruder in Chri-
stus sind Antrieb, die in ihrer Intensität und Belastungsfähigkeit hinausgehen über die ge-
setzlich auferlegte Pflicht und das, was zwischen Männern wächst, die den gleichen Rock
tragen und in der gleichen militärischen Aufgabe für ihr Land stehen.

Das ist so, weil ein anderes Menschenbild dahintersteht. Und das gilt gleichermaßen für
die Beziehungen untereinander auf der Stube, von Untergebenen zu Vorgesetzten und
von Vorgesetzten zu Untergebenen. Solchermaßen fundierte Kameradschaft wird dem
entgegenwirken, was ich für einen ganz schwerwiegenden Vorwurf halte: es sei kühl ge-
worden in der Armee. So befestigte und als besondere Form der Nächstenliebe verstande-
ne Kameradschaft wird — bei allem männlich rauhen Ton — zur Achtung des anderen,
zur Respektierung seiner Person, zu feinfühligere Rücksichtnahme und zur Bereitschaft,
für den Kameraden dazusein, wesentlich beitragen.

Das gilt auch und gerade für das Problem der Macht. Gesetz und Vorschriften räumen
dem militärischen Vorgesetzten sehr viel Macht über Menschen ein — weil es für die Erfül-
lung des Auftrages notwendig ist. Sie setzen gleichzeitig Rahmen und Grenzen für die
Ausübung der Macht und regeln ihre Kontrolle. Jeder weiß aber, daß Fehlverhalten ein-
zelner dadurch nicht ausgeschlossen werden kann. Gelebter Glaube, im Wissen um das
Gebot der Liebe, in der letzten Verantwortung vor Gott, wird auch hier weiter führen als
menschliches Gesetz.

Ich möchte festgehalten haben: Macht ist in sich nichts Unmoralisches, und Macht in den
Streitkräften ist funktional erforderlich. Das Problem liegt immer nur in ihrer Ausübung.
Wer dieses Instrument — und nur darum handelt es sich — in seiner Person und nicht in
seinem Amt begründet sieht, wer die militärischen Achtungserweisungen, die ihm zuste-
hen, auf sich selbst bezieht, der allerdings läuft Gefahr, sich für „den Größten“ zu hal-
ten — um ganz klar zu bleiben: Wir brauchen den energischen, seine Macht gebrauchenden,
seine Person in sein Amt einbringenden militärischen Führer. Aber das Wissen, daß
alle Macht dieser Welt über sich selbst hinausweist, nur Abglanz jener letzten Macht Got-
tes ist, wird sorgsam machen im Umgang mit dieser Macht, wird demjenigen, dem Macht

„verliehen“ ist (und das kommt von „leihen“!) bescheidener machen. Letzter „Dienstherr“ ist Gott!

Um nicht mißverstanden zu werden: Das alles bedeutet nicht, daß nur der Glaubende ein guter Kamerad oder guter Vorgesetzter sein könnte — der Glaubende hat's nur leichter.

Um auch hier konkret zu werden: Glaube wird sich äußern im Verhalten der „Altgedienten“ gegenüber den Rekruten, in der Achtung der Privatsphäre und der Überzeugung des anderen, wird Rücksicht auf der Stube erleichtern, zum Offensein für den Kameraden und seine Bedürfnisse oder sogar Nöte beitragen.

Glaube wird den Vorgesetzten über Korrektheit und Gerechtigkeit hinausführen zu Verständnis (z. B. für die Seelenlage von Rekruten in den ersten Tagen), zu warmherziger Zuwendung und Fürsorge, zum Bedürfnis, nicht nur zu, sondern mit seinen Soldaten zu sprechen, wird ihm einsichtiger machen, was Vorschriften und Führungstradition in unserer Armee von ihm verlangen: den ganzen Menschen und nicht nur den Richtschützen, den Signalgasten oder den Triebwerksmechaniker zu sehen.

Ich bin davon überzeugt: Die Übersetzung und Umsetzung des Glaubens in den militärischen Alltag kann einen zu einem besseren Soldaten machen; wegen des besonderen Bildes vom Menschen, wegen des besonderen Verhältnisses zur Pflicht, wegen des besonderen Antriebs.

Ethische Legitimation

Die Welt starrt vor Waffen. Menschen verfügen über Systeme, deren Zerstörungskraft unser Vorstellungsvermögen übersteigt. — Wir nennen den Herrn einen Friedensfürsten und sein Evangelium die Friedensbotschaft.

Paßt das zusammen?

Kann man als Christ Soldat sein?

Stimmt, wenn man Uniform trägt, der Bezug von Glaube und Leben noch?

Es ist nicht Sache dieses Vortrags, dieses Thema im einzelnen zu behandeln. Aber wenn man vom Verhältnis von Glaube und beruflichem Leben als Soldat spricht, kann man an dieser Frage nicht vorbei!

Lassen Sie uns die Fakten sammeln:

- Faktum ist das Vorhandensein von Waffen in der Welt
- Faktum ist die Existenz menchenverachtender, totalitärer politischer Systeme
- Fakten sind Aggressivität und Mangel an Friedfertigkeit, als Ausdruck und Folge der Erbsünde.
- Fakten sind aber auch das Liebesgebot und die Verheißung des Friedens.

In dem Konflikt, der daraus entsteht, in der Schwierigkeit der Gewissensbildung und -entscheidung, hat uns die Kirche nicht allein gelassen. In dem Wirrwarr von Voten und Auffassungen, auch aus christlicher Sicht (bis hin zur höchst individualistischen Auslegung

der Bergpredigt), steht das Konzilswort: „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf Verteidigung nicht absprechen.“ Der Soldat könne sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten, und „indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (LG 79). Deutlich wird aber auch gemahnt, „die Frist, die uns noch von oben gewährt wurde“, zu nutzen und Methoden zu finden, die es erlauben, Meinungsverschiedenheiten auf eine Weise zu lösen, „die des Menschen würdiger ist“ (LG 81).

In gleicher Richtung, aber sehr viel detaillierter argumentieren die deutschen Bischöfe. Sie stellen fest, daß die „Verteidigung einstweilen auch auf einen militärischen Beitrag nicht verzichten kann“. Sie entwickeln Gesichtspunkte und Kriterien für die ethische Bewertung der Abschreckung und erkennen den Dienst in der Bundeswehr ausdrücklich an. Aber auch dieses Wort weist über den status quo weit hinaus.

Ich weiß, wie problematisch eine solch verkürzende Darstellung gerade dieses Themas ist. Ich weise aber erneut darauf hin, daß es hier nicht um die Untersuchung der Legitimation unseres Dienstes im einzelnen, sondern im Ergebnis geht um den Nachweis, daß auch diese so schwerwiegende Frage nicht ausgespart ist, wenn es um die Beziehungen zwischen unserem Glauben und unserem beruflichen Leben als Soldat geht. Die persönliche Auseinandersetzung kann ich niemandem ersparen. Aber wir können, so wie die Dinge heute liegen, vom Glauben her mit Überzeugung Soldat sein, und wir können (und sollen!) diese Überzeugung an Kameraden und Untergebene weitertragen. Ein Widerspruch zwischen unserem Glauben und unserem beruflichen Leben besteht in dieser Frage heute nicht.

Glaube und Alltag ist das große Thema dieser Tage. Das kann nach Gegensatz klingen, das muß eine lebendige Einheit sein. „Nicht der Mensch macht sich durch sein Handeln und Verhalten zum Christen, sondern Gott macht ihn, dazu“, las ich in einem Glaubensbuch. Voraussetzung scheint mir die Bereitschaft des Menschen zu sein. Gott vergewaltigt uns nicht. „Bereitschaft“ ist ein militärischer Begriff, und wir alle wissen, was er bedeutet: Zur Stelle sein, auf den Auftrag ausgerichtet sein, innerlich eingestellt sein.

In einer 600 Jahre alten Chronik des Deutschen Ordens, welche die Christianisierung und Kolonisierung des Preußenlandes beschreibt, fand ich in einer Waffenallegorie ein Zitat aus dem Buch Jeremia (46,4): *state in galeis* — in der Einheitsübersetzung: Tretet an im Helm! Könnte das Soldaten etwas zu sagen haben?

Literatur:

- Breuning/Fischer/Hofmann: Katechismus zum Konzil Recklinghausen 1986
- Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) Kath. Erwachsenenkatechismus Kvelaer, München, Stuttgart, Limburg, Regensburg, Köln 1985
- Krenzer, Ferdinand: Morgen wird man wieder glauben, Limburg 1976
- Lehmann, Karl: Signale der Zeit, Spuren des Heils, Freiburg 1983
- Rahner/Vorglimmer: Kleines Konzilskompendium, Herder-Bücherei 270—73, Freiburg 1966
- Sekretariat d. Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Gerechtigkeit schafft Frieden, Die Deutschen Bischöfe, Heft 34, Bonn 1983

Am Nachmittag des 28. April eröffnete der neue Bundesvorsitzende Oberstleutnant Willy Trost die Konferenz.

Bundeskonzferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Willy Trost

Wenn ich heute die Bundeskonferenz der GKS eröffne, so tue ich das als der neue Bundesvorsitzende. Ich bin in der GKS natürlich wohlbekannt, dennoch möchte ich Ihnen kurz erläutern, warum ich heute, nach meiner Wahl am 26. April durch den Bundesvorstand, hier stehe.

Für uns alle etwas unerwartet, hat der bisherige Bundesvorsitzende, Herr Oberst i. G. Georg Heymen, seinen Abschied aus der Bundeswehr nach dem Personalstrukturgesetz am 31.03.1986 genommen. Unser Freund und langjähriger Vorsitzender Georg Heymen schied damit auch satzungsgemäß aus seinem Amt als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Georg Heymen hat seit 1977 nicht nur der Gemeinschaft Katholischer Soldaten als Bundesvorsitzender — früher Bundessprecher — gedient, sondern war auch Mitglied und unser Vertreter in verschiedenen anderen wichtigen kirchlichen Organisationen. Er gehörte dem ZdK an und hat sich insbesondere verdient gemacht als Mitglied des Ständigen Ausschusses „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Georg Heymen war, wie sein Vorgänger Helmut Korn und andere von uns Alten, Mitgestalter und Verfechter vieler Erklärungen der GKS z.B. zum Wort der Deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Georg Heymen war ein guter und umsichtiger, langjähriger Vertreter der katholischen Soldaten in der Gemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands. Wir werden stets mit Dankbarkeit an die Zeit seiner aktiven Mitarbeit in unseren Gremien und für uns in den verschiedenen Funktionen der katholischen Kirche Deutschlands gedenken. Georg Heymen hat sich wirklich im wahrsten Sinne des Wortes um die GKS verdient gemacht, und ich habe deshalb beantragt, ihn zum Ehrenvorsitzenden und damit ständigen Mitglied des Bundesvorstandes der GKS zu wählen. Mit Ihnen und für uns alle darf ich dem nunmehrigen Oberst a.D. danken und ihm und seiner Gattin viel Glück und Gottes reichen Segen für seinen Lebensabschnitt wünschen.

Ich eröffne nun die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Rahmen der 26. „Woche der Begegnung“. Unser erster und wichtigster Punkt heute ist die Vorstellung und die folgende Aussprache über unser neues Konzeptionspapier „Wege und Ziele der GKS“. Zu einem einführenden Referat darf ich den Sprecher der kleinen Redaktionsgruppe, Herrn Walter Hütten, bitten.

Nach diesem Bericht stellte der stellvertretende Bundesvorsitzende Oberfeldwebel Walter Hütten das Konzeptionspapier der GKS vor.

Er führte aus:

Es ist wie vor 10 Jahren. Damals saßen Delegierte der Laiengremien auch an diesem Ort

in Freising zusammen — es war die 16. Woche der Begegnung, die unter dem Motto stand „Kirche in dieser Zeit — Unsere Mitverantwortung —“. Sie verabschiedeten eine Erklärung, in der sie anhand von 17 Thesen „Grundsätze und Ziele der GKS“ festlegten. In der Zwischenzeit hat es weitere grundsätzliche Veröffentlichungen zu diesem Komplex gegeben: z.B.

- Standortbestimmung 1982 der GKS
- Erklärung 1984 der GKS und des A.M.I.
- selbst unsere Ordnung stammt in der heutigen Fassung erst aus dem Jahre 1982.

Daher mag die Frage erlaubt sein: Weshalb war es unbedingt notwendig, diesen Aussagen noch eine weitere, sehr umfangreiche hinzuzufügen?

Das Papier „Ziele und Wege der GKS“ liegt Ihnen vor. Es umfaßt 53 Seiten. Um es vornweg zu sagen, die grundsätzlichen Positionen früherer Erklärungen und der Ordnung sind selbstverständlich Bestandteil dieses Papiers geblieben. Sie wurden teilweise sinngemäß, teilweise auch wörtlich übernommen.

Und dennoch:

Trotz aller Bemühungen in der Vergangenheit beobachtete der Bundesvorstand eine gewisse Stagnation in der Verbandsarbeit, besonders an der Basis, eben im GKS-Kreis:

- sei es, daß es immer schwieriger wird, neue und junge Leute für die Mitarbeit zu gewinnen,
- sei es, daß die Art der Veranstaltungen teilweise recht einseitig bleibt,
- sei es, daß eine klare Aufgabenteilung zwischen Pfarrgemeinderat und GKS-Kreis selten erfolgt,
- sei es, daß die GKS-Kreise die Schwerpunkte ihrer Arbeit anders sehen, als es der Bundesvorstand gerne hätte,
- sei es, daß die Basis vom Bundesvorstand lieber klare und praktikable Hilfen für die tägliche Arbeit erwartet als einen wohldurchdachten und nach allen Seiten hin abgeklöpften, akademischen und unerreichbaren Forderungskatalog.

All diese Überlegungen, die sicherlich nicht pauschal für jeden Kreis zutreffen — es gibt hervorragende, aktive und wirkungsvolle Kreise; leider sind es nur zu wenige. Diese Überlegungen haben also dazu geführt, ein Konzept zu erstellen, das Klarheit schaffen soll, auch und gerade an der Basis, über unser Selbstverständnis und über unsere Absichten in der Zukunft. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Antwort auf die Frage nach der „Zielgruppe“, dem eigentlichen Adressaten, der mit diesem „Papier“ angesprochen werden soll:

Es ist hauptsächlich für den internen Gebrauch bestimmt und gehört in die Hand des Sprechers des GKS-Kreises und deren Mitglieder. Es soll einen Leitfaden und Arbeitshilfe darstellen, der von jedem Mitglied verstanden und gelesen wird. Das „Papier“ soll neue Wege und Möglichkeiten für Aktivitäten aufzeigen.

Es geht also um eine praktikable und konkrete Aussage, die von dem Soldaten in der Kaserne verstanden wird und ihn möglichst nicht überfordert.

Ob dies mit dem „Papier“ gelungen ist, wird die Zukunft zeigen. Was sagt es aus?

Die wenigsten von Ihnen hatten bisher Gelegenheit, die 53 Seiten intensiv durchzuarbeiten. Deshalb darf ich Sie kurz über den Inhalt informieren, ohne den Text vorlesen zu wollen.

Das „Papier“ kann man in zwei Teile untergliedern, in einen Hauptteil und einen Anhang:

- Grundsätzliche Aussagen zum Thema sind in zusammengefaßter Form auf 9 Seiten im (Hauptteil) gemacht.

Wir sind davon ausgegangen, daß allzu umfangreiche Texte selten bis zu Ende gelesen werden, zumindest nicht mit aller Konzentration. So wurde der Hauptteil relativ kurz gefaßt und lediglich in den Anlagen ausführlich erläutert. Dieses Verfahren mag zu Lasten einer klaren Gliederung gehen, schien uns aber für die praktische Arbeit geeigneter.

Der Hauptteil gliedert sich in 3 Abschnitte

1. Wesen und Aufgaben der GKS
2. Unsere Leitsätze
3. Die GKS gestern, heute, morgen

Der zweite Teil, genannt Anhang, beschäftigt sich in den Anlagen ausschließlich und sehr ausführlich mit diesem letztgenannten Abschnitt, also mit der Geschichte, der Organisation und derzeitigen Situation sowie den Zukunftsaufgaben der GKS.

Nun zum Inhalt selbst:

Der erste Satz lautet „Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten versteht sich als katholischer Verband“. Die in der Ordnung verwendete Bezeichnung „Verbandsähnliche Gemeinschaft“ wurde bewußt nicht benutzt, um die Aufgaben klarer herausstellen zu können:

„Verbände haben die Aufgabe, ihre Anliegen in der Kirche und im gesellschaftspolitischen Bereich einzubringen und zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses beizutragen.“

Dies wollen wir tun, ohne selbst alle Kriterien eines kath. Verbandes zu erfüllen.

Um den hohen Erwartungen gerecht zu werden, welche die Ordnung der GKS in seine Mitglieder setzt, bedarf es Soldaten, die nicht nur fest zu ihrem Glauben und ihrer christlichen Überzeugung stehen, sondern bereit sind, nach Außen, d. h. in die Öffentlichkeit, zu wirken und Zeugnis zu geben, dazu zählt nicht nur die Bundeswehr.

Zur Erfüllung der Aufgaben der GKS, so wird gesagt, ist es erforderlich, daß

- im Glauben verwurzelte,

- sittlich gebundene,
- politisch gebildete,
- fachlich kompetente,
- dem Frieden verpflichtete Soldaten
- Gemeinschaft bilden,
- mit anderen zusammenarbeiten,
- offen für die Ökumene und internationale Mitarbeit sind.

Diese schlagwortartig aneinandergereihte Aufzählung von erwünschten Eigenschaften wird durch Leitsätze konkretisiert.

Auf die Situation der GKS — gestern — will ich nicht näher eingehen, obwohl es sich um ein sehr wichtiges Kapitel handelt, das in aller Ausführlichkeit beschrieben wird. Die entsprechende Anlage 1 ist eine Fundgrube für den Chronisten. So werden alle Namen genannt, die in Führungspositionen tätig waren und noch sind, sämtliche Wochen der Begegnung, einschließlich des Mottos, aufgeführt und die Anfänge der Laienarbeit in der Militärseelsorge deutlich gemacht.

Zur Situation der GKS — heute — darf ich zitieren: „Das Selbstverständnis der GKS an der Basis und damit die dortigen Aktivitäten sind durch folgende Feststellungen gekennzeichnet:

- Christsein, Gemeinschaftsbildung, Glauben und seine Verwirklichung in der Militärseelsorge stehen im Mittelpunkt des Interesses —.

Das Bewußtsein für die eigenständige Aufgabe eines Verbandes muß noch weiter entwickelt werden; die Notwendigkeit der Auswirkung im militärischen und politischen Bereich wird nicht immer gesehen und bisweilen, gemessen an der religiösen Weiterbildung und Lebenshilfe, vernachlässigt.“

Daraus ergeben sich zwangsläufig Aufgaben für die Zukunft mit dem Ziel, eine Vergrößerung der Mitgliederzahlen zu erreichen, deren Weiterbildung und Wirksamkeit nach innen und nach außen zu verbessern, und zwar auf allen Ebenen.

Vier Schwerpunkte werden in diesem Zusammenhang genannt:

1. Glauben und Kirchliche Lehre
2. Soldatischer Auftrag und gesellschaftspolitische Aufgaben
3. Gemeinschaftsbildung und Lebenshilfe
4. Internationale Zusammenarbeit.

Die Verwirklichung soll in mehreren Zwei-Jahresabschnitten erfolgen, wobei ein Ausschuß („Konzeption“) das jeweilige Programm in Abstimmung mit allen Ebenen festlegt. Hierzu bedarf es noch näherer Beratungen.

Der umfangreichste Teil dieses Papiers ist die Anlage 3. Für die Aufgaben und Veranstaltungen auf den drei Ebenen (Bund/Wehrbereich/Kreis) bietet sie Ihnen eine Fülle von Ideen, Anregungen und Vorschläge. Die in ihr enthaltenen Aufzählungen sind Beispiele. Je nach Ebene und örtlichen Besonderheiten werden sich unterschiedliche Schwerpunkte und Möglichkeiten ergeben.

In Anhängen sind aufgeführt,

- Zielgruppen und Ansprechpartner
- Verbände mit denen die GKS Verbindung pflegt,
- Möglichkeiten für die Motivation zur Mitarbeit und
- Verbesserung der Werbewirksamkeit/Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Schluß sind schließlich Charakteristik, Wesen, Ziele und Aufgaben von Pfarrgemeinderat und GKS gegenübergestellt. Eine Bitte sei mir erlaubt: Lassen Sie sich bei der Lektüre nicht entmutigen, wenn Ihnen die Ansprüche zu hoch erscheinen. Vergessen Sie bitte nicht, daß dies ein Angebot ist und Sie nach Ihren Möglichkeiten auswählen.

Auch Ihren Anfragen nach konkreten Arbeitshilfen, verbunden mit einem Rückblick auf 25 Jahre Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Kath. MilBischofs, wollten wir mit diesem Konzept nachkommen.

Die ersten Überlegungen hierzu begannen 1984 in Bad Segeberg. Der Aufforderung nach Beiträgen zu diesem Papier kamen alle Wehrbereiche, manche GKS-Kreise und einzelne Mitglieder nach. OTL a.D. Kladiwa übernahm die mühevollen Kleinarbeit, die Beiträge zu sortieren und zu einem Entwurf zusammenzustellen. An dieser Stelle möchte ich, und ich glaube, ich spreche auch in Ihrer aller Namen, OTL a.D. Kladiwa besonders herzlich für seine Arbeit danken.

Dieser Entwurf wurde bei der 25. „Woche der Begegnung“ in Königstein/Taunus der Bundeskonferenz vorgelegt und anschließend auf Wehrbereichsebene weiter beraten. Auf Beschluß der Bundeskonferenz sollte dann der Bundesvorstand auf der Grundlage des Entwurfs und der Ergänzungen von den Wehrbereichen eine Endfassung fertigen. Diese Aufgabe übernahm der Sachausschuß „Konzeption“. Die Vorlage wurde dann, nach einigen redaktionellen Änderungen, die in Ihrer Vorlage noch nicht enthalten sind, gestern vom Bundesvorstand als Endfassung beschlossen, und wir bitten Sie heute um Zustimmung.

Wie bereits zu Anfang erwähnt, gehört dieses Papier in die Hand des Sprechers des GKS-Kreises und deren Mitglieder.

Deshalb erhalten die Sprecher in der nächsten Zeit als Ergänzung zum Handbuch diese Endfassung zugesandt.

Darüber hinaus möchten wir aber auch mit einer Sondernummer des „auftrag“ die Ziele und Wege der GKS einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis geben.

Der Vorsitzende des Ausschusses „Konzeption“, Major Köplinger, wollte Ihnen heute dieses Papier vorstellen. Aus dienstlichen Gründen mußte er kurzfristig absagen. Deshalb habe ich seine Gedanken, gespickt mit aktuellen Ergänzungen, Ihnen heute vortragen.

Die lebhafteste Aussprache zeugte vom Interesse am Thema. So war es nicht leicht, den Zeitplan einzuhalten, der für 17.00 Uhr die Wahl des Wahlausschusses für die Wahl des Vorstandes der Zentralen Versammlung am 30. 4. und für den Abend die Sitzungen der Wehrbereiche versah.

☆ ☆ ☆

Der Bericht des Redakteurs „auftrag“, als Ergänzung zu den Referaten der Redner des Vormittags gedacht, ist in Heft 153/154 abgedruckt.

☆ ☆ ☆

Dienstag, 29. April 1986

Der Tag begann mit dem Referat des bisherigen Vorsitzenden des Sachausschusses Gemeinde der ZV. In dieser Eigenschaft gab OTL Willy Trost letztmalig diesen Bericht.

Wo stehen wir heute, 15 Jahre danach?

Willy Trost

1. Die Entwicklung der Räte in der Militärseelsorge

Seit 1970 gibt es die Beratende Versammlung, seit 1976 die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Schon vor 1970 gab es Soldaten, die die Militärgeistlichen berieten, und es wurden schon bald nach der Gründung der Bundeswehr und der Einführung der Militärseelsorge Beratende Ausschüsse in verschiedenen Formen bei den Militärgeistlichen gebildet. Nach den Synodenbeschlüssen gab es dann ab 1975 erst vorläufige, später die heute bestehenden Ordnungen für die Pfarrgemeinderäte und die Zentrale Versammlung. Nun ist auch die Ordnung für die „Mittlere Ebene“ der Räte verfügt worden, wie sie von der letzten Beratenden Versammlung beantragt worden war.

1985 waren, nach dem vorgeschriebenen vierjährigen Rhythmus, Pfarrgemeinderatswahlen ausgeschrieben. Über diese Wahlen war dem Katholischen Militärbischofsamt Bericht vorzulegen. Bis zum Ende März 1986 lagen noch nicht alle Meldungen vor, insoweit ist der folgende Bericht nicht ganz vollständig. Es fehlen in der Gesamtauswertung 12 Seelsorgebezirke völlig und eine ganze Reihe hat nicht vollständig gemeldet. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß fast alle nachstehenden Aussagen repräsentativ sind für den Gesamtberich der Katholischen Militärseelsorge.

Derzeit bestehen 138 Seelsorgebezirke, von denen z.Z. 39 nicht durch einen Pfarrer besetzt sind. Es sind nicht besetzt einer von sechs im Ausland, sechs von acht Bereich See, sieben von 12 Bereich I, neun von 21 Bereich II, fünf von 22 Bereich III, drei von 22 Bereich IV, vier von 14 Bereich V und vier von 32 im Bereich VI. Angesichts dieser vielen Vakanzen ist es besonders erfreulich, daß dennoch zur Zeit mindestens 120 Pfarrgemeinderäte bestehen.

Einige davon sind allerdings „Beratende Ausschüsse“, damit meine ich, es fanden keine Wahlen statt, sondern es erfolgte die Berufung des Rates oder die Verlängerung seiner Wahlperiode. Es ist dennoch als besonders erfreulich die Tatsache festzuhalten, daß trotz der stark gestiegenen Zahl der Vakanzen die Zahl der Pfarrgemeinderäte gegenüber dem Wahljahr 1981 noch leicht gestiegen ist.

In den 120 gemeldeten Pfarrgemeinderäten sind über 1 500 Mitglieder tätig. Diese Zahl bezieht sich aber nicht auf alle Räte, weil die Meldungen teilweise nicht erfolgten. Durchschnittlich sind in den Pfarrgemeinderäten 13 Mitglieder.

Im Bereich Ausland sind in allen Seelsorgebezirken auch Pfarrgemeinderäte eingerichtet. Wehrpflichtige sind hier aus verständlichen Gründen nicht vertreten. In El Paso, Texas, wird jährlich nachgewählt, weil dort auch in jedem Jahr ca. ein Drittel des Personals wechselt.

Im Bereich See ist auffallend, daß sich in zwei größeren Gruppen gemeinsame Pfarrgemeinderäte mit den Bereichen des Wehrbereiches I für verschiedene Seelsorgebezirke gebildet haben. Daher sind hier zwar nur fünf Pfarrgemeinderäte eingerichtet, dennoch werden sie voll gewertet, weil die Zusammenfassung verständlich und angesichts der Vakanzen sinnvoll ist.

Aus dem Wehrbereich I liegen 13 Meldungen vor, und es bestehen 12 Pfarrgemeinderäte. An der Führungsakademie wird, wie in Fort Bliss, ständig nachgewählt. In diesem Wehrbereich ist der bisher erste Fall eingetreten, daß eine Frau Vorsitzende des Pfarrgemeinderates ist.

Aus dem Wehrbereich II liegen 17 Meldungen vor, und danach bestehen 14 Pfarrgemeinderäte. In diesem Bereich wurde nicht immer gewählt, angesichts der Vakanzen erfolgten auch Neu- oder Nachberufungen.

Aus dem Wehrbereich III liegen 22 Meldungen vor. Festzuhalten ist, daß nur in der Hälfte der Seelsorgebezirke eine Wahl ordnungsgemäß erfolgt ist. In fünf vakanten Seelsorgebezirken wurde kein neuer Pfarrgemeinderat gewählt, der bisherige Pfarrgemeinderat blieb jedoch im Amt.

Für den Wehrbereich IV liegen 21 Meldungen vor, die jedoch teilweise sehr unvollständig sind. In einigen Seelsorgebezirken wurde nicht gewählt, statt dessen wurden alle Kandidaten berufen.

Aus dem Wehrbereich V liegen 14 Meldungen vor, und danach bestehen 11 Pfarrgemeinderäte. In drei der gemeldeten Seelsorgebezirke erfolgte keine Wahl, weil die Seelsorgebezirke vakant sind.

Aus dem Wehrbereich VI liegen praktisch alle Meldungen vor. Es gibt in 29 von 31 Seelsorgebezirken Pfarrgemeinderäte. In einem Seelsorgebezirk erfolgte keine Wahl, weil nicht genügend Kandidaten zur Verfügung standen. In zwei Bereichen wurde der alte Pfarrgemeinderat erneut berufen. Zusammenfassend ist festzustellen, daß in 120 Pfarrgemeinderäten mehr als 1500 Mitglieder mitarbeiten. In sieben Pfarrgemeinderäten sind Offiziere nicht vertreten, Unteroffiziere nur einmal nicht. In 21 Pfarrgemeinderäten sind Frauen nicht vertreten. Wehrpflichtige sind nur noch in 35 Pfarrgemeinderäten vertreten, und die Zahl der Jugendlichen ist weiter zurückgegangen. In 11 Pfarrgemeinderäten sind nur insgesamt 15 Jugendliche als Mitglieder gemeldet.

Die verwertbaren Zahlen für die Wahlbeteiligung ergeben sehr unterschiedliche Prozentzahlen. Der Bereich Ausland und See sind nicht verwertbar, in den Wehrbereichen ergaben sich nur insgesamt 64 verwertbare Zahlenangaben. Dabei wurden bei fast 54000 aus-

gegebenen Stimmzetteln und einem Rücklauf von über 16000 eine Wahlbeteiligung von insgesamt 30,1% ermittelt. Im einzelnen lassen sich angeben: WB I = 13,6%, WB II = 17,2%, WB III = 17%, WB IV = 40%, WB V = 24,5% und WB VI = 41%.

Zusätzlich wurde mindestens in 25 Seelsorgebezirken auch oder nur eine Urnenwahl durchgeführt.

Es ist wichtig, hier festzuhalten, daß sich die Rätestruktur an der Basis nicht nur stabilisiert hat, sondern angesichts der großen Zahl der Vakanzen eine Besserung erkennbar ist.

Die weitaus größte Zahl der Militärgeistlichen und der Wahlausschüsse hat sich außerordentliche Mühe gegeben, die Wahlen durchzuführen. Wenn das auch nicht überall voll gelungen ist, so ist doch festzuhalten, daß sich nicht nur die Lage der Räte in der Militärseelsorge verbessert hat, sondern daß auch die Zusammenarbeit mit den Militärseelsorgern offenkundig vertrauensvoll und enger geworden ist.

2. Unsere Arbeit in der Militärseelsorge

Die Arbeit der Räte in der Militärseelsorge erfolgt nach den Ordnungen, die uns der Militärbischof gegeben hat. Im Handbuch der Pfarrgemeinderäte, das in seiner neuesten Ausfertigung Ihnen allen zugegangen ist, können Sie Ordnungen, Arbeitsanleitungen und weitere Informationen finden. Zusätzlich zu den Ordnungen für die Pfarrgemeinderäte und die Zentrale Versammlung haben wir nun auch endlich — endlich muß man sagen — die Ordnung für die Mittlere Ebene, die uns lange Zeit gefehlt hat. Sie wurde verfügt, um die Aufgaben wahrnehmen zu können, wie sie von der letzten Zentralen Versammlung beantragt wurden. Diese neue Ebene in der Rätestruktur ist zugleich Chance und Herausforderung für alle. Sie wird uns ermöglichen, besser als bisher Mitverantwortung zu tragen und aktiv mitzuarbeiten in der Militärseelsorge und damit einer besseren Zusammenarbeit und Information in den Wehrbereichen und als Mittler zwischen Basis und Zentraler Versammlung zu dienen.

3. Unsere Vertretung und Mitarbeit in den Ortsdiözesen

Die Vertretung von Soldaten in den verschiedenen Räten der zivilen Seelsorge, in den Dekanatsräten und den Diözesan-/Katholikenräten ist heute in der katholischen Kirche Deutschlands eine Selbstverständlichkeit. In vielfacher Weise wirken wir als Angehörige der Militärseelsorge auch in den Gliederungen der Ortskirchengemeinden mit.

Auch bei Katholikentagen und in den Verbänden der katholischen Kirche Deutschlands ist die Mitarbeit der Soldaten gern gesehen und unentbehrlich. Wir sind alle Kirche, wir sind auch ganz selbstverständlich Bestandteil der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl leider in vielen Fällen nicht gemeldet wurde, ergeben sich doch beachtliche Vertretungszahlen. In den Pfarrgemeinderäten der Ortskirchen sind weit mehr als 194, in Dekanatsräten 17 und in Diözesan-/Katholikenräten mehr als 16 Angehörige der Militärseelsorge.

sorge vertreten. Auch im ZdK ist die Militärseelsorge durch drei Soldaten vertreten. Dabei ist einer der Vorsitzende eines Diözesanrates.

4. Wallfahrten

Mit dem Hl. Jahr 1975 haben wir in der Militärseelsorge begonnen Wallfahrten, damals erstmals nach Rom zum Hl. Jahr, durchzuführen. Wegen dieser Wallfahrt nach Rom wurden, im Hl. Jahr beginnend, auch Wallfahrten verschiedener Art zu den Kathedraalkirchen in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Heute ist jedem Standortpfarrer mit seinen Gläubigern in festgelegten Abständen eine Wallfahrt nach Rom möglich. Wallfahrten in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen nunmehr auch ganz selbstverständlich zu verschiedenen Anlässen und mit hohen Teilnehmerzahlen. Vergessen sollen auch nicht werden die Wallfahrten im Ausland z. B. nach Lourdes und Fatima. Im Jahre 1985 wurden 84 Wallfahrten im In- und Ausland durchgeführt, an denen sich fast 8400 Teilnehmer aus dem Bereich der Katholischen Militärseelsorge beteiligt haben. So sehr dies heute selbstverständlich geworden ist, sollten wir uns doch stets und aufs neue bemühen, Wallfahrten und religiöse Intensivveranstaltungen durchzuführen und insbesondere an ihnen teilzunehmen.

5. Unsere Arbeit für die Weltkirche

Wir haben in vielfacher Weise in den vergangenen Jahren auch unsere Mitverantwortung für die Weltkirche getragen und an ihren Aufgaben mitgearbeitet.

Wir haben in der verschiedensten Form gesammelt, unterstützt und Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Es ist nun wichtig geworden, einmal zusammenzustellen und zu sammeln und auszuwerten alle noch verfügbaren Informationen über bisher durchgeführte Aktionen in den verschiedenen Seelsorgebezirken. Die herzliche Bitte des Vorstandes der Zentralen Versammlung und des Priesterrates geht an Sie alle, alle Ihnen bekannten oder noch in der Erinnerung befindlichen Informationen über abgeschlossene oder laufende Aktionen zu sammeln und an das Katholische Militärbischofsamt, z. Hd. Oberstleutnant Trost, zu schicken. Sie können für diese Informationen auch meine Privatanschrift gerne benutzen. Nach der Zusammenstellung dieser Sammel- und Unterstützungsaktionen wird der Vorstand der Zentralen Versammlung ihnen allen über das Ergebnis berichten.

Auch im Sinne der stets notwendigen Missionsarbeit sind wir tätig durch direkte Partnerschaften, die in verschiedenen Teilen der Dritten Welt unterhalten werden. Auch für diese Aktionen gilt unsere Bitte um Meldung.

Es ist der dringende Wunsch der SA Gemeinde und des Vorstandes der Zentralen Versammlung, daß noch mehr Möglichkeiten zu Partnerschaften genutzt werden sollen. Für zumindest jeden Bereich einmal steht eine Übersicht über die vorhandene Möglichkeit zu Partnerschaften bereit.

6. Ausblick, wohin gehen wir?

Wir sind alle Kirche nach einem Wort von Bischof Hemmerle „Laie ist der Ernstfall der Kirche in der Welt“. Lassen Sie uns nie vergessen, es gibt keinen Frieden ohne Freiheit und Achtung der Menschenwürde, und Gottes Botschaft ist eine frohe Botschaft. Dies gilt für Räte und Verbände gleichermaßen. Zuerst entstanden die Verbände, die Räte sind ganz neu.

Laienarbeit und Mitverantwortung der Kirche haben sich in den letzten 20 Jahren rasch entwickelt.

Mitverantwortung erfolgt durch engagierte Mitarbeit. Es genügt nicht, einsichtig zu machen, daß alle aufgrund der Taufe und Firmung Mitverantwortung zu tragen haben. Mitverantwortung wird erst erlebt im konkreten Tun, wenn der einzelne Christ direkt auf gezielte Aufgaben angesprochen und zur Mitarbeit aufgefordert wird (aus Gemeinsame Synode, Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche).

Denken wir alle und jederzeit daran, Räte und Verbände ergänzen sich. Sie können sich wechselseitig nicht ersetzen und bedingen teilweise einander. Sie stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen und fördern sich. Diese Förderung und Ergänzung muß unser steter Auftrag, Ziel und Mittelpunkt unseres Strebens in der Mitarbeit sein. Wir sind alle Mitglieder der einen Kirche, wir alle dienen ihr an unterschiedlichen Orten in unterschiedlichen Aufgaben, aber alle mit dem gleichen Ziel.

Nach dem mit großem Sachinteresse aufgenommenen Vortrag setzte dann Prof. Dr. Albert Keller SJ mit seinem Thema „Glauben im Alltag“ neue Akzente. (Leider lag das Manuskript zu Druckbeginn noch nicht vor).

Der Nachmittag brachte dann die Fortsetzung der Bundeskonferenz der GKS und das Treffen der Räte mit eigenem Programm.

In diese Thematik paßte die Lagefeststellung der GKS 1986, die der Bundesgeschäftsführer OTL Jürgen Bringmann mit der üblichen Akribie vorbereitet und den Delegierten zugeleitet hatte.

Lagefeststellung der GKS 1986

Jürgen Bringmann

1. Die Lagefeststellung 1986 erfolgte wie in den Vorjahren mit Fragebogen, die vom Bundesgeschäftsführer der GKS mit dem Rundbrief 1/86 an die Kreise versandt wurden. Von drei Fragebogen verblieb der dritte beim jeweiligen Kreis; der erste und zweite waren an den Bundesgeschäftsführer zu senden, der eine Ausfertigung an den zuständigen Vorsitzenden der GKS im (Wehr-)Bereich weitergab. Termin beim Bundesgeschäftsführer war der 1. April 1986. Die letzte Auswertung erfolgte am 20. April 1986 und berücksichtigt alle bis zu diesem Termin eingegangenen Meldungen.

2. Mit Rundbrief vom 5. Februar 1986 erhielten 116 Kreise die Fragebogen. Zurückgelaufen sind 91 Meldungen. Die Auswertung dieser Meldungen ergibt:

3. Aus den (Wehr-)Bereichen liefen zurück:

WBI	6 Fragebogen
WB II	14 Fragebogen
WB III	8 Fragebogen
WB IV	13 Fragebogen
WB V	13 Fragebogen
WB VI	32 Fragebogen
See	3 Fragebogen
Ausland	2 Fragebogen

4. Zahl der Kreise

Mit Stand vom 20. April 1986 ergibt sich aufgrund der Auswertung und zusätzlicher Unterlagen des Bundesgeschäftsführers eine Gesamtzahl von 110 Kreisen (1985: 116):

WBI	7 Kreise (8)
WB II	17 Kreise (17)
WB III	12 Kreise (12)
WB IV	14 Kreise (16)
WB V	15 Kreise (15)
WB VI	38 Kreise (42)
See	2 Kreise (1)
Ausland	5 Kreise (5)

5. Mitgliederstand

Gemeldet wurden 3357 Mitglieder (3050). Eine Hochrechnung auf die 110 Kreise ergibt eine Mitgliederzahl von 4658 (4717).

Davon sind Soldaten	49 Prozent
Angehörige von Soldaten	33 Prozent
Soldaten a.D./d.R.	7 Prozent
Zivile Bedienstete der Bundeswehr	6 Prozent
Sonstige Mitglieder	5 Prozent

6. Sprecher der Kreise

Von den gemeldeten Sprechern sind

4 Oberfeldwebel	10 Oberleutnant
25 Hauptfeldwebel/Hauptbootsmann	16 Hauptmann
15 Stabsfeldwebel	1 Major
4 Oberstabsfeldwebel	9 Oberstleutnant
	1 Oberst

also 48 Unteroffiziere m. P.	= 56 Prozent (54%)
37 Offiziere	= 44 Prozent (46%)

7. Aktivitäten

Für das Berichtsjahr, das Kalenderjahr 1985, wurden 739 Veranstaltungen gemeldet (451). Die Hochrechnung ergibt 968 Veranstaltungen (698).

Von den gemeldeten Aktivitäten erfolgten 37 Prozent (32%) in eigener Initiative und Trägerschaft eines Kreises. 63 Prozent (68%) wurden mit anderen Trägern durchgeführt. Damit werden etwa zwei Drittel der Aktivitäten an der Basis von GKS, PGR und Standortpfarrer oder auch anderen Veranstaltern gemeinsam getragen. Ein Drittel der Aktivitäten findet in eigener Trägerschaft des Kreises statt; auch an ihnen werden aber in der Regel Mitglieder des Militärseelsorgebezirks und Außenstehende beteiligt.

8. „Durchschnitts-Kreis“

Rechnet man die Meldungen auf den sogenannten „Durchschnitts-Kreis“ um, so ergibt sich folgendes Bild:

der Kreis hat 42 Mitglieder	(41), davon
21 Soldaten	(19)
14 Angehörige	(14)
3 Sold. d.R./a. D.	(9)
2 Zivilbedienstete	(9)
2 Sonstige	(2)

Jeder Kreis führt im Durchschnitt 8 bis 9 Veranstaltungen im Jahr durch (6).

9. Änderungen bei Kreisen

Gestrichen werden die Kreise Aachen, Buxtehude, Celle, Ellwangen, Feldkirchen, Garmisch-Partenkirchen (in Mittenwald aufgegangen), Lorch, München II, München III, Wilhelmshaven.

Neu aufgenommen wurden die Kreise München, Oldenburg II, Tarp, Tübingen.

10. Schwerpunkte der Veranstaltungen

Die durchgeführten Veranstaltungen hatten folgende inhaltliche Schwerpunkte:

	eigene	mit anderen
Religiöser Schwerpunkt	34 %	47 %
Bildungs-/Informationsschwerpunkt	29 %	24 %
Gesellige Veranstaltungen	37 %	29 %

Während damit die in eigener Trägerschaft eines Kreises durchgeführten Veranstaltungen zu ungefähr gleichen Teilen religiöser, bildender und geselliger Art sind, machen bei den mit anderen Trägern zusammen durchgeführten Aktivitäten die Veranstaltungen mit religiösem Schwerpunkt etwa die Hälfte aus.

Auf Standortebene wurden 8 Veranstaltungen zum Weltfriedenstag selbst durchgeführt; an weiteren 25 Veranstaltungen dieser Art nahmen Mitglieder der GKS teil. Vertreter von

8 Kreisen nahmen an Weltfriedenstag-Veranstaltungen auf Diözesanebene teil, in 11 Fällen an Veranstaltungen auf Wehrbereichsebene. Damit führt etwa die Hälfte der Kreise Veranstaltungen zum Weltfriedenstag durch oder nimmt an ihnen teil.

Neben den Weltfriedenstag wurden 15 Veranstaltungen verschiedenster Art zusammen mit ausländischen Soldaten durchgeführt. Beteiligt waren Soldaten aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Österreich, Portugal und den Vereinigten Staaten.

11. Partnerschaften und Spenden

Wie schon im letzten Jahr ergeben die Aussagen über Spendenaktionen, daß auch hier eine Trennung zwischen GKS, PGR und Pfarrgemeinde nur selten möglich ist. Insgesamt wird von 16 Spendenaktionen mit einem Gesamtaufkommen von 12028,— DM berichtet, wobei häufig keine Summen genannt wurden. Regelmäßige Sammlungen wie Adveniat und Misereor wurden nicht berücksichtigt.

Die Frage nach Partnerschaftsprojekten mit der Dritten Welt ergab 12 Projekte:

- Unterstützung eines Paters in Brasilien,
- Unterstützung eines Paters in Ruanda
- Ausbildung eines Theologen in Indien
- Unterstützung einer Pfarrei auf der Insel Flores Passo Fundo
- Kinderkrankenhaus in Alcala/Bolivien
- Unterstützung eines Paters in Südamerika
- Missionsstation in Tansania
- Aktion Benin, Afrika
- Unterstützung eines Paters in Bolivien
- Patenschaft für ein Waisenkind
- Unterstützung einer Pfarrgemeinde in Quito/Südamerika.

Es ist nicht immer klar ersichtlich, ob es sich um einmalige Spenden für ein bestimmtes Projekt oder um tatsächliche längere Beteiligung an einem Partnerschaftsprojekt für die Dritte Welt handelt.

12. Mitarbeit in der Zivilseelsorge

Viele Mitglieder der GKS arbeiten regelmäßig und in vielfältiger Weise in zivilen Pfarrgemeinden mit. Auch die Mitarbeit in katholischen Verbänden wie Kolping, KAB usw. als Mitglied oder in Führungspositionen ist nicht selten.

75 Mitglieder der GKS werden als Vorsitzende oder Mitglieder eines zivilen Pfarrgemeinderates genannt; 11 Mitglieder der GKS sind in zivilen Dekanats-/Katholikenräten vertreten, 6 in Diözesanräten.

Diese Zahlen sind offensichtlich unvollständig, da zum Beispiel bekannt ist, daß erheblich mehr Vertreter der GKS in Diözesanräte berufen wurden.

13. „Kompaß“

Erstmalig wurde danach gefragt, wie die Beilage „Kompaß“ zur Zeitschrift WELTBILD ankommt. Die Mitglieder von 70 Kreisen erhalten WELTBILD mit „Kompaß“ regelmäßig, in 11 Fällen ist dies nicht der Fall.

Von 65 Antworten auf die Frage nach der Lesehäufigkeit lauten 56 „regelmäßig“, 8 „ab und zu“ und 1 „nicht“. Auf die Frage „Ist der ‚Kompaß‘ interessant?“ antworten von 65 Befragten 56 mit „ja“, 8 mit „teils/teils“, und 1 mit „nein“.

Auf eine Zustellung des „Kompaß“ unabhängig von WELTBILD legen 20 Kreise Wert; sie wünschen insgesamt 409 Exemplare.

14. Zusammenfassung

- Die Zahl der Kreise ist von 116 auf 110 gesunken, teilweise durch Zusammenlegung von Kreisen in einen Seelsorgebezirk.
- Die Zahl der Mitglieder ist in etwa gleichgeblieben. Der „Durchschnitts-Kreis“ hat 42 Mitglieder. Einzelmitglieder wurden nur in einem Wehrbereich erfaßt; hier gibt es eine größere Dunkelziffer.
- Aktive Soldaten machen inzwischen rund 50 Prozent der Mitglieder aus, Angehörige von Soldaten weitere 33 Prozent.
- Bei den Sprechern hat die Zahl der Unteroffiziere mit Portepée geringfügig zugenommen, die der Offiziere abgenommen.
- Nach wie vor finden etwa ein Drittel der Aktivitäten in eigener Verantwortung eines Kreises, zwei Drittel zusammen mit anderen Trägern statt. Die durchschnittliche Zahl der Veranstaltungen pro Kreis ist von 6 auf 8 bis 9 gestiegen.
- Die Anregung des Priesterrats, Partnerschaftsprojekte für die Dritte Welt zu übernehmen, muß noch stärker propagiert und aufgegriffen werden.
- Die Zahl der Laien, die sich aktiv in der katholischen Militärseelsorge und der GKS engagieren, ist begrenzt, aber sicher noch nicht ausgeschöpft. Engagierte übernehmen häufig mehrere Funktionen, nicht nur in GKS und PGR, sondern auch in Räten und Verbänden der zivilen Gemeinden.
- „Kompaß“ wird grundsätzlich gelesen und kommt an; Verbesserungen und ein genauerer Zuschnitt auf die Zielgruppe scheinen aber erforderlich und möglich.
- Insgesamt bestätigt sich, daß die Arbeit der GKS an der Basis in enger Zusammenarbeit mit dem katholischen Militärpfarrer und dem Pfarrgemeinderat erfolgt. Ihre Schwerpunkte liegen nach wie vor im religiösen und geselligen, aber auch im allgemeinbildenden Bereich. Die Innenwirkung ist stärker als die Außenwirkung.

Pontifikalamt

Der Abend stand im Zeichen des Pontifikalamtes im Dom St. Maria und St. Korbinian. Unser Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, zelebrierte den feierlichen Dienst zu Ehren Gottes. In seiner Predigt sagte der Bischof:

Verehrte Gäste, liebe Soldaten, Schwestern und Brüder in Christus!

Der Glaube der Kirche und die Menschen in unserem Lande haben es nicht leicht miteinander. Wer wüßte dies besser als Christen, die mit gläubigem Herzen und zugleich mit wachem Blick für die Welt durch ihren Alltag gehen! Sie werden dort vielen Menschen begegnen, die in ihrem persönlichen und beruflichen Leben mit dem Glauben der Kirche nichts „anfangen“ können. Glaube und Kirche sind für sie welt- und lebensfern. So entfremden sich Glauben und Leben voneinander. Weil der Glaube nicht mehr im Leben zuhause ist, im Alltag erfahren wird, spricht man nicht mehr über ihn. Zunehmend verstummt das Glaubensgespräch zwischen Eltern und Kindern, zwischen Jugend und Erwachsenen. Es ist fast eine gängige Regel, daß man unter Berufs- und Arbeitskollegen über Religion und Kirche nicht spricht. Doch — wie sollen Menschen zum Glauben kommen, wenn sie nichts von ihm hören? Wie sollen Menschen vom Evangelium und seiner frohen Botschaft erfahren, wenn die Stimme der gesamten Boten nicht zu hören ist?

Sie, liebe Delegierte, haben diese Lage im Blick, wenn Sie sich für diese Woche der Begegnung als Thema gewählt haben: „Glaubensbekenntnis — Bekennen des Glaubens im Alltag“. Es ist die Sorge um die Weitergabe des Glaubens, die die Wahl dieses Themas bestimmt hat. Dieses Thema ist wie ein Echo auf ein Wort des Papstes bei seinem Besuch in Deutschland: „In Glaubensvermittlung und Weltdienst habt Ihr heute Euere vornehmste Aufgabe als Laien!“

Warum machen wir uns Sorgen um die Weitergabe des Glaubens? Es gibt sicherlich Zeitgenossen, die darin lediglich das Interesse der Institution Kirche sehen, ihre Sorge um die Erhaltung der Mitgliederzahlen und den Bestand des Kirchensteueraufkommens. Für uns steht bei dieser Frage allerdings mehr als die Institution auf dem Spiel. Wir sind überzeugt, daß die Weitergabe des Glaubens notwendig ist, weil von ihr viel, ja Entscheidendes für die Zukunft des Menschen abhängt. Dazu möchte ich Ihnen zwei Gesichtspunkte nennen!

Auch in der Zukunft werden die Menschen nach einer Antwort suchen auf die Frage, was denn der Mensch sei. Sie werden wie früher nach dem Woher und Wohin des menschlichen Lebens, nach dem Warum und Wozu seiner Existenz fragen. Und sie werden wie eh und je ihre Erfahrungen machen: die Erfahrung von Liebe und Geborgenheit ebenso wie von tiefer Enttäuschung und Verlassenheit. Sie werden Verzweiflung, Krankheit und Tod erleben, und dabei entdecken, daß ihre Sehnsucht und ihr Verlangen nach Glück und letzter Gewißheit stets über das hinausgehen, was sie hier und jetzt erreichen können. Mir scheint, daß die Menschen heutzutage die Fragen nach dem Menschen und nach dem Sinn seines Lebens schärfer, radikaler und bewußter stellen. Sind nicht viele überkommene

menschliche Wertvorstellungen in die Krise geraten und bieten keine überzeugende Antwort mehr? Geht nicht vielen Zeitgenossen Orientierung ab, weil herkömmliche Leitbilder ihre Überzeugungskraft verloren haben?

Es wird für den Menschen alles davon abhängen, ob er bei der Suche nach einer Antwort auf seine Lebensfragen, bei der Deutung seiner Lebenserfahrung die Begegnung mit Jesus Christus macht. In Jesus Christus offenbaren sich Größe und Elend des Menschen zugleich. In ihm offenbaren sich die Hand des Schöpfers ebenso wie die Berufung des Menschen zur Kindschaft Gottes. In der Nachfolge Jesu Christi erschließt sich der Weg zu einem Leben, das kein Tod mehr vernichten kann. Will der Mensch auch in Zukunft diese Welt bestehen, seiner Berufung entsprechend leben, wird alles darauf ankommen, daß er nicht allein bleibt, weder mit fortschrittsgläubigen Utopien noch mit lähmender Resignation, weder mit seinem Hang zu flachem Verstandsdünkel noch mit seiner Versuchung zu gefährlichem Irrationalismus. Für den Menschen wird alles davon abhängen, ob er auch in Zukunft den Weg zum Glauben an Jesus Christus findet, in dem allein ihm Rettung aus dem Tod und ewiges Leben offenstehen.

Und ein zweiter Gesichtspunkt zur Notwendigkeit der Glaubensvermittlung!

Für die Zukunft des menschlichen Zusammenlebens, für eine menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft hängt viel davon ab, ob Menschen aus dem Glauben leben und handeln. Wer in der Begegnung mit Jesus Christus die Berufung des Menschen zur Gemeinschaft mit Gott und mit dem Nächsten entdeckt, dem schärft sich der Blick und das Gewissen für die einmalige, unveräußerliche und unbedingte Würde des Menschen. Wer den Menschen als Ebenbild Gottes versteht, sieht darin die tiefste Begründung der Personwürde und den tragenden Grund für die Verpflichtung zur Achtung und zum Schutz der Menschenwürde. Wenn in einem Staat und in einer Gesellschaft Menschen so aus dem Glauben Menschenwürde verstehen und sich ihr verpflichtet fühlen, wird dies seine Folgen haben für die Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft, für deren politische, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung. Sie werden sich stets bemühen, die Würde der menschlichen Person bei der Lösung anstehender Fragen zur Geltung zu bringen. Es wird diesen Menschen nicht allein um das Machbare, Zweckmäßige und Erfolgsversprechende gehen; sie werden vielmehr die Werte der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Wahrheit und der Liebe zu Leitideen des menschlichen Lebens zu machen suchen. Es wird ihnen um den Aufbau einer „Zivilisation der Liebe“ gehen, die von der Anerkennung der Personwürde ihren Ausgang nimmt.

Menschen, die Achtung und Schutz der Menschenwürde als eine unbedingte sittliche Verpflichtung verstehen, werden sich spontan und freiwillig dem konkreten Menschen in seiner Not zuwenden. Der Glaube ist Quelle und Kraft, die Gemeinschaft der Gläubigen Ort der Sammlung und Sendung für soziales Engagement, für unzählige ehrenamtliche Helfer, für personellen wie finanziellen Beitrag zur Entwicklungshilfe. In der Begegnung mit dem Herrn und seinem Wort öffnet sich das Auge der Menschen für die Not des anderen, wachsen Empfindsamkeit und Mitleid, werden Anstoß und Kraft für uneigennützige Hilfe gefunden.

Politiker betonen nicht selten, der Staat könne bei der Gestaltung des Gemeinwohls auf die Mitverantwortung der Kirche und der Christen nicht verzichten. Wenn so gesprochen wird, sollte nicht außer acht gelassen werden, daß das Bewußtsein von der sozialen Mitverantwortung und die gestalterischen Kräfte der Christen in einem Zusammenhang mit dem Leben des Glaubens stehen. Der Glaube an Jesus Christus ist die eigentliche Kraft und die bestimmende Orientierung für jeden sozialen und politischen Einsatz von Christen. Die Bemühung um das Leben des Glaubens, um die Festigung des persönlichen Glaubens und die Sammlung der Gemeinschaft von Gläubigen ist daher ein sehr unmittelbarer Beitrag auch für das Wohl der menschlichen Gesellschaft.

Wenn vom Soldaten Verständnis für die ethische Dimension seines Dienstes erwartet wird, wenn sittliches Verantwortungsbewußtsein und Urteilsfähigkeit von ihm gefordert werden, ist auf den gleichen Zusammenhang hinzuweisen. Gewissens- und Urteilsbildung in sittlichen Fragen setzen einen persönlichen und wachen Glauben voraus. Es ist daher gut und richtig, wenn katholische Soldaten sich zusammenfinden, um die Herausforderungen ihres Dienstes in Beziehung zu setzen zu ihrem Glauben, in der konkreten Gemeinschaft ihrer Kirche zu reflektieren. Wenn Militärseelsorger Gläubige sammeln, Gemeinschaft der Gläubigen bilden, die persönliche Entscheidung fördern und sie begleiten, wenn sie sich um die Pflege und die Vertiefung des religiösen Lebens der Soldaten bemühen, dann leisten sie in dieser ihrer ureigenen Aufgabe einen sehr direkten und unverzichtbaren Dienst zur ethischen Bewußtseinsbildung der Soldaten.

Sie, liebe Delegierte aus den Pfarrgemeinderäten und Kreisen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, haben sich in diesem Jahr ein Thema ausgewählt, das von höchster Aktualität und Bedeutung für die Zukunft von Glaube und Kirche, aber auch und gleichzeitig für die Zukunft der Menschen und der Menschlichkeit ist. Leben und Heil, Glück und Frieden, Freiheit und Zukunft des Menschen gründen sich im letzten auf den Glauben an Jesus Christus. Wenn Sie, liebe Delegierte, sich um die Vermittlung des Glaubens bemühen, leisten Sie einen Dienst an unserer Kirche; Sie tragen gleichzeitig bei zum Wohle aller Menschen und zu einer menschenwürdigen Ordnung dieser Gesellschaft. Als Soldaten legen Sie den Grund und öffnen Sie die Quelle für jenes sittliche Verantwortungsbewußtsein, das heute vom Soldaten gefordert wird.

Ich wünsche Ihnen dafür in diesen Tagen Gottes Segen und die Kraft des Heiligen Geistes! Amen.



Empfang

Am Abend gab der Militärbischof einen Empfang. Hohe Gäste aus der Politik, der Bundeswehr, der evangelischen und der katholischen Kirche, voran der Regionalbischof Heinrich Graf von Soden-Frauenhofen, konnten vom Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann begrüßt werden.

In seiner Ansprache sagte dann unser Militärbischof:

Verehrte Damen und Herren!

Es drängt mich, Ihnen Dank zu sagen: Ihnen, den Delegierten aus den Pfarrgemeinderäten bei den Standortpfarrern und den örtlichen Kreisen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Sie haben sich Zeit genommen, um miteinander zu beraten, um den Militärbischof und seine engsten Mitarbeiter zu beraten. Sie haben durch Ihr Kommen ein Zeichen gesetzt für die Lebendigkeit der „Kirche unter Soldaten“.

Ich danke den Gästen, die meiner Einladung zu diesem Abend gefolgt sind. Ich verstehe Ihr Kommen als einen Ausdruck des Interesses an unserer Arbeit und der Verbundenheit mit dem Militärbischof und den Christen, die mit ihm zusammen Verantwortung für die Sendung der Kirche zu den Soldaten tragen.

Ihnen, den Delegierten, möchte ich zwei Gesichtspunkte nennen und Sie bitten, sie während der kommenden Tage nicht aus dem Auge zu verlieren:

Es gehört zu den guten Entwicklungen unserer Jahre, daß seit dem II. Vatikanischen Konzil die Einsicht gewachsen ist, daß Glaubensvermittlung nicht allein Sache des kirchlichen Amtes sei, sondern allen getauften Christen obliege. Dieser Einsicht folgt eine bestimmte Praxis, und ich denke, daß die Wahl Ihres Tagungsthemas auch auf dieser Einsicht beruht. Sie nehmen Verantwortung für die Weitergabe, die Vermittlung des Glaubens auf sich. Ich möchte Ihnen wünschen, daß Sie in diesen Tagen die Kirche als eine Gemeinschaft der Glaubenden erfahren, als eine Gemeinschaft des gegenseitigen Gebens und Nehmens, des Schenkens und Empfangens, des gegenseitigen Helfens und Unterstützens.

Ein zweites! Sicherlich gehört es zu den Eigentümlichkeiten unserer Gegenwart, daß Glaube, Glaubensbekenntnis und Glaubenspraxis in den Bereich des „Privaten“ verbannt werden. Dies ist eine Seite der Wirklichkeit, über die wir eine andere nicht übersehen sollten. Wie mir scheint, wächst unter den Gläubigen die Wahrnehmung der Probleme und Lebensfragen, die sich im Beruf und in der Gesellschaft stellen. Es wächst das Gespür für die Herausforderung, die diese Lebensfragen für den Christen bedeuten. Es ist die Frage nach den christlichen Einstellungen gegenüber diesen Lebensfragen, nach der christlichen Verantwortung im Beruf und in der Gesellschaft. Die Bemühung um Wahrnehmung und Verarbeitung dieser Lebenserfahrung, der Wahrnehmung ihrer Bezüge zur christlichen Verantwortung ist ein gutes und wichtiges Stück des Bekenntnisses des Glaubens und seiner Vermittlung. Insofern gehört die Reflexion auf die gesellschaftlichen Lebensfragen in das Leben der Gemeinschaft der Gläubigen hinein. Die Reflexion auf die spezifisch christ-

liche Verantwortung ist Bestandteil des Lebensvollzugs der Kirche; sie kann nicht abgelöst werden vom konkreten Glauben und damit von der konkreten Gemeinschaft der Kirche. Es entspricht der freiheitlichen Ordnung in unserer Gesellschaft, daß katholische Soldaten in der konkreten Gemeinschaft ihrer Kirche und in aller Öffentlichkeit sich den Herausforderungen ihres Berufes und der Gesellschaft stellen und über ihre christliche Verantwortung nachdenken können. Ich denke, daß Sie damit nicht nur einen Beitrag zur eigenen Gewissens- und Urteilsbildung leisten. Sie leisten damit wohl auch einen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung unter Ihren Kameraden in der Bundeswehr.

In dieser festlichen Stunde konnte unser Militärbischof dann seinen Dank an O.a.D. Georg Heymen durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge auch äußerlich Ausdruck verleihen.

In diesem Zusammenhang scheint es notwendig, ein Wort zu diesen Empfängen zu sagen. Das Kardinal-Döpfner-Haus, das Bildungszentrum der Erzdiözese München und Freising, ist bekannt für seine gute und rustikale Küche. Ein solcher Empfang ist für den Küchenchef immer eine Verführung, sein Können unter Beweis zu stellen. Dabei kann es zu Übertreibungen kommen. Dieser Versuchung hat man nicht nachgegeben. Die Küche hat eine solide Gastlichkeit. Die reichhaltige Küche der Landschaft wurde geschmackvoll angeboten ohne den oft üblichen Schnick-Schnack sogenannter internationaler Prägung. Auch an Getränken war natürlich das einheimische Bier willkommen. Wenn man bedenkt, daß der Bischof seinen hohen Gästen, aber auch den ehreamtlichen Mitarbeitern, die viele Stunden und Tage für die Arbeit in der Kirche aufgewendet haben, den Dank in dieser Weise abstattet, dann darf man als Chronist feststellen, daß er mit dieser Gastlichkeit in Würde und Herzlichkeit gedankt hat.

Das Essen ist bei den Urvölkern, aber besonders bei den Kulturnationen eine Zeremonie, die der Freundschaft und Harmonie dient, ja, die sogar Frieden stiftet. Die christliche Agape hat nicht umsonst einen so hohen Wert.

Dank unserem Bischof, daß er auch Mahl in dieser Weise mit uns gehalten hat.

Mittwoch, 30. April 1986

Nach dem Morgen-Gottesdienst begrüßte OTL Havermann die Teilnehmer. Sodann eröffnete der H.H. Militärgeneralvikar, Dr. E. Niermann, die Zentrale Versammlung (ZV). Sie ist der Ort und die Gelegenheit, da der Vorsitzende der ZV und der Bundesvorsitzende der GKS vor dem Bischof Rechenschaft ablegen.

Es ist auch die Zeit, da wichtige Anträge gestellt werden und in der unser Bischof sein weises Wort sagt.

Zentrale Versammlung

Der Vorsitzende der ZV, Oberstleutnant Heinrich Havermann, berichtete:

1. Vorbemerkung

Das normale Kalenderjahr hat 365 Tage. Das Programm der vom Katholischen Militärbischofsamt auf dem Domberg in Freising veranstalteten 26. Woche der Begegnung kennzeichnet den heutigen Tag durch die Überschrift: „Tag der Zentralen Versammlung“. Würde diese Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs die drei für den morgigen 1. Mai noch eingeplanten Sitzungsstunden auf den heutigen Abend legen, um den „Tag der Arbeit“ von jeglicher Arbeit freizuhalten, dann dürfte man die Feststellung treffen: Die Zentrale Versammlung tagt jährlich einen Tag lang! Diese Feststellung gewinnt bei der Umkehrung in eine negative Aussage an Bedeutung: Die Zentrale Versammlung tagt an 364 Tagen im Jahr nicht! An 364 von 365 Tagen eines Jahres ist die Zentrale Versammlung als beratendes Gremium des Katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr im Sinne der Nummer 26 des Konzilsdekrets „Über das Apostolat der Laien“ also nicht präsent. Diese Feststellung muß alle, die sich für das Apostolat der Laien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs engagieren, zu der Erkenntnis führen, daß dieser 30. April im Jahresablauf ein besonderer Tag ist,

- ausgezeichnet schon am Beginn durch die Bischofsmesse;
- geprägt durch wegweisende Worte des Militärgeneralvikars;
- chancenreich aufgrund der Anwesenheit unseres Bischofs;
- bedeutungsschwer für die weitere Entwicklung der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten und darum
- wieder eine Herausforderung an alle Mitglieder der Zentralen Versammlung,
- + ihr Mandat als Delegierte als Dienst an der Kirche unter Soldaten zu begreifen,
- + angesichts der knappen Zeit engagiert und konzentriert mitzuarbeiten,
- + das Amt in dieser Kirche unter Soldaten mit der Wirklichkeit in Familie, Beruf und Seelsorgebezirk zu konfrontieren, offene Fragen freimütig zu stellen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die dem Geist Christi entsprechen.

Die Kürze der Zeit, in der die Zentrale Versammlung dem Katholischen Militärbischof als beratendes Gremium zur Verfügung stehen kann, sollte darum ihren Vorstand mahnen, notwendige Äußerungen knapp zu fassen und für eine breit angelegte Beratungsarbeit ausreichende Gelegenheiten anzubieten. Der Vorstand hat sich bemüht, diese Mahnung bei der Vorbereitung der Zentralen Versammlung 1986 zu beherzigen. Auch der Bericht des Vorsitzenden soll deshalb keine Festansprache, sondern eine Lagemeldung sein, die der Vorsitzende der Zentralen Versammlung schuldet; der Bericht soll aber auch einige Denkanstöße enthalten; denn eine Versammlung wählt sich ihren Vorstand nicht zum Vornstehen und ihren Vorsitzenden nicht zum Vornsitzen. Einen Ausblick sollten wir gemeinsam wagen, weil uns das Apostolat drängt, uns den Aufgaben der Zeit zu stellen, und weil wir diese Aufgaben nur dann bewältigen können, wenn wir unsere schwachen Kräfte schwerpunktartig zusammenfassen. Ein Rückblick ist angebracht, um den eigenen Standort genau zu bestimmen. Er ist heute aber auch deswegen erforderlich, weil die Amtszeit des derzeitigen Vorstandes mit dem heutigen Tag abläuft und die Zentrale Versammlung sich einen neuen Vorsitzenden sowie einen neuen Vorstand wählen muß.

2. Rückblick auf die Zentralen Versammlungen der Jahre 1982—1985

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Zentralen Versammlungen der Jahre 1982—1985, und fragen wir uns, was sie bewirkt haben.

a. Die Zentrale Versammlung 1982

tagte am 4. Mai im Kloster Himmelspforten in Würzburg. Sie war eingerahmt von Vortragsveranstaltungen und Diskussionen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zum Thema „Frieden in unseren Tagen . . .“, zu dem die GKS einen Monat später ein Positionspapier veröffentlichte.

Oberst Dr. Korn, der scheidende Vorsitzende der Zentralen Versammlung, stellte in seinem Bericht Überlegungen zu 3 Komplexen an:

- (1) zur Art und zum Umfang der Beteiligung am 87. Deutschen Katholikentag in Düsseldorf;
- (2) zur Notwendigkeit, daß Soldaten immer überzeugend sagen können, was sie meinen, wenn sie Frieden sagen;
- (3) zu Aufgaben und Problemen, die er in einer Übersicht aufgelistet hatte und mit denen er die Delegierten konfrontierte.

Einen halben Tag lang tauschten die Delegierten der Zentralen Versammlung in einer angeregten Plenumsdiskussion ihre Erfahrungen und Meinungen zu der vorgelegten Problemliste aus. Die folgenden Fragen fanden die besondere Aufmerksamkeit der Delegierten:

- (1) Wie wird religiöses Leben und Seelsorge gestaltet, wenn die Stelle des Militärpfarrers im Seelsorgebezirk vakant ist?

- (2) Welche missionarischen Aufgaben müssen wir in unserer Zeit anpacken?
- (3) Welche Stellung kommt der Frau in der Militärseelsorge zu, welche Aufgaben hat sie?
- (4) Welche Defizite gibt es in der religiösen Bildung unserer Kinder?

Bedauerlicherweise beendete die Zentrale Versammlung die Aussprache ohne einen Beschluß. Sie wählte am Ende des Tages einen neuen Vorsitzenden und einen neuen Vorstand.

b. *Die Zentrale Versammlung 1983*

wurde für den 4. Mai nach Untermarchtal in das Kloster der Vincentinerinnen einberufen.

Der Bericht des Vorsitzenden zielte darauf ab, den Begriff „Laienapostel“ zu verdeutlichen und die unterschiedlichen Ziele der Laienarbeit im Rahmen der Ratsstruktur wie der GKS herauszuarbeiten. Wichtig für das Selbstverständnis engagierter Laien ist das Bewußtsein, an der Heilssendung der Kirche dann in besonderer Weise teilzunehmen,

- wenn sie im Weltdienst in Beruf, Gesellschaft und Staat „das einbringen, was Evangelium und christliche Tradition über den Menschen, über die Arbeit, über das soziale Leben aussagen“ (Kard. Döpfner), und
- wenn sie im Heildienst ihren Familien den Glauben vermitteln sowie „offene Fragen aus der Erfahrung der Welt an das Wort stellen“, um Predigt und Pastoral herauszufordern (Bischof Dr. Hemmerle).

Die Zentrale Versammlung beriet in Arbeitsgruppen Fragen zur Gestaltung des Heiligen Jahres und zur Initiative „Wähle das Leben!“, Probleme der Militärseelsorge und die Art der Beteiligung am 88. Deutschen Katholikentag. Zum Ende einer Aussprache im Plenum beschloß die Zentrale Versammlung,

- alle Laiengremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs aufzurufen, der Initiative „Wähle das Leben!“ in der Jahresarbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
- die 24. Woche der Begegnung dem Themenkreis der Initiative „Wähle das Leben!“ zu widmen;
- zur Betreuung portugiesischer Kinder eine Kollekte durchzuführen;
- den Vorstand zu beauftragen, sich um die sakramentale Grundversorgung der Soldaten und ihrer Familien zu sorgen.

c. *Die Zentrale Versammlung 1984*

fand am 1. Mai in Bad Segeberg in der Evangelischen Akademie Nordelbien statt.

Der Vorsitzende berichtete über Beobachtungen zur Laienarbeit in der Militärseelsorge.

Zum ersten Mal erhielten während einer Woche der Begegnung in Bad Segeberg die Vertreter der Pfarrgemeinderäte die Gelegenheit, ihre Sorgen, Probleme und Vorstellungen miteinander zu besprechen.

Die Zentrale Versammlung befaßte sich in Arbeitsgruppen mit der Lösung von Aufgaben, die das Leben gewöhnlich stellt. Sie wollte damit Anregungen für ein Weitertragen der Initiative „Wähle das Leben!“ geben.

Zum Abschluß verabschiedete sie

- einen Aufruf an alle Katholiken im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, die 25. Woche der Begegnung zum Anlaß für eine kritische Bestandsaufnahme der Laienarbeit in der GKS und in den Räten zu nehmen;
- eine Stellungnahme zu einem Fragenkatalog des Priesterrates zu Problemen der Gestaltung des Sonntags in der Truppe und zur Seelsorge an jungen Soldaten;
- einen Auftrag für den Vorstand, die Aufhebung einer Fachdienstlichen Anweisung des Inspektors für das Sanitäts- und Gesundheitswesen zu erwirken, mit der die Einweisung erkrankter Soldaten in Krankenhäuser geregelt wird.

d. Die Zentrale Versammlung 1985

traf sich während der 25. Woche der Begegnung am 1. Mai in Königstein. Sie stand ganz im Zeichen der Tatsache, daß es seit 25 Jahren im Bereich der Militärseelsorge organisierte Laienarbeit gibt.

Der Vorsitzende stellte Überlegungen zu einer umfassenden Lagebeurteilung der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten vor, die mit einem Forderungskatalog an die Räte, die GKS und den einzelnen endeten.

Die Zentrale Versammlung beschloß eine Antwort auf eine Anfrage des Priesterrates nach den wesentlichen Aufgaben von Pfarrgemeinderat und GKS-Kreis. Diese Antwort ist wegweisend für die Laienarbeit, stellt sie doch das Typische der GKS als eines unabhängigen katholischen Verbandes und das des Pfarrgemeinderates als eines auf das Amt des Pfarrers bezogenen beratenden Gremiums heraus.

Die Zentrale Versammlung verabschiedete ferner

- eine Wahlordnung,
- eine Stellungnahme zu sozialen Problemen von Soldatenfrauen,
- einen Antrag an den Militärbischof auf Einrichtung von Gremien der mittleren Ebene für die Räte und
- das Grobziel für die 26. Woche der Begegnung.

Bei aller Kritik an der arg überfrachteten Tagesordnung der Zentralen Versammlung 1985 mußte man feststellen, daß sie konzentriert arbeitete und vorzeigbare Ergebnisse zeitigte.

e. Kritische Anfragen an die Zentrale Versammlung

fordert gerade der Blick auf das heraus, was sie in den vergangenen Jahren leistete.

- Werden die Mitglieder der Zentralen Versammlung auf der Wehrbereichsebene so zeitig gewählt, daß sie sich noch auf ihre Aufgaben vorbereiten können?
- Ist ein Wehrbereich richtig vertreten, wenn von den wenigen Delegierten, die er entsenden darf, gar zwei aus einer Familie kommen?
- Ist der Mangel an eingebrachten Beratungspunkten für die Zentrale Versammlung — zu Beginn eines jeden Jahres bat der Vorsitzende in einem Rundbrief jeweils um Anträge und Beratungspunkte —, ist dieser Mangel als ein Zeichen dafür zu deuten, daß die Zentrale Versammlung von vielen immer noch als eine ausgezeichnete Bildungsveranstaltung, nicht aber als das Laiengremium angesehen wird, das den Militärbischof berät und darum jene Fragen formulieren muß, die als ungelöste, offene Fragen der Welt an das Evangelium zu stellen sind?
- Gehören Anträge auf die Tagesordnung der Zentralen Versammlung, die mit der Förderung der apostolischen Tätigkeit im Jurisdiktionsbereich und mit der Koordination der Kräfte des Laienapostolates nichts zu tun haben? Ich denke an den 1984 gestellten Antrag, eine Fachdienstliche Anweisung des Inspektors für das Sanitäts- und Gesundheitswesen aufheben zu lassen, vor allem aber an den im vergangenen Jahr an mich herangetragenen Antrag auf Einführung eines mehr oder weniger zentral zu überwachenden Getränkepreissystems in den Häusern der katholischen Militärseelsorge.
- Muß die Mitglieder der Zentralen Versammlung nicht interessieren, was mit ihren Meinungsäußerungen geschah, was ihre Stellungnahmen bewirkt, was ihre Aufrufe bewegt haben?

3. Rückblick auf die Arbeit des Vorstandes der Zentralen Versammlung

Fast immer sehen sich die Mitglieder des Vorstandes beauftragt, die aus Mangel an Zeit nicht ausformulierten Beschlüsse der Zentralen Versammlung in eine les- und vertretbare Form zu fassen bzw. die Folgearbeiten der Beschlüsse auszuführen.

In der Ordnung für die Zentrale Versammlung sind dem Vorstand zwar keine Aufgaben zugeschrieben worden, doch ist bisher jeder Vorstand davon ausgegangen, daß er die Aufgaben der Zentralen Versammlung wahrzunehmen hat, wenn sie nicht tagt.

Der Vorstand, der heute aus dem Amt scheidet, wurde am 04.05.82 gewählt. Nach der Wahl des Vorsitzenden wurden damals in den Vorstand gewählt: Frau Liedke und die Herren Correnz, Trost, Gerner, Heymen, Dr. Werner, Posner und Überschar. Aufgrund des Todes von Kapitänleutnant Correnz und der Versetzung von Hauptfeldwebel Überschar in den Ruhestand gelangten von der Nachrückliste die Herren Oden und Gerster in den Vorstand.

Mitglied des Vorstandes der Zentralen Versammlung zu sein ist keine Honorarentätigkeit und bringt keine Pluspunkte für das dienstliche Fortkommen. Es ist Einsatz und Arbeit für die Kirche unter Soldaten an vielen Feierabenden und manchem Wochenende. Dafür verdienen die Mitglieder des Vorstandes den Dank der Zentralen Versammlung. Als Vorsitzender danke ich jedem besonders herzlich für die Bereitschaft, Aufgaben zu übernehmen und Arbeiten abschließend selbständig zu erledigen.

Selbständige Arbeit und auch Ideen waren erwünscht; denn schon bei der ersten Vorstandssitzung am 05.05.1982 wurde das Aufgabenspektrum auf die einzelnen Vorstandsmitglieder aufgeteilt und ihnen anheimgestellt, das ihnen übertragene Aufgabengebiet mit der Hilfe eines Sachausschusses zu bearbeiten. Folgende Sachausschüsse bildete der Vorstand in seiner Amtszeit:

SA I: Pastorale Grundfragen

Leitung: Stabsfeldwebel Gerner

- Beobachten der Verwirklichung des gesetzlich verbürgten Anspruchs auf Seelsorge an den Soldaten der Bundeswehr;
- Beobachten des religiösen Lebens bei Soldaten und ihren Familien;
- Entwickeln von Vorschlägen zur Pastoral, religiösen Bildung und zur Ökumene.

SA II: Arbeit der Räte

Leitung: Oberstleutnant Trost

- Halten der Verbindung zu den Pfarrgemeinderäten und den Arbeitskonferenzen;
- Fördern der Arbeit der Pfarrgemeinderäte und der Arbeitskonferenzen durch Information, Betreuung und Bildungsmaßnahmen;
- Fortschreiben der „Arbeitshilfen und Informationen“ (des PGR-Handbuches).

SA III: Organisation und Planung

Leitung: Oberleutnant Oden

- Vorbereiten, durchführen und nachbereiten von Sitzungen, Tagungen sowie Sonderveranstaltungen;
- Erarbeiten von Unterlagen für die Wahlen bei den beratenden Laiengremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs;
- Beobachten der Strukturen der Laienarbeit und erarbeiten von Vorschlägen zur Lösung von Strukturproblemen.

SA IV: Verbandsarbeit

Leitung: Oberst i. G. Heymen

- Halten der Verbindung zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), zur Aktion Kaserne (AK) und anderen Verbänden

SA V: *Soziales Engagement*

Leitung: Frau Liedke/Oberleutnant Posner

- Anregen caritativer Maßnahmen und durchführen entsprechender Aktionen im Bereich der Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs;
- Berücksichtigen der Wehrpflichtigen/Frauen/Familien und ihrer Probleme;
- Vertreten der Interessen der katholischen Soldaten und der Zentralen Versammlung gegenüber der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS).

SA VI: *Mission, Entwicklung, Frieden*

Leitung: Oberstleutnant Trost

- Fördern des Missionsgedankens in der Laienarbeit des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs;
- Erarbeiten von Vorschlägen für Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklungs-/Umweltpolitik;
- Halten der Verbindung zum Sachausschuß „Sicherheit und Friede“ der GKS.

SA VII: *Information*

Leitung: Oberstleutnant Havermann

- Verbessern der Information über die Zentrale Versammlung und ihre Arbeit mittels Rundbriefe und Pressekontakte;
- Beobachten der Entwicklung im Bereich von Bundeswehr, Staat und Gesellschaft.

All den Damen und Herren, die in diesen Sachausschüssen mitgewirkt, ihre Erfahrungen, Vorstellungen und Ideen in die Arbeit des Vorstands eingebracht haben, sage ich vor dieser Zentralen Versammlung und sicherlich auch im Namen dieser Zentralen Versammlung ein sehr herzliches „Vergelt's Gott!“. Manche Aufgabe des Vorstandes wurde ihm durch die vorhergehende Beratung in einem Sachausschuß erleichtert, manche Entscheidung durch den Vorschlag eines Sachausschusses vorbereitet. Diese Arbeitsteilung im Vorstand hat sich bewährt. Angesichts der Tatsache, daß fast alle Vorstandsmitglieder einem Sachausschuß vorstanden und in einem Sachausschuß nie mehr als zwei Vorstandsmitglieder tätig waren, konnte sich der Vorstand dankenswerterweise auf einen breiten Erfahrungsschatz der Sachausschußmitglieder abstützen und dafür häufig auch neue Aktive gewinnen.

Die Arbeit in den Sachausschüssen diente immer nur der Vorbereitung von Vorstandssitzungen. Die Ordnung für die Zentrale Versammlung verlangt, daß der Vorstand wenigstens zweimal im Jahr zusammentrifft. In den vergangenen Jahren hat der Vorstand in jedem Jahr jeweils viermal getagt. Der Zwang zur Vorbereitung der Woche der Begegnung bringt in die Jahresarbeit des Vorstandes eine gewisse automatische Rhythmik; denn bei

der nach der Woche der Begegnung jeweils im Herbst stattfindenden Vorstandssitzung wird nicht nur Manöverkritik gehalten über diese Woche, gleichzeitig wird der Inhalt und der organisatorische Rahmen für die folgende Woche der Begegnung in Umrissen festgelegt. In der Wintersitzung des Vorstandes muß die neue Woche dann für alle Gestalt gewinnen, Referenten müssen verpflichtet, der Veranstaltungsablauf festgeschrieben werden. Das Programm kann anschließend in den Druck gehen, Einladungen an die Delegierten können versandt werden. Die Frühjahrssitzung des Vorstandes muß sich dann mit der Frage beschäftigen, welche Beratungspunkte die Zentrale Versammlung aufgreifen soll. Zu diesem Zeitpunkt gewinnt regelmäßig auch der barocke Zierat einer Woche der Begegnung seine Bedeutung: Gästelisten sind zu erarbeiten, Protokollfragen zu klären. In der Vorkonferenz am Wochenende vor einer Woche der Begegnung legt der Vorstand stets zusammen mit dem Bundesvorstand der GKS die Durchführung im einzelnen fest.

In diesem Kreislauf der Jahresarbeit des Vorstandes der Zentralen Versammlung muß die Beantwortung aktueller Fragen, die Erledigung von Aufträgen der Zentralen Versammlung und die Beschäftigung mit Sondervorhaben bzw. Zusatzaufgaben eingepaßt werden. Da alle Aktivitäten des Vorstandes Freizeitbeschäftigungen sind, kann es schon mal vorkommen, daß der Kreislauf der Jahresarbeit sich an einer Stelle unrund, ein anderer zu langsam vorwärtsdreht.

Mit Recht ist die Zentrale Versammlung an der Frage interessiert, ob diese Drehbewegung tatsächlich eine Vorwärtsbewegung oder nur ein Drehen auf der Stelle war.

4. Konkrete Aufgaben, die im Zeitraum 1982–1986 gelöst wurden,

mögen der Zentralen Versammlung den Hinweis geben, wohin der Vorstand die Laienarbeit bewegt hat und wo diese heute steht.

a. Die Konturen von GKS und Räten sind herausgearbeitet worden

Mit deutlichen Strichen wurde zuletzt 1985 von der Zentralen Versammlung die Ordnung der jeweiligen Laiengremien nachgezeichnet, und in einer dem Priesterrat übergebenen Stellungnahme wurden jeweils charakteristische Aufgaben dargestellt.

Eine solche Aufgabenteilung war nicht selbstverständlich; denn oft wurde im Rahmen der Veranstaltungen zur Woche der Begegnung schon die Frage aufgeworfen: Wozu leisten wir uns angesichts des Mangels an einsatzfreudigen katholischen Soldaten den Dualismus von GKS und Räten?

Die richtige Beantwortung dieser Frage führt uns zur Anwendung der bestehenden Ordnungen, zur Vermeidung von Doppelarbeit und zur Konzentration der Kräfte sowohl auf den Weltdienst als auch auf den Heilsdienst.

Aufgrund der Entstehungsgeschichte und der langjährigen Praxis der Laienarbeit hatte die GKS wie übrigens alle katholischen Verbände eine Vorreiterrolle gespielt und manche

Aufgabe wahrgenommen, die nun die Räte an sich zogen; dann breitflächig angesetzte Mission erfordert mehr Kräfte als nur den Einsatz hochmotivierter und hochspezialisierter Vorreiter.

Ein Beispiel für die sehr sinnvolle Aufgabenteilung ist die vom Vorstand der Zentralen Versammlung am 19.03.1983 beschlossene Einrichtung eines Sachausschusses „Mission/Entwicklung/Friede“. Dieser Ausschuß, den auch die anderen Diözesanräte gebildet haben, arbeitet im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs aufgrund der dort gewonnenen Erfahrung und Kompetenz in zwei Sektionen:

- die Sektion „Mission/Entwicklung“ im Auftrag des Vorstandes der Zentralen Versammlung;
- die Sektion „Sicherheit und Frieden“ in der Verantwortung der verbandsähnlichen Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

Daß ein Nachziehen der Konturen von Ordnung und Selbstverständnis nicht zu Konkurrenz, sondern zu Ergänzung und größerer Wirksamkeit führt, hat das vorgetragene Beispiel hoffentlich deutlich gemacht.

b. Erlebnishöhepunkte religiösen Lebens

wurden in den vergangenen Jahren wegen der umfangreichen Vorbereitungen von den Laiengremien stets gemeinsam getragen. Das waren

- der 87. Deutsche Katholikentag 1982 in Düsseldorf;
- der 88. Deutsche Katholikentag 1984 in München;
- die große Soldaten-Wallfahrt mit unserem Bischof im Herbst 1983 nach Rom;
- die Exerzitien und das Romseminar für Führungskräfte im Herbst 1985.

Die Begegnung mit Rom und dem Heiligen Vater hat viele im Glauben bestärkt. Die Erfahrung von Glaubensgemeinschaft und das gemeinsame Glaubensbekenntnis haben manchem Mut gemacht. Die Beschäftigung mit Tages- und Lebensfragen aus der Sicht des Glaubens hat viele bereichert.

Wir konnten mit diesen sicherlich aufwendigen Veranstaltungen die einen aus ihrem religiösen Alltagstrott holen, die anderen zum Nachsinnen veranlassen. Wir konnten vielen zeigen, daß die Laien im Bereich der katholischen Militärseelsorge aktiv sind.

c. Gemeinschaft setzt voraus, daß man sich kennt

Diese Erfahrung gilt auch für die Kirche unter Soldaten. Nur wenn man vom anderen weiß, nur wenn man ihn gut kennt, kann man ihn verstehen. Daher sind wir jedes Jahr wieder dankbar dafür, daß unser Bischof, sein Generalvikar und auch der Moderator des Priesterrates den Beratungen der Laiengremien der Kirche unter Soldaten beiwohnen. Mit sehr herzlichem Dank aber muß auch einmal ausdrücklich festgestellt werden, daß an un-

seren unzähligen Sitzungen stets mit großer Geduld der Leiter des Referates „Kirche/Gemeinde“ aus dem Katholischen Militärbischofsamt teilnimmt.

Aber auch wir Laien haben das Gespräch gesucht und damit versucht, die Gemeinschaft der Kirche unter Soldaten zu festigen:

- Am 17.02.1984 trug der Vorsitzende der Zentralen Versammlung seine Beobachtungen zur Laienarbeit der Dekanekonferenz vor.
- Am 21./22.03.1985 weilte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung auf der Pfarrhelferkonferenz in Duderstadt und konnte dort um Verständnis für die Laienarbeit werben.
- Am 13.05.1985 erläuterte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung deren Beschlüsse zur Aufgabenstellung von Pfarrgemeinderäten und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie deren Beschlüsse zu sozialen Problemen von Soldatenfrauen dem Priesterrat.
- Am 04.09.1985 hatte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung anlässlich der Übergabe einer Stellungnahme zu den Lineamenta zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der GKS ein Gespräch mit dem Militärbischof über die Laienarbeit in seinem Jurisdiktionsbereich.

Es ist gute Gewohnheit, daß

- Vertreter der Laiengremien an den jährlichen Gesamtkonferenzen der hauptamtlichen katholischen Militärseelsorger teilnehmen;
- über die Laienarbeit auf den Einweisungslehrgängen für neue Militärpfarrer informiert wird;
- der Militärgeneralvikar häufig das Gespräch mit führenden Vertretern der Laiengremien sucht.

All diese Gespräche mit dem Amt sind notwendig. Genauso notwendig ist aber die Bereitschaft, die Verbindung innerhalb der Laiengremien auf und zwischen den einzelnen Ebenen zu pflegen. Wichtiger als viele papierne Informationen ist eine persönliche Begegnung im Gespräch. In den vergangenen vier Jahren sind alle Arbeitskonferenzen vom Vorsitzenden ein oder mehrere Male besucht worden.

d. Herausgabe eines PGR-Handbuches

Bei allem Bemühen, in der Laienarbeit das Funktionärswesen zu unterdrücken und das Persönliche zu betonen, geht es nicht ohne Papier.

Die Verhältnisse sind unübersichtlich heutzutage; das Miteinander unterschiedlicher Gremien und Ämter muß geordnet sein; die Bereitstellung von Haushaltsmitteln muß gerecht und auch kontrollierbar erfolgen. All das geht nicht ohne Regeln und Bestimmungen.

Eine Hilfe bei der Wahrnehmung von Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs sollen die „Arbeitshilfen und Information“ (Kurz: PGR-Handbuch) sein, die der Sachausschuß II erarbeitete und die das Katholische Militärbischofsamt 1984 in 4. Auflage herausgab. Je Standortpfarrer sind 20 Exemplare ausgeliefert worden.

e. Beschluß der ZV-84 zur Krankenhausbehandlung von Soldaten

1984 überwies die Zentrale Versammlung nach nur kurzer Sachdiskussion den folgenden Beschluß an den Vorstand zur weiteren Bearbeitung:

„Die ZV bittet den hochwürdigsten Herrn Militärbischof, gegenüber dem Herrn Bundesminister der Verteidigung sowie dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages auf die Aufhebung der Fachdienstlichen Anweisung Insp San K. 01.02. (4/83) hinzuwirken, die Truppenärzten vorschreibt, erkrankte Soldaten nur in Notfällen mit der Zustimmung des Leitenden Sanitätsoffiziers in ein heimatnahes Zivilkrankenhaus stationär einzuweisen.“

Der Vorstand hat sich sehr schwer getan, mit diesem Auftrag der Zentralen Versammlung. Er hat versucht, sich sachkundig zu machen, bevor er auftragsgemäß den zitierten Beschluß am 25.03.1986 an das Katholische Militärbischofsamt weiterleitete. Vorher hatte er die in diesem Beschluß enthaltene Feststellung untersucht und die betreffenden Bestimmungen sowie unterschiedliche Erfahrungen betroffener Soldaten ausgewertet.

Im Schreiben an das Katholische Militärbischofsamt heißt es:

„... Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die (einschlägigen) VMBI und Fachdienstlichen Anweisungen durchaus sowohl den medizinischen und wirtschaftlichen Überlegungen des Dienstherrn als auch den persönlichen Belangen erkrankter Soldaten gerecht werden können. Gelegentlich scheint es jedoch an Entscheidungsfreudigkeit der einweisenden Ärzte zu mangeln, die Bestimmungen auch zugunsten erkrankter Soldaten auszulegen ...

Der Vorstand ZV bittet das KMBA deshalb, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Sanitätsoffiziere angehalten werden, den Entscheidungsspielraum, den ihnen die Bestimmungen zur Einweisung erkrankter Soldaten in eine stationäre Behandlung einräumen, auch tatsächlich zu nutzen und dabei das Wohl des Patienten nicht hinter wirtschaftliche Erwägungen zu setzen.“

f. Wahlordnung für die Wahl zum Vorstand ZV

Die Zentrale Versammlung beschloß im vergangenen Jahr eine Wahlordnung.

Militärdekan Theis teilte auf der Sitzung des Vorstandes am 15.03.1986 mit, daß der Militärgeneralvikar diese Wahlordnung nach einer Prüfung im Katholischen Militärbischofsamt zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Zentrale Versammlung verfügt mit dieser Wahlordnung nun über ein allseitig anerkanntes Instrumentarium für ihre Personalentscheidungen. Sie wird es gleich heute noch anwenden müssen.

g. Änderung der Ordnung für die Zentrale Versammlung

Bei der Prüfung der Wahlordnung im Katholischen Militärbischofsamt stellte man fest, daß den Mitgliedern des Vorstandes kein Stimmrecht verliehen werden könnte, weil sie im Sinne der Ordnung keine Mitglieder der Zentralen Versammlung seien.

Diese kannte bislang nur die drei folgenden Kategorien als Mitglieder (siehe Artikel 3 der Ordnung):

- (1) die Vertreter der Arbeitskonferenz;
- (2) die Delegierten der GKS;
- (3) den Beauftragten des Militärbischofs.

Der Vorstand fand die rechtliche Situation, nicht Teil der Zentralen Versammlung zu sein, unerträglich. Er faßte daher schon bei seiner Sitzung am 25.01.1986 in dieser Frage den folgenden Beschluß: „Der Vorstand hat nach Prüfung der durch die ZV 85 beschlossenen Wahlordnung Diskrepanzen zwischen der Ordnung ZV und der Wahlordnung zur Kenntnis genommen. Er bittet einstimmig das KMBA, diese durch eine Ergänzung der Ordnung ZV in dem Sinne zu beheben, daß auch Mitglieder des Vorstandes ZV kraft Amtes zu stimmberechtigten Mitgliedern der ZV werden. Der Vorstand bittet den Herrn Militärgeneralvikar, eine Ergänzung der Ordnung beim Militärbischof zu erwirken ...“

Der Militärbischof hat diesem Antrag mittlerweile entsprochen, die geänderte Ordnung wurde am 17.04.1986 im Verordnungsblatt veröffentlicht. Damit sind nun auch jene, die bereit sind, ein Jahr hindurch für die Zentrale Versammlung zu arbeiten, aufgrund der Wahl in den Vorstand deren Mitglieder.

h. Ordnung für die Arbeitskonferenz beim Kath. (Wehr-)Bereichsdekan

Mit dem schon erwähnten Verordnungsblatt wurde eine weitere vom Militärbischof genehmigte Ordnung in Kraft gesetzt.

Vor einem Jahr bat die Zentrale Versammlung den Militärbischof, auf der Wehrbereichsebene für die Räte ein Gremium einzurichten, das Seelsorge und Laienarbeit durch Information, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung fördern solle. Nach Beratung im Vorstand ZV und in der Dekanekonferenz wurde die schon lange erwünschte „Ordnung für die Arbeitskonferenz beim Kath. (Wehr-)Bereichsdekan“ genehmigt.

Für die zügige Beratung dieser Ordnung und ihre rasche Inkraftsetzung sind wir sehr dankbar. Von der Arbeit dieser sogenannten mittleren Ebene erhoffen wir uns eine engere, vor allem dauernde Verbindung zwischen den beratenden Gremien, einen besseren Informations- und Erfahrungsaustausch und damit eine Intensivierung der Laienarbeit.

i. Geschäftsordnung für die Zentrale Versammlung

Schon mehrfach ist der Zentralen Versammlung in den vergangenen Jahren die kritische Bemerkung ins Stammbuch geschrieben worden, sie empfinde sich immer noch allzusehr als Vorträge konsumierende Bildungsversammlung denn als das den Militärbischof und sein Amt aktiv beratende Laiengremium, das aufgrund von Alltagserfahrungen in Familie und Beruf, Gesellschaft und Staat die apostolische Tätigkeit der Kirche unter Soldaten unterstützt.

Der Vorstand wollte den Wachstumsprozeß der Zentralen Versammlung zu diesem beratenden Gremium fördern. Deshalb hat er am 15.03.1986 mit Zustimmung des Militärgeneralvikars eine Geschäftsordnung für die Arbeit der Zentralen Versammlung beschlossen.

Eine solche Geschäftsordnung bewirkt keine Wunder. Wir erwarten von ihr jedoch, daß sie unsere Aufmerksamkeit auf die von uns erwartete Beratungstätigkeit konzentriert und den Ablauf der Beratungen, des Meinungsaustauschs sowie der Meinungsbildung erleichtert.

So müßte nun die Zentrale Versammlung, ausgestattet mit brauchbaren Spielregeln und befreit von der Sorge um organisatorische Fragen der Laienarbeit, in der Lage sein,

- immer wieder vielfältige, oft lageabhängige Erfahrungen auszuwerten,
- knappe Meinungsäußerungen für den Militärbischof zu formulieren,
- Bitten an den Militärbischof abzufassen,
- Aufrufe für bestimmte Aktivitäten an die Laiengremien in der Militärseelsorge zu richten und
- dem Vorstand Leitlinien und Aufträge für seine Arbeit zu geben.

Und indem die Zentrale Versammlung diese einzelnen Arbeitstakte leistet, muß sie sich des Sinns dieser Arbeit bewußt sein und konzentriert wie diszipliniert den ihr mit der Ordnung gesetzten Zweck verwirklichen, nämlich — das Laienapostolat in der Kirche unter Soldaten zu fördern — die Kräfte und die Maßnahmen der Laienarbeit zu koordinieren.

j. Stellungnahme der Laiengremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs zu den Lineamenta

Der Rückblick auf die in der Vergangenheit geleistete Arbeit wäre nicht umfassend ohne Berücksichtigung der Stellungnahme einer Arbeitsgruppe des Vorstandes der Zentralen Versammlung und des Bundesvorstandes der GKS zu den sogenannten Lineamenta.

Im Jahre 1987 tritt in Rom eine Bischofssynode zusammen, die sich beschäftigt mit „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt, zwanzig Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil“. Dieses Thema wurde von der Mehrzahl der befragten kirchlichen Stellen

als dringendstes und aktuellstes Problem zur Beratung vorgeschlagen. Als Vorbereitung auf die Synode wurden an die einzelnen Ortskirchen Lineamenta (Richtlinien) verteilt, die einen Katalog von Fragen enthalten, mit dessen Hilfe die Synode eine bessere Kenntnis der wirklichen Lage gewinnen soll.

Am Mittwoch, dem 04.09.1985 trugen Oberst i. G. Heymen, der Bundesvorsitzende der GKS, und der Vorsitzende der Zentralen Versammlung dem Militärbischof in Bamberg die Stellungnahme der Laiengremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs zu den Fragen der Lineamenta vor. Diese Bestandsaufnahme der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten war kurzfristig von einer nur kleinen Arbeitsgruppe in der Urlaubszeit zusammengestellt worden und soll die Wirklichkeit von Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten einigermaßen getreu wiedergeben. Am 07.09.1985 wurde die Stellungnahme auch dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken zugeleitet.

Es hat mittlerweile (am 14.02.1986) eine eigene Stellungnahme abgegeben, die das Ergebnis einer breiten Umfrage unter den Verbänden und Räten des Laienapostolates zusammenfaßt.

5. Ausblick auf neue Aufgaben

Der Rückblick auf konkrete Aufgaben, die in den vergangenen vier Jahren angepackt wurden, wurde nicht ohne Absicht beendet mit dem Bericht über Stellungnahmen zu den Lineamenta der nächsten Bischofssynode zur Frage der „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt, 20 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil“. An katholische Laienbewegungen richtete Papst Johannes Paul II. anlässlich seiner Pastoralreise durch Belgien am 19.05.1985 in Lüttich eine Ansprache. Darin sagte er unter dem Leitwort „Dein Reich komme“:

„... Für das Kommen dieses Reiches und damit unsere Welt diesem Entwurf immer mehr entspricht, ist die Beteiligung der Laien unentbehrlich und ihr Einsatz entscheidend... Getauft und in die Welt eingegliedert: das sind die beiden Schwerpunkte eurer Existenz. Eure Identität ist einmalig und unteilbar: ihr seid gleichzeitig Glieder der Kirche und Glieder der Gesellschaft. Ihr könnt keinen dieser Aspekte aufgeben oder unterdrücken. Euer Tätigkeitsbereich ist gleichzeitig die Kirche und die Welt ...“ (L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 24 vom 14.06.85, S. 9).

a. Die ZV sollte die Stellungnahme zu den Lineamenta begrüßen!

Nach der Identität des Laien und ihm entsprechenden Aufgabenfeldern halten auch die Lineamenta Ausschau. Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 22./23.11.1985 führte dazu Direktor Bauer aus:

„... Als vorrangige Felder des Laienapostolates werden neben Glaubensvermittlung genannt: umfassender Schutz des Lebens (einschließlich Friedens- und Umweltfragen), Ehe und Familie, ethische Fragen des technischen Fortschritts, Präsenz der Kirche in Kultur, Freizeit und in den neueren Medien, Stellung der Frau in der Kirche und Gesellschaft usw.

Zum anderen werden die positiven Errungenschaften und kritischen Anfragen angesichts der innerkirchlichen Entwicklung in Deutschland seit dem Konzil benannt:

Akzentverlagerung von den Verbänden hin zu den Räten, von Eigenverantwortung zu mehr Mitverantwortung, von Autonomie zur Teilhabe, vom gesellschaftlichen Blickfeld hin zur pastoralen Einheit wie Bistum und Pfarrei, vom Weltdienst zum kirchlichen Bereich der Katechese und Liturgie, vom Ehrenamt zum Hauptamt. Ich habe jetzt bewußt plakativ vereinfacht, um einen Entwicklungstrend nach dem Konzil aufzuzeigen, der nach einer Korrektur im Sinne von mehr Weltverantwortung ruft, ohne damit auf die inzwischen von vielen als selbstverständlich empfundene Mitverantwortung aller an der ganzen Sendung der Kirche und damit auch auf die bewährten Strukturen der Mitverantwortung verzichten zu wollen ...“ (unkorrigierter Redetext).

Die von einer Arbeitsgruppe der Zentralen Versammlung und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) verfaßte Stellungnahme zu den Lineamenta enthält ähnliche Aussagen.

Wie steht die Zentrale Versammlung zu diesen Aussagen? Wie bewertet sie die in ihrem Namen abgegebene Stellungnahme? Welche ergänzenden Feststellungen zur Entwicklung der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten trifft sie?

Das Gewicht der zu den Lineamenta erarbeiteten Stellungnahme würde zunehmen, könnte sich die Zentrale Versammlung dazu entschließen, diese Stellungnahme zu bestätigen. Deshalb sollte die ZV die Stellungnahme zu den Lineamenta ausdrücklich begrüßen.

b. Die ZV sollte eine Empfehlung für einen Aufgabenkatalog von PGR und GKS in einem Seelsorgebezirk geben!

Die Lineamenta und die dazu abgegebenen Stellungnahmen enthalten Grundsätzliches zur Laienarbeit. Diese muß aber immer geleistet werden am Mann vor Ort zum richtigen Zeitpunkt durch die Lösung konkreter Aufgaben. 1985 erarbeitete die Zentrale Versammlung Aufgabenfelder für die GKS und die PGR. Daran lassen sich die folgenden Fragen knüpfen:

Welche Aktivitäten können GKS und PGR in einem Seelsorgebezirk entfalten? Wo liegt der Schwerpunkt der Arbeit des PGR bzw. der eines GKS-Kreises? Welche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten kennzeichnen die Arbeit von GKS und PGR in einem Seelsorgebezirk? Welche Aufgaben müssen in einem Seelsorgebezirk dringend angepackt werden, und welche Aktivitäten gewinnen die Aufmerksamkeit unserer Freizeitgesellschaft? Es würde der Zentralen Versammlung gut anstehen, den PGR und GKS-Kreisen einen Katalog konkreter Aufgaben zu empfehlen, die zur Zeit vordringlich zu behandeln sind.

c. Die ZV sollte zur neuen Ordnung der Arbeitskonferenzen beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan eine Empfehlung abgeben!

Zwischen die Pfarrgemeinderäte als beratende Gremien bei einem Standortpfarrer in einem Seelsorgebezirk und der Zentralen Versammlung als beratendem Gremium des Ka-

tholischen Militärbischofs hat die am 17.04.1986 veröffentlichte Ordnung die Arbeitskonferenzen beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan eingefügt.

Die Zentrale Versammlung sollte einen Beitrag zum raschen Wirksamwerden dieser neuen Ebene der Laienarbeit leisten und sich überlegen:

Welche neuen Chancen für die Laienarbeit bieten die Arbeitskonferenzen? Wie können die Arbeitskonferenzen zur Stätte des Austausches von Informationen und Erfahrungen werden? Welche Forderungen müssen erfüllt werden, wenn Arbeitskonferenzen auf Dauer wirksam sein sollen?

Die Zentrale Versammlung sollte ihren Dank für die rasche Genehmigung dieser neuen Ordnung zum Ausdruck bringen und daran für die Dekanekonferenz und alle Laiengremien eine Empfehlung über die Arbeitsweise der Arbeitskonferenzen hängen.

d. Die ZV sollte zur Caritas im Jurisdiktionsbereich Überlegungen anstellen!

Eine ganz besondere, dabei stets konkrete Aufgabe im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ist das soziale Engagement — die Caritas.

Zur Frage der Unterstützung der Aktionen von Misereor und Adveniat durch Militärpfarrer hat der Priesterrat am 06./07.12.1985 das Folgende beschlossen:

„In der Kirche in Deutschland wachsen das Bewußtsein weltkirchlicher Verbundenheit und mannigfache Formen des weltkirchlichen Austausches. Seinen Schwerpunkt hat dieser Austausch in Zusammenarbeit mit Hilfsprojekten für die Dritte Welt.

Eine Umfrage bei den Standortpfarrern, aber auch die Berichte der Vertreter im Priesterrat ergaben, daß im Sinne der Hilfe für die Dritte Welt in der katholischen Militärseelsorge erstaunlich viel geschieht, ohne daß dies bisher über den Kreis der Militärseelsorge hinaus bekannt wurde.

Der Priesterrat empfiehlt allen Mitbrüdern, im Sinne der weltkirchlichen Verbundenheit partnerschaftliche Aktionen für die Dritte Welt zu intensivieren und sich dabei des Rates und des zur Verfügung gestellten Instrumentariums der kirchlichen Hilfswerke zu bedienen.

Das Katholische Militärbischofsamt bittet um eine kurze Information, wenn ein solches Partnerschaftsprojekt vereinbart und eingerichtet wird. Für die Zukunft bleibt zu prüfen, ob Aktionen auf einer anderen Ebene als der Ortsebene, beispielsweise in einem Wehrbereich oder gar für die ganze Militärseelsorge, im Sinne der Subsidiarität den Pfarrgemeinderäten und Militärgeistlichen am Ort Hilfe und Zusammenarbeit ermöglichen könnten.“ (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Priesterrates am 06./07. Dezember 1985 in Bamberg)

Auch verschiedene Laiengremien engagieren sich in Hilfsmaßnahmen bzw. sind hin und wieder mit der Bitte um finanzielle Unterstützung konfrontiert. Notleidenden zu helfen, ist Christenpflicht.

Doch müssen im Interesse der Wirksamkeit der Hilfe nicht bestimmte Grundsätze beachtet werden? Welche Kollekten/Sammelaktionen sollen im Bereich der Militärseelsorge aktiv unterstützt werden? Auf welche Weise sollten Hilfsprojekte für die Dritte Welt durchgeführt werden?

Der Vorstand bittet die Zentrale Versammlung, in der Frage der Beteiligung an Spendenaktionen und des Engagements für Hilfsprojekte in der Dritten Welt um eine Meinungsäußerung.

e. Die ZV sollte dazu aufrufen, die Initiative „Wähle das Leben“ weiter zu unterstützen!

Notleidenden zu helfen, ist eine ständige Aufgabe so wie die, eine lebensfreundliche Welt zu entwickeln. Dies ist das Ziel der 1982 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegründeten Initiative „Wähle das Leben“. Die Initiative sollte der um sich greifenden Verflachung des Lebensverständnisses entgegenwirken. Sie sollte zu einer grundlegenden Neubesinnung auf den Wert und die Würde des menschlichen Lebens führen. Sie sollte der Achtung und dem Schutz des menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende die allgemeine Anerkennung verschaffen. Nach dem vorbereitenden Symposium im Juni 1982 in Bad Godesberg und der Vorstellung der Initiative „Wähle das Leben“ auf dem 87. Deutschen Katholikentag 1982 in Düsseldorf beschäftigten sich mit ihr auch Laiengremien aus dem Bereich der Katholischen Militärseelsorge. Erstmals geschah dies auf der Zentralen Versammlung am 05.05.1983 in Bad Segeberg. Auch die Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan IV griff am 14.10.1983 das Thema auf. Der „Auftrag“ berichtete über die Initiative dreimal (Ausgabe 129; 133; 139/140). Das Katholische Militärbischofsamt widmete die Nummer 181 der „Briefe an Soldaten“ dem Thema „Wähle das Leben“. Auf eine lebensbejahende Haltung zielen einige Themen des Lebenskundlichen Unterrichts für dieses Jahr. Der 88. Deutsche Katholikentag sollte 1984 in München die herausragende Bedeutung der Initiative durch sein Motto unterstreichen, das lautete: „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt“.

Offenbar wurde die mit der Initiative „Wähle das Leben“ angestrebte Bewußtseinsänderung nicht in dem Maß erreicht, wie man es sich 1982 erhofft hat. Die bekanntgewordenen Äußerungen des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Zeidler in Bitburg und die hohe Zahl der in diesem Sozialstaat mit einer „sozialen Notlage“ begründeten Abtreibungen (1985 in Nordrhein-Westfalen 89,5 %, im gesamten Bundesgebiet 84 % aller Schwangerschaftsabbrüche — siehe KNA vom 15.04.1986 in Nimm Nr. 14/1986, S. 2), verraten eine erschreckende Mißachtung der Würde des Menschen und seines Rechts auf Leben.

Die Bischöfe haben die Fortführung der Initiative „Wähle das Leben“ für drei weitere Jahre beschlossen. Wir müssen uns deshalb fragen: Was hat die Initiative im Bereich der katholischen Militärseelsorge bewirkt?

Haben wir als einzelne Christen, als Mitglied eines GKS-Kreises, als Bürger unsere und die Aufmerksamkeit unserer Mitmenschen verstärkt auf so zentrale Fragen gelenkt wie: den

Schutz des ungeborenen Lebens, die Sorge um Kranke und Alte, die Hilfe für gefährdete Menschen und das richtige Verhalten gegenüber der Schöpfung und unserer Umwelt?

Haben wir im dienstlichen und außerdienstlichen Bereich Beiträge zu einer Diskussion über die Grundwerte geleistet, die für unser freies demokratisches Staatswesen das allein tragfähige Fundament und die allein einigende Kraft bilden, damit auch die letzte Rechtfertigung für den Auftrag des Soldaten sind?

Wie können wir die Initiative „Wähle das Leben“ als Soldaten, wie im Bereich der Laienarbeit der katholischen Militärseelsorge weiter unterstützen?

Die Zentrale Versammlung sollte dazu Vorschläge machen und auch einen Aufruf an alle Gremien der katholischen Militärseelsorge beschließen.

f. Die ZV sollte zur Beteiligung am Gebetstreffen für den Frieden aufrufen!

Leben entwickelt sich am besten im Frieden. Eine lebensfreundliche Welt in Streit und Unfriede ist nicht denkbar. Darum ist die Sorge um den Frieden und auch das Bemühen, ihn mit militärischen Mitteln gegen Gefährdungen abzusichern, eine ständige Herausforderung engagierter katholischer Soldaten.

Papst Johannes Paul II. hat am 06.04.1986 zu einem Gebetstreffen für den Frieden am Montag, 27. 10. 1986, in Assisi aufgerufen. Er begründete dieses ökumenische Treffen folgendermaßen:

„... Die Begegnung will der Treffpunkt sein, wo eine gewaltige Bewegung der Reflexion und des Gebets zusammenströmt, zu dem sich schon jetzt die Anhänger aller religiösen Glaubensüberzeugungen verpflichtet fühlen sollten.

Der Friede ist ein so fundamentales und zugleich so gefährdetes Gut, daß er in den Menschen, die sich dessen bewußt sind, beständige Sorge und manchmal auch ein Gefühl, der Ohnmacht hervorruft: Er erscheint nämlich bisweilen als ein Ziel, das menschlich unerreichbar ist. Der Glaubende aber weiß, daß er bei dieser ungeheuren Herausforderung auf die Hilfe zählen kann, die ihm von Gott zukommt ...

Ich will hoffen, daß diese Begegnung mit geeigneten Gebetsinitiativen auf der ganzen Welt vorbereitet und begleitet wird ...“ (L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 15, 11.06.1986, S. 3).

Sollte die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr dem Aufruf des Papstes zu einer Gebetsinitiative für den Frieden nicht bereitwillig entsprechen?

Können nicht auch wir die weltweite Begegnung mit ökumenischen Friedensgottesdiensten begleiten?

Können nicht gerade wir katholischen Soldaten diesem Gebetstag für den Frieden in unserem Land eine besondere Resonanz verschaffen?

Die Zentrale Versammlung sollte dazu aufrufen, das Gebetstreffen für den Frieden mit ökumenischen Gottesdiensten zu begleiten und dafür Vorschläge machen.

g. Die ZV sollte ihrer Sorge um die Glaubensvermittlung Ausdruck geben!

Im Wort der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ vom 18.04.1983 heißt es auf Seite 11:

„... nur wo Gott sich mitteilt und wo er als Gott anerkannt und verherrlicht wird, wo der Mensch also in Frieden mit Gott lebt, kann Friede umfassend und auf Dauer auch in den menschlichen Beziehungen bestehen. Friede des Menschen mit Gott, Friede des Menschen mit sich, im eigenen Herzen, Friede der Menschen untereinander gehören zusammen ...“

Weil dieser Urgrund des Friedens nicht erkannt und ausgebaut wird, sind so viele der heute gängigen Gedanken über und so viele der geradezu krampfhaft angestrebten Bemühungen um den Frieden nichtig, ja die meisten sogar unfriedlich und streitfördernd.

Wer also den Frieden wirklich fördern will, muß den Weg zu Gott finden. Zu ihm aber führt nur der Glaube.

Zwar zahlen noch die meisten der Bürger unseres Staates kommentarlos ihre Kirchensteuer und das Gros der katholischen Jugend wird weiterhin zu den Sakramenten geführt. Doch macht sich immer stärker spürbar eine religiöse Gleichgültigkeit breit, die auch religiöse Lebensäußerungen in der Öffentlichkeit nicht mehr zuläßt.

Vor wenigen Tagen erst konnte man in der Presse von einer Studie über „Ethos und Religion bei Führungskräften“ lesen, die den geringen Stellenwert des Glaubens bei Managern, Unternehmen und Spitzenbeamten nachgewiesen haben will. Diese Studie macht deutlich, daß religiöse Sinngehalte bei der ethischen Orientierung von Führungskräften nur eine untergeordnete Rolle spielen. Zeichnet sich da nicht eine bedrohliche Entwicklung ab, wenn Menschen, von deren Entscheidungen das Lebensschicksal anderer Menschen abhängt, nur noch sachlich, nur noch nach der Gunst des Augenblicks, nämlich erfolgsorientiert opportunistisch handeln, keine Werte mehr berücksichtigen und sich Gott gegenüber nicht mehr verantwortlich fühlen? (vgl. Nimm 1986/14, S. 3ff. vom 17.04.1986)

Kardinal Höffner traf während der Sondersynode am 26.11. vergangenen Jahres in Rom die folgenden Feststellungen für die Kirche in Deutschland:

„... Die Zahl der Kirchenbesucher ist gesunken. Der religiöse Indifferentismus greift um sich. Das kritische Hinterfragen der Glaubens- und Sittenlehre der Kirche ... hat nicht wenige Gläubige verwirrt ...

Die Weitergabe des Glaubens von der älteren an die jüngere Generation ist gestört ... Nicht wenige Katholiken identifizieren sich nur zum Teil mit der Kirche und ihrer Lehre ... Die Krise der Kirche ist nicht an erster Stelle eine Krise, die innerkirchlich aus dem Ringen um den rechten Glauben entstanden wäre ... (sie) ist vielmehr weithin durch das Hereinholen der säkularisierten Welt in die Kirche, vor allem in der Form einer maßlosen Emanzipation, des Subjektivismus, des Horizontalismus und des Konsumismus, bedingt.

Die Auswirkungen sind in den Familien, in den Schulen und Universitäten und im öffentlichen Leben deutlich erkennbar . . .“ (L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 49, vom 06.12.1985, S. 7)

Natürlich sind die Auswirkungen einer solchen Krise auch in der Kirche unter Soldaten spürbar. Die Sorge um die Kirche war es, die die Zentrale Versammlung 1985 veranlaßte, die diesjährige 26. Woche der Begegnung der Auseinandersetzung mit Glaubensfragen zu widmen. Dieser Beschluß wurde folgendermaßen begründet:

„Angesichts der Erfahrung, daß Glaube und Leben immer mehr auseinanderfallen, sind wir der Ansicht, daß eine vertiefte Auseinandersetzung engagierter Laien mit Glaubensfragen dringend erforderlich ist. Die Herausgabe eines neuen Katechismus sollte genutzt werden, den Glauben zu festigen und Wege zu suchen, ihm im Alltag mehr Ausdruck zu verleihen.“

Hängt die Zukunft des Glaubens in Deutschland wirklich an einem Buch? Muß nicht auch in der Kirche der Mensch, der Gläubige als ganzheitlich Sorgender und Umsorgter im Mittelpunkt stehen?

Muß Kirche sich nicht auf das Wesentliche konzentrieren und eine Schwergewichtsverlagerung vom Pfarrheim mit seinen Freizeitangeboten auf das Gotteshaus mit Gottesdienst vornehmen? Ist Glaubensvermittlung vorrangig eine Frage der Bildung oder des Bekenntnisses?

Wie muß ein PGR seine Missionsarbeit im Seelsorgebezirk gestalten? Welche Probleme und Möglichkeiten stellen sich den Mitgliedern der GKS, den Glauben im Kasernenalltag zu bekennen?

Fragen über Fragen! Aufgaben, die ein Menschenleben füllen können. Wollen wir uns als katholische Laien diesen Aufgaben, diesem Apostolat stellen? Die Zentrale Versammlung sollte darüber nachdenken, wie Glaubensvermittlung in Familie und Kaserne heute möglich ist.

Es gibt krisenhafte Entwicklungen in der Kirche Deutschlands, die uns herausfordern. Unserem Land zuliebe, dem auch unser Soldatendienst gilt, sollten wir die Herausforderung annehmen. Kardinal Höffner schloß in einem Interview mit die „Welt“ am 09.09.1985 seine Beschreibung des Zustands der Kirche in Deutschland mit dem Satz: „Pessimismus wäre verschleierter Unglaube.“ Es hat in der Geschichte unseres Vaterlandes und in der Glaubensgeschichte unserer Vorfahren schon viel dunklere Stunden gegeben.

Doch erwarten wir in der selbstsicheren Haltung eines erfolgsgewöhnten Machertyps nicht allzuviel von unserem Einsatz. Beten wir um den Glauben in unserem Land, damit seine Menschen eine gesegnete Zukunft haben.

Wir sprechen von Glaubensvermittlung. Gott offenbart sich den Menschen, wie er will, auf solche Weisen, die wir uns oft nicht einmal vorstellen können. Eine solche Weise zeigt das folgende Beispiel:

- Ein deutscher Soldat fand in der Tasche eines gefallenen russischen Soldaten dieses Gebet: „Hörst du mich, Gott? Noch nie im Leben sprach ich mit dir . . . Doch heute, heut will ich dich begrüßen. Du weißt, von Kindertagen an sagte man mir, dich gebe es nicht. Und ich, ich glaubte es, Narr, der ich war. Die Schönheit deiner Schöpfung ging mir niemals auf.

Doch heute nacht nahm ich ihn wahr, vom Grund des aufgerissenen Kraters, den Sternenhimmel über mir. Und ich verstand staunend sein Gefunkel . . . Ich weiß nicht, Herr, ob du mir die Hand reichst, doch will ich es dir sagen, und du wirst mich verstehen: dies Wunder, daß mitten in der schauerlichen Hölle das Herz mir leicht wurde und ich erkannte. Sonst weiß ich dir nichts zu sagen, nur, daß ich so froh wurde, als ich dich erkannte. Mir war es wohl bei dir.“ (Der Große Sonntagsschott, Freiburg 1975, S. 509)

Nach OTL H. Havermann gab der alte Bundesvorsitzende der GKS und nunmehr deren Ehrenvorsitzender O. a. D. G. Heymen seinen letzten Rechenschaftsbericht.

Diesen Bericht möchte ich dreiteilen:

1. soll gesagt werden, was der Bundesvorstand im Berichtsjahr in Sachen der Gemeinschaft getan hat.
2. soll die Lage der GKS dargestellt werden und ein Blick in die Zukunft versucht werden.
3. möchte ich mich aus meiner Aufgabe als Bundesvorsitzender verabschieden und danken.

Danach gebe ich das Wort an den neugewählten Bundesvorsitzenden der GKS.

Zu 1. Was ist aus dem Leben der Gemeinschaft zu berichten?

Hier auf der Zentralen Versammlung ist die Bundesebene von besonderem Interesse. Der Bundesvorstand hat viermal und der Exekutivausschuß dreimal getagt. Sie haben sich vornehmlich befaßt mit der Vorbereitung des Rom-Seminars 1985, des 89. Deutschen Katholikentages in Aachen im Herbst d.J. und dieser 26. „Woche der Begegnung“.

Der Bundesvorstand hat aus der letzten Bundeskonferenz vor einem Jahr den Auftrag mitgenommen, die grundsätzlichen Aussagen über die zukünftige Arbeit der GKS zu formulieren. Er hat zu diesem Zweck einen eigenen Ausschuß, unter Leitung von Major Köpflinger, eingerichtet, der das Papier der Bundeskonferenz vorgelegt hat. Wir haben es in den zwei vergangenen Tagen besprochen. Der neugewählte Bundesvorsitzende der GKS wird anschließend darauf eingehen.

Der Bundesvorstand hat in seiner konstituierenden Sitzung vor einem Jahr in Königstein die Einrichtung eines eigenen Ausschusses „Sicherheit und Frieden“ beschlossen. Dieser Ausschuß wurde gegründet, Oberst i. G. Koch hat seine Leitung übernommen.

Der Ausschuß ist fünfmal zusammengekommen und hat sich vornehmlich mit der Erstellung von Unterlagen für den Katholikentag und der Durchführung eines Vorbereitungsseminars auf den Katholikentag befaßt. Darüber hinaus hat er sich in die Diskussion mit dem BDKJ über die Überarbeitung der BDKJ-Erklärung „Dienste für den Frieden“ aus dem Jahr 1969 eingelassen. Er hat dem BDKJ auf dessen Bitte eine Stellungnahme zu den Überlegungen zur Neufassung der vorgenannten Erklärung zur Verfügung gestellt. Der Bundesvorstand des BDKJ hat seinen 1. Entwurf überarbeitet und der Hauptversammlung in der vergangenen Woche eine neue Fassung vorgelegt. Diese wurde diskutiert, aber nicht beschlossen, weil in vielen Mitglieds- und Diözesanverbänden des BDKJ diese Problematik noch nicht hinreichend diskutiert werden konnte. Zum anderen stellte sich auch die Frage, welche Konsequenzen die Positionsbestimmung auf die Mitglieder in den Verbänden, unter denen auch viele Soldaten sind, haben würde.

Die vom BDKJ herausgegebene Presseerklärung ließ es jedoch angezeigt erscheinen, seitens der GKS dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wurde gestern von der Bun-

deskonferenz der GKS beschlossen und veröffentlicht. Sie wurde Ihnen, Exzellenz, überreicht und an die Mitglieder der ZV verteilt. Deswegen brauche ich auf den Inhalt nicht einzugehen.

Der Bundesvorstand hat in dem zurückliegenden Berichtsjahr erstmalig Exerzitien für seine Mitglieder, gemeinsam mit dem Vorstand der Zentralen Versammlung, durchgeführt. Diese Besinnung auf das Wesentliche, auf die Grundlagen unseres Mensch- und Christseins, hat allen Teilnehmern viel gegeben, so daß ich anregen möchte, Exerzitien bzw. Einkehrtage auf Wehrbereichsebene für die in der Militärseelsorge engagierten Laien gemeinsam mit ihren Ehepartnern durchzuführen.

Die Vorbereitung auf den Katholikentag 1986 in Aachen, insbesondere das Weiterbildungsseminar in 14 Tagen, das diemal von der GKS getragen wird, läßt uns, die wir damit befaßt sind, schon ein wenig von der Katholikentagsatmosphäre vorausempfinden. Wer noch keinen Katholikentag miterleben durfte, kann dieses schwerlich nachempfinden. Das Erlebnis der Gemeinschaft Gleichgesinnter, wir spüren es auch in diesen Tagen bei der Woche der Begegnung, gibt einem Kraft für die Verwirklichung des Glaubens im Alltag. Es läßt einen über sich hinauswachsen. So möchte ich Sie hier dazu aufrufen, beteiligen Sie sich, und fordern Sie möglichst viele Ihrer Kameraden dazu auf. Katholikentage sind für uns aber auch eine Aufgabe. Wenn das katholische Deutschland sich darstellt, dann gehören auch Soldaten dazu. Wir werden uns zeigen und aktiv am Katholikentag beteiligen, wie an den vergangenen Katholikentagen.

Der Bundesvorsitzende hat neben den vorgenannten Ausschüssen an den Sitzungen des Beirates der Deutschen Kommission Justitia et Pax teilgenommen. Der Beirat arbeitet der Deutschen Kommission Justitia et Pax zu. Diese ist ein von der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK eingerichtetes Gremium, das sich mit den Fragen von Gerechtigkeit und Frieden auseinandersetzt. In diesem Jahr ging es um die Vorbereitung von Erklärungen zur Lage der Asylsuchenden in Deutschland und zur Südafrika-Politik.

Der Bundesvorsitzende hat gemeinsam mit dem Stv. Vorsitzenden, OTL i. G. Gadow, an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses „Dienste für den Frieden“ teilgenommen. Dieser beschäftigt sich mit der Aussprache und Klärung von unterschiedlichen Standpunkten zwischen den Gruppierungen, die sich um den Frieden mühen.

Der Bundesvorsitzende hat an der Hauptversammlung der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands vom 21.—23.04.1986 in Fulda teilgenommen. Die GKS ist Mitglied in der GKMD. Das Thema der Tagung lautete: „Die neue technisch-wirtschaftliche Revolution — Auswirkung auf die Wirtschaft und den Menschen“. In zwei Vorträgen wurden die Entwicklungen der Mikroelektronik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt und der Einfluß der modernen Naturwissenschaft auf die christliche Botschaft dargestellt. Wir alle spüren den Einfluß, den die damit zusammenhängenden neuen Medien auf den Menschen haben.

Die GKMD greift in ihrer jährlichen Hauptversammlung und dem zwischendurch tagenden Ständigen Arbeitskreis aktuelle Probleme auf, um ihre Mitglieder zu informieren und weiterzubilden. Die GKMD wird sich ebenfalls am Katholikentag in Aachen beteiligen und hat ihre Mitgliedsverbände, also auch uns, zu einer Männerwallfahrt am Samstag, dem 13.9.1986 mit abschließendem Gottesdienst eingeladen.

Im Auftrag des Bundesvorsitzenden hat der Stellv. Bundesvorsitzende, Oberfeldwebel Hütten, an der Kuratoriumssitzung des Maximilian-Kolbe-Werkes teilgenommen. Das Maximilian-Kolbe-Werk unterstützt Opfer der KZ in Polen. Die GKS ist von Anfang an Mitglied des MK. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, einen Beitrag zur Versöhnung der Völker zu leisten.

Erwähnen möchte ich noch die Mitarbeit an der Stellungnahme des ZdK zu den Lineamenta, den Richtlinien für die Vorbereitung auf die „Synode über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ 20 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil.

Dankbar war ich für die Gelegenheit zur Teilnahme am Symposium des Instituts für Theologie und Frieden zu den „Ethischen Aspekten der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI)“. Die GKS wird diese Fragen in ihrer Vorbereitung auf den Katholikentag aufgreifen.

Gemeinsam mit der Deutschen Sektion Pax Christi wurde in Eichstätt ein Gottesdienst und eine Vortragsveranstaltung unter dem Thema „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung“ durchgeführt. Damit sollte der Gedanke der Versöhnung mit der Sowjetunion aufgegriffen werden. An dieser Stelle ist auch hinzuweisen auf die große Zahl von Internationalen Soldatengottesdiensten zur Feier des Weltfriedenstag am Anfang des Jahres, die in diesem Jahr noch weiter zugenommen hat.

Zu 2. Ich berichte jetzt über die Lage der GKS, wie sie sich aus der Lagefeststellung 1985/86 ergibt.

Im Jahre 1986 besteht organisierte Laienarbeit im Bereich der katholischen Militärseelsorge 25 Jahre. Die GKS arbeitet auf Bundes-, Wehrbereichs- und Kreis-Ebene mit zufriedenstellendem Erfolg.

Während auf Bundesebene „kirchenpolitische“, „berufspolitische“ und „gesellschaftspolitische“ Zielsetzungen weitgehend die Arbeit bestimmen, liegt bei den Kreisen der Schwerpunkt auf religiösen, bildenden und geselligen Aktionen und Veranstaltungen.

Mit rund 5000 Mitgliedern und 110 Kreisen ist die GKS in den meisten Militärseelsorgebezirken präsent. Eine Zunahme an Mitgliedern und Kreisen wird weiter angestrebt.

Bei den Mitgliedern überwiegt die Zahl der Soldaten deutlich, die nächstgrößere Gruppe sind die Angehörigen von Soldaten. Sprecher in Kreisen sind in etwa gleichem Umfang Unteroffiziere und Offiziere.

Das Selbstverständnis der GKS an der Basis und damit die dortigen Aktivitäten sind durch folgende Feststellungen gekennzeichnet:

- Christsein, Gemeinschaftsbildung, Glauben und seine Verwirklichung in der Militärseelsorge stehen im Mittelpunkt des Interesses.
- Das Bewußtsein für die eigenständige Aufgabe eines Verbandes muß noch stärker entwickelt werden; die Notwendigkeit der Außenwirkung im militärischen und politischen Bereich wird nicht immer gesehen und bisweilen, gemessen an religiöser Weiterbildung und Lebenshilfe, vernachlässigt.

Es erscheint wichtig, den Blick verstärkt nach außen zu richten, um die GKS weiterhin und erfolgreicher ihre gesellschaftspolitische Aufgabe in Kirche und Bundeswehr erfüllen zu lassen. Die zunehmende Wertschätzung des Weltfriedenstages und Veranstaltungen hierzu auf allen Ebenen könnten dabei eine gute Hilfe sein.

Neben den Weltfriedenstagten wurden 15 Veranstaltungen verschiedenster Art zusammen mit ausländischen Soldaten durchgeführt. Beteiligt waren Soldaten aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Österreich, Portugal und den Vereinigten Staaten.

Als Hilfe für die Dritte Welt bestehen eine Reihe von Partnerschaften. Seitens der GKS wurden 12 gezählt.

Viele Mitglieder der GKS arbeiten regelmäßig und in vielfältiger Weise in zivilen Pfarrgemeinden mit. Auch die Mitarbeit in katholischen Verbänden wie Kolping, KAB usw. als Mitglied oder in Führungspositionen ist nicht selten.

75 Mitglieder der GKS werden als Vorsitzende oder Mitglieder eines zivilen Pfarrgemeinderates genannt.

Die GKS ist in vielen Dekanats-/Katholiken- und Diözesanräten vertreten.

Die Zahl der Kreise ist von 116 auf 110 gesunken, teilweise durch Zusammenlegung von Kreisen in einem Seelsorgebezirk. Die Zahl der Mitglieder ist etwa gleichgeblieben. Aktive Soldaten machen inzwischen rund 50 Prozent der Mitglieder aus, Angehörige von Soldaten weitere 33 Prozent.

Nach wie vor finden etwa ein Drittel der Aktivitäten in eigener Verantwortung eines Kreises, zwei Drittel zusammen mit anderen Trägern statt. Die durchschnittliche Zahl der Veranstaltungen pro Kreis ist von 6 auf 8 bis 9 gestiegen.

Die Anregung des Priesterrates, Partnerschaftsprojekte für die Dritte Welt zu übernehmen, muß noch stärker propagiert und aufgegriffen werden. Die Zahl der Laien, die sich aktiv in der katholischen Militärseelsorge und der GKS engagieren, ist begrenzt, aber sicher noch nicht ausgeschöpft. Engagierte übernehmen häufig mehrere Funktionen, nicht nur in der GKS und PGR, sondern auch in Räten und Verbänden der zivilen Gemeinden.

Insgesamt bestätigt sich, daß die Arbeit der GKS an der Basis in enger Zusammenarbeit mit dem katholischen Militärfarrer und dem Pfarrgemeinderat erfolgt. Ihre Schwerpunk-

te liegen nach wie vor im religiösen und geselligen, aber auch im allgemeinbildenden Bereich. Die Innenwirkung ist stärker als die Außenwirkung.

Wege und Ziele der GKS in der Vergangenheit und in die Zukunft wurden in dem bereits angesprochenen Papier niedergelegt. Dieses Papier ist einmal zu verstehen als ein Rückblick auf die Entwicklung der Gemeinschaft in den vergangenen Jahren und eine Ergänzung der Ordnung der GKS, die den Mitgliedern der Gemeinschaft Anregungen für die Praxis geben soll. Dazu wurde eine Reihe von Leitsätzen entwickelt, die im Anschluß an meinen Bericht durch den neugewählten Bundesvorsitzenden der GKS vorgestellt werden sollen.

Zu 3. Damit leite ich über zum Schluß meiner Ausführungen. Rückblickend auf eine neunjährige Tätigkeit als Bundesvorsitzender der GKS darf ich feststellen, daß die Arbeit mir viel Freude gemacht hat, und möchte mich bei all denen bedanken, die diese Arbeit mitgetragen haben. Das gilt für Laien und Priester. Wir alle haben für 30 Jahre Militärseelsorge unseren Militärbischöfen, Generalvikaren und Priestern zu danken. Sie Exzellenz, durfte ich bei Ihrem Amtsantritt als Militärbischof für die GKS begrüßen. Heute darf ich mich bei Ihnen abmelden und Ihnen den neugewählten Bundesvorsitzenden der GKS, OTL Trost, vorstellen, an den ich damit auch das Mikrofon übergebe.

Der neue Bundesvorsitzende Willy Trost führte dann aus:

Nach der Gründung der Bundeswehr 1956 fanden sich sehr frühzeitig Soldaten, die bereit waren, zu Mitarbeit und Mitverantwortung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Ein Teil dieser Soldaten fand sich ab 1960 im „Königsteiner Offizierkreis“. 1970 entstand dann die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS), als freier Zusammenschluß engagierter katholischer Soldaten aller Dienstgrade und Teilstreitkräfte mit verbandsähnlichen Aufgaben, Strukturen und Zielsetzungen, in der der KOK aufging. Die GKS hat stets aufs engste mit der Katholischen Militärseelsorge, den Geistlichen vor Ort und dem Katholischen Militärbischofsamt als der Kurie des Katholischen Militärbischofs zusammengearbeitet. In über 100 Kreisen in Standorten der Bundeswehr mit etwa 5000 erklärten Mitgliedern sowie einem großen Ansprechkreis weiterer Interessierter ist die GKS vertreten. Die GKS hat ein eigenes Organ „auftrag“, das ca. 6mal im Jahr erscheint, eine vielfältige Kommunikation nach innen und außen aufbaut und in einer Auflage von ca. 5 100 Exemplaren eine unübersehbare Breitenwirkung erzielt. Die GKS ist „soldatische Gemeinschaft in der Kirche und kirchliche Gemeinschaft unter Soldaten“ und durch ihre Vertreter auch im ZdK, in der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands und der Deutschen Kommission Justitia et Pax vertreten.

In vielfältiger Weise ist die GKS hervorgetreten bei der Vertretung christlicher Grundsätze, Positionen und Aufgaben in der Öffentlichkeit, insbesondere im gesellschaftspolitischen Raum. Große Anerkennung hat die vielfältige Arbeit im Themenbereich „Entwicklung und Frieden“ vieler Aktiver aus der GKS in der katholischen Kirche Deutschlands gefunden.

Die GKS fühlt sich der „Besinnung auf die Aufgabe des Soldaten und der Erfüllung seines Auftrages“ verpflichtet. Daher ist sie seit ihrer Gründung um die geistige Auseinandersetzung mit Problemen des Friedens und des Dienstes der Soldaten als eines Dienstes für die Sicherung und Förderung des Friedens bemüht.

Die GKS-Dokumentation „Wenn Soldaten Frieden sagen“ ist als eine Handreichung für die politische Bildung bis zu Einheiten in der Bundeswehr verteilt. Eine weitere Publikation „...dem Frieden dienen? Wozu Bundeswehr?“, herausgegeben vom BDKJ und der GKS, spiegelt ebenfalls Ereignisse der Auseinandersetzung wider. Die GKS hat mitbegründet das „Apostolat Militaire International“ (AMI). Gemeinsam mit dem AMI fordert und fördert die GKS Aktivitäten internationaler Art.

Auch im neuen Codex Iuris Canonici von 1983 werden die Rechte und Pflichten der Gläubigen im Hinblick auf Verbände besonders erwähnt. Insbesondere im Codex 215 wird ausdrücklich das Recht auf Gründung und Leitung von Vereinigungen, die Werken der Frömmigkeit, der Caritas oder der geistlichen Berufung in der Welt dienen, festgeschrieben. Im Codex 216 wird das Recht auf Entfaltung eigener apostolischer Initiativen aufgeführt. Mit Zustimmung der kirchlichen Autorität darf für solche Initiativen die Bezeichnung „katholisch“ in Anspruch genommen werden.

Zu beachten ist auch der Vorläufer, die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellt fest, daß die katholischen Verbände einerseits kirchliche Strukturen in der Gesellschaft und andererseits gesellschaftliche Strukturen in der Kirche sind. Es heißt dort weiter, daß verbindlich ist, daß sich die katholischen Verbände am Evangelium orientieren, religiös-sittliches Bewußtsein bilden und die Verantwortung für die gesellschaftlichen Probleme und Aufgaben aktivieren. Verbände sind Ort des pastoralen Dienstes der Laien, sie dienen dem Leben der Gemeinde und der Erfüllung ihres Auftrages in der Gesellschaft. Katholische Verbände sind für ihre Mitglieder Rückhalt und Lebenshilfe und sollen zum gemeinschaftlichen Handeln befähigen. Verbände sind keine Gegensätze zu den Räten. Räte und Verbände können sich wechselseitig nicht ersetzen, sie stehen nicht in Konkurrenz miteinander, sondern ergänzen und fördern sich. Ein lebendiges Beispiel dafür ist auch die Art der Zusammenarbeit, der Ergänzung der GKS und der Pfarrgemeinderäte in der Militärseelsorge.

Auch für die GKS gilt, daß die Gruppe dem einzelnen zur Überwindung der Orientierungslosigkeit hilft und ihn für Zielvorstellungen und Leitwerte gewinnt. Dies gilt auch für die Vorstellung und die Aussprache über das Konzeptionspapier „Wege und Ziele der GKS“, das neue Zielvorstellungen und Leitwerte wieder einmal beschreibt.

In der GKS verhilft jeder dem einzelnen zur Überwindung der Orientierungslosigkeit und gewinnt ihn für Zielvorstellungen und Leitwerte. Die Gruppe gibt Stabilität. Ohne sachliche und soziale Betätigung bleibt die Auffassung des Menschen über Gott und Welt normalerweise wandelbar und wechselhaft, zumindest aber theoretisch und abstrakt. Auch für die GKS besteht leicht die Gefahr der Absonderung und damit der Sog, sich in eine

Isolierung zu begeben. Wir müssen auch diese Gefahr sehen und stets gegen sie angehen, durch einen ständigen Austausch unserer Gedanken und in der furchtlosen Begegnung mit der Wirklichkeit von Kirche und Gesellschaft.

Diese Gefahr erkennend, hat der Bundesvorstand im Auftrag der letzten Bundeskonferenz 1985 die „Ziele und Wege der GKS“ erarbeitet und Ihnen vorgelegt. Besonders hinzuweisen ist auf „Unsere Leitsätze“, die als Nr. 2 aufgeführt sind. Sie sind sicherlich gut geeignet, uns anzuregen, anzuhalten, nachzudenken und uns neu einzurichten auf unseren Auftrag, und auch dazu, andere anzusprechen und sie für unsere Arbeit zu gewinnen.

Kurz zusammengefaßt:

- Im Glauben verwurzelt, bemühen wir uns um ein Leben aus dem Glauben, bekennen uns zu Seiner Kirche und leisten damit einen Beitrag zur Verwirklichung der Kirche unter Soldaten,
- sittlich gebunden, bemühen wir uns, christliche Wertmaßstäbe in unserem Leben anzuwenden,
- politisch gebildet, bekennen wir uns zur freiheitlich verfaßten Ordnung, dem Grundgesetz, unseres Staates und nehmen aktiv am Leben in Staat, Gesellschaft und Kirche teil,
- fachlich kompetent müssen wir sein, um den soldatischen Auftrag erfüllen und damit der Bundesrepublik Deutschland treu dienen zu können. Zu unserem Auftrag gehört es also auch immer, militärische Fachkenntnisse zu erwerben und eine hohe Einsatzbereitschaft zu erhalten,
- wir sind als Friedensstifter dem Frieden verpflichtet, indem wir den Frieden sichern, Beiträge zur Förderung des Friedens leisten, für den Frieden beten und um Umkehr und Erneuerung der Herzen bemüht sind,
- in der Gemeinschaft leben wir durch persönliche Begegnung und Veranstaltungen und wollen einander Rückhalt und Lebenshilfe bieten. Das bedeutet auch die Bereitschaft, nicht nur teilzunehmen, sondern auch Aufgaben zu übernehmen,
- um Zusammenarbeit bemüht, unterstützen wir alle, die ein Leben in wertbestimmtem Frieden sichern, gestalten und fördern wollen,
- offen für die Ökumene, bemühen wir uns um Zusammenarbeit auf allen Ebenen und treten dafür ein, und wir versuchen, auch im Bereich der Militärseelsorge Weltkirche zu verwirklichen, insbesondere durch die Mitarbeit im AMI.

Ein Papst unserer Zeit sagte: „Die Gefahr von heute ist die Müdigkeit der Guten.“ Für uns und unsere Gemeinschaft heißt es täglich neu anfangen, nicht mutlos werden und andere unterstützen und für sie und ihre Nöte aufnahmebereit zu sein.

Denken wir auch einmal an die vielfältige Toleranz, die von dem Viehzeug in der Arche Noah aufgebracht werden mußte, damit sie gemeinsam die Sintflut überstehen konnten.

Auch wir brauchen stets in der Kirche, in unserer Gemeinschaft, auch in den Familien, Toleranz und Aufgeschlossenheit für andere Meinungen, ohne unsere eigene Überzeugung damit zu verleugnen.

Wir sind nicht Mitglieder einer versorgten Gemeinde, sondern wir wollen bewußt Angehörige sich sorgender Gemeinde sein. „Seine Hände auf Erden sind wir.“ Frohen Mutes wollen wir uns unserer Aufgabe stellen und in heiterer Gelassenheit als katholische Soldaten unser Leben bestehen.

Nach dem Wort des Bischofs schloß der Vormittag.

Der Nachmittag und Abend brachte dann noch für die Delegierten ein umfangreiches Programm, das in manchen Bereichen bis in die mitternächtliche Stunde ausgedehnt werden mußte.

Zum Vorsitzenden der Zentralen Versammlung wurde Oberstleutnant Heinrich Havermann mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt.

Das Ergebnis der Wahl wird bei Gelegenheit veröffentlicht. Es ist für die Arbeit insofern nicht ganz befriedigend, weil zwei Wehrbereiche nicht vertreten sind.

Donnerstag, 1. Mai 1986

Der erste Mai begann — wie inzwischen guter Brauch — mit der Heiligen Messe. An diesem Morgen wurde in den Fürbitten der Opfer des Reaktorunglücks in Tschernobyl gedacht. Es wurde um Gottes Hilfe gebeten, daß die Wissenschaftler und verantwortlichen Politiker die Möglichkeiten und Grenzen dessen erkennen möchten, was machbar und für die Menschen so wie diese Erde gut ist.

Jeder Tag dieser Versammlungen hat nunmehr seit Jahrzehnten seinen Höhepunkt in der Feier der heiligen Eucharistie. Es gab vor Jahren Strömungen, die zugunsten der Facharbeit diese heiligen Stunden einschränken wollten. Doch hat sich ein allgemeiner Konsens dahin entwickelt, daß für unsere Arbeit als Laien die tägliche Stärkung durch den unmittelbaren Dienst vor Gott unerlässlich ist. Wer seit Jahren die Arbeit verfolgen konnte, mußte feststellen, daß die Grundstimmung, auch wenn sie am Abend vorher gereizt oder durch den Kampf der Argumente gespannt war, nach dem Gottesdienst der Versöhnung freien Raum gab. Die Geborgenheit im Friedensgeist des Herrn wurde spürbar.

Über die Anträge an den Militärbischof kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht berichtet werden, denn einmal darf der Bischof solche Fragen oder Bitten an ihn nicht aus der Presse entnehmen, und zum anderen muß Gelegenheit gegeben werden, daß unser geistlicher Hirt unser Wort am Wort der Kirchen prüfen kann.

Der Nachmittag brachte eine Fahrt ins bayerische Land. In früheren Zeiten sind diese „Ausflüge“ zuweilen kritisiert worden. Inzwischen hat es sich jedoch gezeigt, daß es den Delegierten aus anderen Teilen der Bundesrepublik gut tut — und auch der Arbeit förderlich ist —, wenn man etwas mehr weiß von Land und Leuten.

So wurde diese Fahrt ein Streifzug durch die „Geschichte und das Volkstum in Niederbayern“. Besichtigungen — Kirche, Rathaus und Schloß Trautnitz — in Landshut ließen erkennen, daß dieser Landstrich eng verwoben ist mit der Geschichte des deutschen Reiches, mit der Geschichte Italiens, mit Europa. Man vergißt so leicht, daß es im Mittelalter schon eine europäische Gemeinsamkeit gab, die — zumindest im Religiösen, im Philosophischen, vor allem aber im Künstlerischen — weiter ging, als wir es heute gewohnt sind.

Man schaue sich unter diesem Aspekt einmal die Decke im Rathaussaal oder die italienischen Comédiaszenen an der Narrentreppe (1578) im Schloß an. Auch unsere führenden Geister von heute sollten an den Brennpunkten der Geschichte wieder auftanken, um mit neuen Ideen die alten Gemeinsamkeiten des Abendlandes, als dem Ursprungsland einer Weltsicht, neu beleben.

In diese geistige Konzeption fügte sich dann auch die tiefinnerliche Maiandacht in Maria Bründl. Die sehr einfühlsame Musik auf alten Instrumenten der Familie Meindl, das Wort des Militärpfarrers Dallmeier und die Gebete und Lieder der Gemeinde waren von einer schönen, verinnerlichten Zartheit. Und gerade daraus wurde auch die Kraft des Glaubens — unseres Glaubens — spürbar.

Wenn auf dem Weg zum Kasino der PzBrig 24 einer der Teilnehmer — vielleicht mehr vor sich hin — sagte: „Wie tief beglückend ist doch diese Verehrung Mariens als der Mutter unseres

Heilands! Wie warm ist es in dieser Kirche!“, dann sollte man hinzufügen, wie schade, daß so viele — leider vielfach junge Menschen und solche mittleren Alters — dieses nicht erlebt haben und heute den Zugang nicht mehr finden.

Für die Teilnehmer aber, die das erleben konnten, ist es eigentlich eine heilige Pflicht, dieses Bild der Kirche, der liebenden, wärmenden Mutter Kirche, mit der Kraft der frohmachenden Heilsbotschaft im Alltag zu verbreiten. „Bekennen des Glaubens im Alltag.“

Das Abendessen im Kasino der Panzerbrigade war von jener Deftigkeit, die auch ein Teil dieser Landschaft ist. Hier sind die natürlichen Gegebenheiten — trotz Zivilisation und Technik — noch etwas urwüchsiger — gesünder. Man sollte auch diese Dinge bedenken, wenn man in seinem Standort vom Alltagsstrott überrollt zu werden droht.

Dank den freundlichen und hilfsbereiten Köchen und Ordonanzen, Dank dem Kommandeur Oberst Hans Jürgen Wilhelmi. Dank aber auch den Teilnehmern, die sich sehr diszipliniert zur verabredeten Zeit zu den Bussen begaben — obwohl so herrlich frisches Bier noch lockte.

Freitag, 2. Mai 1986

Mit der heiligen Messe klang die Tagung, die 26. Woche der Begegnung, aus. Die Schlußworte der verantwortlichen Laien sagten dank, der Segen unseres geistlichen Beirats, Militärdekan Msgr. Walter Theis enthielt den Auftrag, die Botschaft weiterzutragen.

Der persönliche Abschied folgte dann, und für manchen Teilnehmer begann bereits wenige Stunden später eine neue Aufgabe, für die meisten eine lange Fahrt und ein Wochenende daheim.

Die Betrachtung darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu danken. Zu danken den Teilnehmern, die immerhin 8 Tage für die Arbeit an und in der Kirche beigetragen haben. Zu danken all denen, die bei der Vorbereitung mitwirkten. Aber auch zu danken unserer Mutter Kirche, daß sie solche Veranstaltungen ermöglicht — unsere Militärseelsorge ist ein Teil von uns, von unserer Kirche. Nimmt man gerade die Gottesdienste, die von unserem geistlichen Beirat, Militärdekan Msgr. Walter Theis, und seinen Getreuen erarbeitet wurden, dann kann man erkennen, wieviel Liebe in der Zusammenstellung steckt. Jeder Gottesdienst an jedem Tag hatte eine besondere Note. Nimmt man dann die Zelebranten hinzu, dann erkennt man, wie ein jeder, in der Begrüßung, in der Predigt, in der eigenen Note beim respondierenden Gesang, etwas von seinem Können, seiner besonderen Eigenart eingebracht hat, zum Lob und Ruhm dessen, der unser Schöpfer und Erlöser ist. Die Vielfältigkeit katholischer Frömmigkeit wurde erkennbar und auch erfahrbar. Das gilt uneingeschränkt vom Bischofsgottesdienst in seiner fast jubelnden Feierlichkeit, von der mahnenden und bittenden Form, die der Militärgeneralvikar dem heiligen Opfer gab, von der stilvollen Würde, die Militärdekan Peter Rafoth verkörperte, bis hin zu den fröhlichen Akzenten, die Militärpfarrer Hahner und Militärdekan Theis einbrachten. Das gilt auch, wie schon mehrfach erwähnt, für die Mai-Andacht in Landsbut.

Das Lob und der Ruhm Gottes zu beten und zu singen, ist eine heilige Aufgabe. Nimmt man hinzu, was alles in den Fürbitten von den Teilnehmern eingebracht wurde, dann kann man nicht umbin, über den Dank für die vielen guten Geister die Grundwahrheit zu bezeugen: „Glückselig alle, die in Deinem Hause wohnen, Herr, wir preisen Dich in alle Ewigkeit“ (aus den Gebeten, die die Kirche dem Priester zur Vorbereitung zur Heiligen Messe empfiehlt).

Und es war eigentlich im alten Text der Ordo missae sehr sinnvoll, daß der Priester nach dem großen Kreuzzeichen sagte, „introibo ad altare Dei“ — zum Altare Gottes will ich treten —, und die Meßdiener antworteten: „Ad Deum, qui laetificat juventutem meam“ — Zu Gott, der mich erfreut von Jugend auf.

Etwas von dem Bewußtsein, daß der Glaube froh machen kann, daß Gott durch seine Liebe die Menschen erfreut, ist zuweilen abhanden gekommen. Es wieder zu entdecken, wieder zu erfahren, daß „Glaubensbekenntnis — Bekennen des Glaubens im Alltag“ den Menschen mit Seele und Leib aus der Schuld, aus der Sünde herausheben kann, das war Anliegen, aber, wie der Chronist meint, auch Erfolg dieser 26. Woche der Besinnung.

Nun gilt es, das Erlebte umzusetzen. „Komm, Heiliger Geist und erfülle die Herzen Deiner Gläubigen und entzünde in ihnen das Feuer Deiner Liebe.“ (Aus dem Gebet der GKS).

H. F.

Frieden und Freiheit

Als Soldat dem Frieden und der Freiheit dienen

Unter diesem Thema stand ein Seminar, das auf Anregung des Wehrbereiches I und seines Sprechers Oberstleutnant i. G. Michael Gadow in Hamburg abgehalten wurde. Wenn es auch vordergründig dazu diente, katholische Soldaten auf den Katholikentag in Aachen 1986 geistig vorzubereiten, so lag es doch auch in der Absicht des Bundesvorstandes, zu informieren und über Themen nachzudenken, die für den katholischen Soldaten und seinen Dienst unerlässlich sind.

Es ist ja — leider? — nicht so, daß man ein Thema wie Frieden einmal abhandelt und dann jahrelang davon zehren kann. An der heutigen so schnellebigen Zeit ändern sich die Gegebenheiten so oft, daß man in einem besonders verantwortlichen Beruf nur dann in rechter Weise seine Pflicht erfüllen kann, wenn man sich die Mühe macht, ständig zu lernen.

Als sich einst der KOK mit der Friedensfrage beschäftigte — viel früher, als manche selbsternannten Friedensrufer überhaupt ahnten, wo diese Frage auszusiedeln sei —, glaubte man zuweilen, mit einem Katalog von Fragen zum Thema Frieden ein Standardwerk schaffen zu können, in dem man nur nachschlagen brauche.

Spätestens als unser Buch „Wenn Soldaten Frieden sagen“ erschien, erkannten wir, Frieden ist ein täglich neu zu erringendes Gut. Die Dimensionen von Frieden sind auch in einem ganzen Menschenleben nicht auszuloten. Und am Ende steht immer wieder die Erkenntnis: Wir können nur Beiträge liefern, den Frieden aber schenkt nur Gott.

Dennoch wurde nicht resigniert, auf das Wunder gewartet, es wurde geforscht und gearbeitet. So gelang es uns — abseits von den Tagesmeinungen —, jenen „Dreiklang“ in die Diskussion einzubringen, der 1982 in der Standortbestimmung der GKS „Frieden in unseren Tagen — Frieden in der Zukunft“ als unser Wollen beschrieben ist:

„Wir wollen als Gemeinschaft Katholischer Soldaten

- den Frieden, den wir haben, nicht aufs Spiel setzen, sondern sichern;*
- zur Förderung des Friedens unseren Beitrag leisten und*
- für den Frieden, den wir mit unserem Bemühen allein nicht schaffen können, beten.“*

Im Erfolg dieses Gedankens und im Bewußtsein, daß jeder Tag jeweils eine neue Antwort fordert, wurde dieses Seminar konzipiert.

Die Referate liegen nunmehr vor und wollen dem Leser, aber auch jedem Interessierten, Hilfe geben, auf dem laufenden zu bleiben. Die Arbeiten am Frieden sind notwendig.

H. F.

„Als Soldat dem Frieden und der Freiheit dienen“

Michael Gadow

Bericht über ein Seminar der GKS zur Vorbereitung auf den Katholikentag in Aachen 1986

1. Vom 10.—14.9.1986 findet in Aachen der 89. Deutsche Katholikentag unter dem Leitwort „Dein Reich komme“ statt. Auch die GKS wird sich mit verschiedenen Beiträgen am Katholikentag beteiligen.

Der Aachener Katholikentag wird die Tradition der letzten Katholikentage fortsetzen, aber ein anderes Gesicht haben. Das Programm ist in drei Teile gegliedert und soll intensivere Beteiligung und den Austausch mit anderen Teilnehmern ermöglichen.

2. In einem „Arbeitsteil“ (außer dem „Begegnungsprogramm“ und „Wallfahrten“) soll in der Form von „Werkstücken“ und „Veranstaltungen“ in fünf Themenschwerpunkten die Vaterunserbitte „Dein Reich komme“ Gestalt annehmen. Dieses Leitwort erinnert uns an die von Gott verheißene endgültige Zukunft; zugleich werden wir als Christen aufgefordert und darauf verwiesen, unsere Weltverantwortung ernst zu nehmen. Wir sind Gottes „Mit-Arbeiter“ an den vielen Bauplätzen in Kirche, Gesellschaft und Staat.

Die fünf Themenschwerpunkte sind: Weltkirche, Europa, geistliche Gemeinschaft, sozialer Katholizismus sowie Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens.

3. Die GKS hatte — neben anderen Beiträgen — für den Themensektor „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens“ einen Beitrag zunächst als „Werkstück“ konzipiert. Aufgrund der Vorgaben des Aachener Vorbereitungskomitees wird er jetzt als „Veranstaltung im Rahmen des Katholikentages“ eingebracht unter der Überschrift „Als Soldat dem Frieden und der Freiheit dienen — Ethische Probleme der Strategie und des Dienstes mit der Waffe“.

4. Ausgangspunkt für Konzeption und Inhalt der Veranstaltung war zunächst das Selbstverständnis der GKS, das sich in drei Punkten skizzieren läßt:

- den Glauben als Christ in der Bundeswehr leben und so bezeugen;
- die Position und Aufgabe des Soldaten in der katholischen Kirche vertreten und positiv-kritisch zur Sprache bringen;
- als katholische Soldaten in Staat und Gesellschaft wirken.

Dies sollte im Kontext des Leitwortes „Dein Reich komme“ in den Katholikentag eingebracht werden.

5. Zur Vorbereitung der Teilnehmer aus der GKS wurde ein Bildungsseminar vorbereitet und durchgeführt. Als Ort dafür wurde die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgewählt, weil sie gute Rahmenbedingungen bot durch Unterstützung mit fachlich hochqualifizierten Dozenten sowie durch gute Unterbringung und Betreuung.

Außerdem war so die Unterstützung durch das Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel bei Hamburg in Vorbereitung und Durchführung des Seminars möglich.

6. Im Seminar sollten fünf Elemente verbunden werden:

- Gottesdienst, Gebet und geistliche Einführung zum Leitwort des Katholikentages;
- solide Sachinformation durch Einführungsvorträge;
- vertiefende Erörterung und Bearbeitung in Seminargruppen;
- Geschichte und Kultur von Hamburg;
- persönliche Begegnung der Teilnehmer und Muße.

Das Seminar wurde vom Mittwoch, dem 7. Mai bis Samstag, dem 10. Mai 1986 durchgeführt. Mit Rücksicht auf die Familien der Teilnehmer (und den „Muttertag“ am 11. Mai) wurde das Seminar am Samstagmittag beendet.

7. Der folgende „Seminarplan“ soll einen Überblick über zeitlichen Verlauf und behandelte Themen vermitteln:

Mittwoch, 7. Mai 1986

Bis 19.00 Uhr	Anreise, anschließend Abendessen
19.45	Andacht zum Beginn des Seminars
20.00	Begrüßung
20.15	Lichtbildervortrag „Hamburger Impressionen“ durch Major Thomas Palaschewski, Führungsakademie der Bundeswehr
21.15	Vorstellungsrunde zum Kennenlernen

Donnerstag, 8. Mai 1986

8.00—8.45	Einführung zum Leitwort „Dein Reich komme“ durch Militärdekan Msgr. Walter Theis, Katholisches Militärbischofsamt
9.00—10.00	Vortrag 1: „Prinzipien und Kriterien einer Politik der Friedenssicherung in neueren kirchlichen Dokumenten“ durch Professor Dr. Ernst J. Nagel, Institut für Theologie und Frieden
10.30—11.30	Aussprache
13.15—14.15	Vortrag 2: „Sicherheitspolitische Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO“ durch Oberst i.G. Bernd Englert, Führungsakademie der Bundeswehr
14.30—15.30	Aussprache
15.45—16.45	Vortrag 3: „Militärstrategische Konzeption der NATO; Kritik und alternative Modelle“ durch Oberst i.G. Dr. Walter Schilling, Führungsakademie der Bundeswehr
17.00—17.40	Aussprache
19.15	Heilige Messe zu Christi Himmelfahrt

Freitag, 9. Mai 1986

8.00—9.00	Vortrag 4: „Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI); Sachstand, Perspektiven, Kritik“ durch Oberstleutnant i.G. Christian Ullmann, Bundesministerium der Verteidigung
9.15—10.15	Aussprache

- 10.30—12.45 Arbeit in Seminargruppen
- 14.00—17.00 Arbeit in Seminargruppen
- 17.00—18.00 Vortrag der Zwischenergebnisse und kurze Aussprache im Plenum

Samstag, 10. Mai 1986

- 8.00—11.15 Arbeit in Seminargruppen
- 11.30—12.30 Vortrag der Gruppenarbeit und Aussprache im Plenum
- 12.30—12.45 Andacht zum Abschluß des Seminars und Reisesegen

Die Arbeit in den Seminargruppen wurde unter folgenden Überschriften durchgeführt:

- Seminar A: Anwendung ethischer und politischer Kriterien auf die Sicherheitspolitik und Strategie, besonders am Beispiel SDI.
- Seminar B: Soldatendienst aus christlicher und staatlicher Sicht.

8. Die Vorträge von Nagel und Schilling sind im folgenden dokumentiert; der Vortrag von Ullmann basiert auf einer im Bundesministerium der Verteidigung erarbeiteten Darstellung der SDI-Frage, die ebenfalls im Folgenden dokumentiert ist.

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, die Seminararbeit im einzelnen zu beschreiben. Einige Grundlinien sollen kurz erwähnt werden.

9. Das Interesse an authentischer, unpolemischer Sachinformation war groß, besonders in den Themenbereichen „Ethische Kriterien und deren Anwendung bzw. Anwendbarkeit auf Fragen der Politik, Strategie und des Soldatendienstes“ und „SDI“.

Die Teilnehmer — Berufs- und Zeitsoldaten aller Lebensalter und Dienstgradgruppen sowie zwei Ehefrauen — besaßen einen hohen Stand an Grundkenntnissen sowie teilweise Erfahrungen aus vielen Diskussionen, auch bei den letzten Katholikentagen. Diese wollten sie durch eingehende Fragen erweitern und aktualisieren.

10. Die Fragestellung und die Arbeit in den Seminargruppen war gekennzeichnet durch Engagement, gegenseitigen Respekt und einen kritischen Grundton; dabei ist das Wort „kritisch“ gemeint im Sinne des Duden: „streng beurteilend, prüfend, wissenschaftlich vorgehend; oft für: anspruchsvoll“. Die Teilnehmer haben damit — einschränkend sei gesagt: näherungsweise — der Aussage von „Gerechtigkeit schafft Frieden“ entsprochen, wenn es da heißt (Ziffer 5.3.3.): „Staat, Gesellschaft und auch die Kirche vertrauen darauf, daß die Soldaten mit fachlicher Kompetenz und persönlichem Mut ihren Dienst erfüllen. Der Soldat trägt selbst durch ein waches Bewußtsein seiner moralischen Verantwortung zum Dienst am Frieden bei. Die Teilnahme an der politischen und ethischen Meinungs- und Urteilsbildung ist Ausdruck seines Verantwortungsbewußtseins.“

11. Die Teilnehmer wollen ihre Sachkompetenz und ihre dem christlichen Glauben verpflichtete Grundhaltung in ihren Lebensbereichen bezeugen und verwirklichen. Die oft gestellte Frage „Kann ein Christ Soldat sein?“ wurde insofern umgedreht, indem die Gegenfrage formuliert wurde: „Wer könnte besser Soldat sein, als der seinem Glauben und seinem Gewissen verpflichtete Christ?“

12. Im Seminar wurde auch der Versuch gemacht, ein „Raster“ zur Prüfung und Bewertung sicherheitspolitischer Konzeptionen zu entwickeln. Dies bedarf jedoch noch der weiteren Bearbeitung.

- Einige wenige Leitfragen seien genannt:
- Was sagt und fordert das Liebesgebot der Bergpredigt?
- Entspricht die Konzeption diesem Liebesgebot?
- Was bedeutet das neutestamentliche Gewaltverbot für die Politik und den Beruf des Soldaten?
- Wo liegen die Grenzen einer sittlich erlaubten Verteidigung?
- Entspricht nukleare Abschreckung den von den Deutschen Bischöfen in „Gerechtigkeit schafft Frieden“ genannten „Gesichtspunkten“ und „Kriterien“ (Ziffer 4.3.2.)?
- Wie sind in diesem Zusammenhang Überlegungen und konkretere Planungen zur Implementierung der Strategie der Flexible Response zu bewerten, z.B. Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit, Reduzierung der Nuklearwaffenbestände der NATO?

13. Das Element „Geschichte und Kultur von Hamburg“ war mit dem Lichtbildervortrag „Hamburger Impressionen“ qualitativ sehr gut vertreten. Vermißt wurde jedoch eine vorbereitete gemeinsame „Besichtigung vor Ort“; das sollte bei zukünftigen Seminaren stärker berücksichtigt werden. Dabei geht es darum, die Vielfältigkeit und den Wert von Geschichte, Kultur und menschlichem Leben in unserem Vaterland mit seinen Weltbeziehungen — gerade auch in Hamburg — erfahrbar zu machen. Dies kann auch dazu beitragen, deutlich zu machen, welche Werte wir als Soldaten schützen sollen und wollen gegen die doppelte Gefährdung

- Verlust der Freiheit und
- Zerstörung durch Krieg.

14. Das Element „persönliche Begegnung und Muße“ fand vor allem seinen Platz in den Pausen zwischen den Vorträgen, beim Essen und an den Abenden.

Quer durch alle Lebensalter, Dienstgrade und Teilstreitkräfte wurden rege Gespräche geführt.

15. So verwundert auch nicht der Wunsch aller Seminarteilnehmer, solche Veranstaltungen zu wiederholen bzw. die Thematik fortzuführen.

Prinzipien und Kriterien einer Politik der Friedenssicherung in neueren kirchlichen Dokumenten

Ernst J. Nagel

1. *Theologischer und politischer Friede*

Wenn in einer der christlichen Kirchen über Frieden gesprochen wird, muß man sehr genau hinhören und unterscheiden, ob über jenen Frieden nachgedacht wird, den Gott für das Reich Gottes verheißen hat. Oder aber spricht man über den Frieden, den wir hier auf Erden im Sinne christlicher Weltgestaltung zur politischen Aufgabe haben?

Wenn wir den erstgenannten Frieden den „theologischen Friedensbegriff“ nennen, so müssen wir sagen: Dieser Friede ist Geschenk Gottes; er ist eben nicht das Produkt menschlicher Anstrengung, sondern Gnade Gottes; er hat schon begonnen, insofern durch das Erlösungswerk Christi dieses Reich Gottes schon in unserer Zeit und hier auf Erden Wirklichkeit geworden ist; dieser Friede ist aber wie das Reich Gottes noch nicht zur Vollendung gelangt, sondern harret seiner Vollendung dann, wenn Christus wiederkommt und unsere Zeit in ein neues Äon überführt. Folgerichtig behandelt Thomas von Aquin den Frieden wie auch den Krieg unter den „theologischen Tugenden“, nämlich unter der Tugend der Liebe. Denn Glaube, Hoffnung und Liebe sind jene drei („göttlichen“) Tugenden, die der Mensch sich nicht durch eigene Anstrengung verschaffen kann, die ihm vielmehr nur aus Gnade und in der Form des Geschenkes von Gott zukommen können.

Anders verhält es sich mit dem politischen Frieden. Er ist Aufgabe aller Menschen, der Christen und der Nichtchristen. Zu diesem Frieden ist jeder Mensch befähigt. Augustinus spricht hier von den Spuren (*vestigia*) der ursprünglich guten Schöpfungsnatur des Menschen, die in uns allen erhalten geblieben sind. Dieser politische Frieden basiert auf dem, was die Theologie „moralische“ Tugenden nennt. Moralische Tugenden, wie Gerechtigkeit oder Klugheit, gründen in unseren natürlichen Fähigkeiten. Sie können folglich von jedem Menschen aus eigener Kraft angestrebt und verlangt werden. Der Ort dieses politischen Friedens ist die Weltzeit, in der das Reich Gottes angefangen hat, aber noch nicht vollendet ist, in der wir mit der Wirkmacht des Bösen rechnen müssen, in der es unsere sittliche Aufgabe ist, das Böse in uns und in anderen immer wieder neu zu überwinden. Es ist die Zeit der Ausbreitung des Reiches Gottes unter den Menschen, aber auch der Herzenshärte und der Verstockung gegenüber dem Wort Gottes.

Daraus ergibt sich eine wesentliche Differenz zwischen jenem theologischen Frieden, den der Epheserbrief bezeichnet, wenn es dort heißt „(Christus) ist unser Friede“ (Eph 2,14), und dem politischen Frieden, der uns allen so sehr am Herzen liegt. Der Friede Gottes ist ungefährdet; der politische Frieden ist immer wieder neu der Gefahr des Krieges ausgesetzt. Darum heißt es in der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi“ (Gaudium et Spes Nr. 78). Diese Differenz hat politische Bedeutung: Als die Philosophie und die Politik anfangen, vom „ewigen Frieden“ als

politischem Ziel zu sprechen, hatte dies zwei Konsequenzen, und es mußte sie haben. Einmal wurden der Politik unerreichbare Aufgaben aufgebürdet. Zum anderen wurde Politik nun ermächtigt, zur Erreichung dieses höchsten aller politischen Ziele unerhörte Opfer zu bringen und von den Bürgern zu verlangen. Kants Hoffnung beruhte noch weithin darauf, daß mit der weltweiten Errichtung der Republik der Krieg definitiv gebannt sein würde, da Krieg nicht im Interesse der Bürger, sondern allenfalls der Fürsten des „alten Regimes“ lag. Doch schon in der Verquickung der Hegelschen Theorie der Volksgeister mit Darwins Theorie der Rassenauslese kam es im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einer Glorifizierung des Krieges, bei dem die Kriegsoffer gefeiert und nicht mehr beklagt werden konnten. Vollends entgrenzt wurde die vom eigenen Volk wie von anderen verlangte Opferbereitschaft im Krieg dann in den Ideologien unseres Jahrhunderts: Sie versprachen ein ewiges Reich des Friedens. Sie forderten nun den letzten und entscheidenden Einsatz und konnten von daher nahezu unbegrenzte Opfer legitimieren. Was waren schon ein paar Millionen Tote, wenn durch sie ewiger Friede politische Wirklichkeit würde!

Doch der Frieden, der im schon angebrochenen Reich Gottes bereits Wirklichkeit ist, und der politische Frieden haben auch eine gemeinsame und politisch bedeutsame Schnittstelle: Der theologische Frieden ist auch politisch bedeutsam. Christen halten sich aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus nicht für besonders zuständig, erst recht nicht für allein-zuständig für den politischen Frieden. Aber sie glauben einen besonderen Beitrag zu ihm leisten zu können. Die katholische Friedenslehre wie auch die Denkschrift der EKD („Frieden wahren, fördern und erneuern“) sprechen hier von der „Friedensförderung“, die zusammen mit der „Friedenssicherung“ die christliche Aufgabe umschreibt und Friedenspolitik ausmacht.

2. Friedensförderung

Friedensförderung setzt sich zum Ziel, den Ursachen der Friedlosigkeit und der Kriege entgegenzuwirken. Hier handelt es sich um die schwierige Frage, worin denn die Ursachen von Kriegen bestehen. Die kirchliche Friedenslehre geht dabei nicht nach der Art der empirischen Kriegsursachenforschung vor, die — soweit ich sie verfolgen konnte — bis heute nicht in der Lage ist, empirisch gesichert Variablen zu benennen, die Kriege wahrscheinlich oder weniger wahrscheinlich machen. Solidere Informationen der Sozialwissenschaften wären für die Kirche äußerst hilfreich, liegen aber bis heute leider nicht vor. Die kirchliche Lehre nähert sich dem Problem „verstehend“. Die Grundüberlegung lautet: Das gegenseitige Mißtrauen zwischen Völkern und Blöcken beruht darauf, daß man vom je anderen Verletzungen der einen individuellen wie sozialen Menschenrechte befürchtet. Darum stellt sich einer Politik der Friedensförderung die Aufgabe, dieses Mißtrauen beim anderen abzubauen und eigenen Menschenrechtspolitik zu betreiben, die beim Gegner solches Vertrauen ermöglicht. Im Ost-West-Konflikt sprechen die Päpste immer wieder davon, daß der Westen dem Osten mißtraut, weil er von dort eine Bedrohung der Freiheitsrechte befürchtet, den Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirft. Doch auch dem Westen wird nicht nur aus Bosheit Vertrauen entzogen: Die materiellen

Menschenrechte müßten seine Politik stärker prägen. Vor allem der mangelnde Einsatz gegen Hunger und Unterentwicklung in der Welt wird beklagt. Gerade der reichere Westen hätte hierzu mehr Möglichkeiten, als er nutzt.

Friedensförderung steht unter dem Imperativ der Menschenrechte. Weiter explizit sprechen die Päpste seit Johannes XXIII. und der Enzyklika „Pacem in Terris“ (1963) immer wieder von dem Wertequartett: Frieden ist ein Zusammenleben in Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität (Liebe). Was dies im konkreten Fall für Konsequenzen hat, sei hier dahingestellt. Jedenfalls erhält die kirchliche Friedenslehre von hier aus zwei entscheidende Prägungen:

— Erstens ist Friedenspolitik eine Politik der *Werteverwirklichung*, nicht des Werteverzichts. Um des lieben Friedens willen darf man nicht auf die Verwirklichung der Menschenrechte verzichten, sich der Übermacht des Mächtigen unterwerfen, Gefahren und Opfer scheuen. Denn politischer Friede bedarf eines Konsenses über Völkerrecht und nicht dessen Preisgabe; er bedarf internationaler Institutionen und nicht der Unterwerfung unter nationale Machtzentren. Von hierher wird auch einsichtig, warum die kirchliche Friedenslehre relativ risikobereit ist, warum sie gefährliche Strategien nicht schnell verwirft. Sie ist immer und vor allem gegen solche, die Frieden auf reinen Nichtkrieg reduzieren — gleich welchen Werteverzicht sie zur Erreichung dieses Zustandes leisten müssen.

— Zweitens folgt aus dieser Definition von Friedensförderung eine *Parallelität* zwischen den politischen Erfordernissen des Friedens und den sittlichen Weisungen, die immer schon für das christliche Ethos prägend waren. Christliches Ethos und politische Friedensaufgabe konvergieren gerade auf dem Sektor der Friedensförderung. Wenn Christen beispielsweise im Westen für eine gerechtere Verteilung der Erdengüter bereit sind, selbst Opfer zu bringen und politisch einzutreten; wenn Christen die eigene Vorurteiligkeit in der Bewertung des Gegners beherrschen und mit ihm in einen Dialog eintreten, der an der Wahrheitsfindung und nicht an Rechthaberei orientiert ist; wenn Christen dann auch bezeugen, daß der bei uns erreichte Stand der Verwirklichung der Freiheitsrechte höher ist als beispielsweise in totalitären Systemen und für die Verwirklichung dieser Freiheitsrechte als direkte Konsequenz der Personwürde aller Menschen eintreten — in all diesen Fällen erbringen sie einerseits die Früchte jener theologischen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe, andererseits leisten sie gerade dadurch politisch bedeutsame Beiträge. Denn solchen Gegnern bringt man jenes Vertrauen entgegen, das vor allem für die Abrüstung unabdingbar erforderlich ist.

Wohlgemerkt, hier wird nicht das praktische Tun von Christen beschrieben, wohl aber die Forderung, unter denen Christen vom Evangelium her immer schon stehen. Indem sie diese Forderungen ernst nehmen, dienen sie dem Frieden; sie tragen zu dem bei, was die letzten Päpste eine „Kultur der Liebe“ nannten, was das vom Frieden her notwendige Umdenken unserer Gesellschaft ausmacht, was dann, vermittelt über die „öffentliche Meinung“, auch eine Politik des Friedens und der Liebe ermöglicht.

Um hier ein praktisches, auch heute wieder zusammen mit SDI viel diskutiertes Beispiel anzuführen: Immer wieder wird in der kirchlichen Lehre Abrüstung auch darum gefordert, um die Erdengüter anderen wichtigen Aufgaben zuzuwenden, um sie vor allem gegen Hunger und Unterentwicklung einzusetzen. Die kirchliche Lehre macht uns aber auch bewußt, daß mit Abrüstung allein dieses Ziel noch nicht erreicht ist: Gerade in seiner Friedensbotschaft für den 1. Januar 1986 ruft Johannes Paul II. dazu auf, Rechenschaft darüber abzulegen, wie die berechnete Sorge um das Wohl des eigenen Volkes mit der universalen Verpflichtung allen Völkern und Menschen gegenüber in ein gerechtes Verhältnis gebracht werden kann. Denn auch substantielle Einsparungen im Rüstungsbereich führen noch lange nicht zu einer veränderten Handelspolitik. Sie können allesamt zur Reduzierung von Etatdefiziten oder zur Verbesserung des eigenen sozialen Netzes verwendet werden. Und entscheidend ist nicht, daß Politiker dies wollen, sondern daß die Völker es von ihnen verlangen.

3. Friedenssicherung

Bei der Frage der Friedenssicherung geht es zunächst darum, wie man angesichts der realen Weltverhältnisse von Mißtrauen, Rüstung und Bedrohtheitsvorstellungen wenigstens ein Mindestmaß an Stabilität und Handlungsfreiheit auch und vor allem für die Friedensförderung sichern kann. Teilziel der Friedenssicherung ist, den heute erreichten Stand der Menschenrechtsverwirklichung zu sichern und zugleich den Krieg zu verhindern. Beide Teilziele sind zugleich zu erreichen.

Friedenssicherung ist Aufgabe der Außenpolitik, der Diplomatie, der Wirtschafts- und Kulturpolitik — aber dann auch der Militärpolitik. Und im Zusammenhang mit Militärpolitik stellt sich für viele Christen, aber auch von vielen an Christen gerichtet die Frage: Wie kann die christliche Lehre die biblische Forderung nach absoluter Gewaltlosigkeit mit der Tolerierung militärischer Verteidigungsfähigkeit und Verteidigung vereinbaren? Wie können Christen Soldaten sein?

3.1. *Biblische Gewaltlosigkeit und das „Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ (Gaudium et Spes, Nr. 79)*

Das neutestamentliche Gewaltverbot ist eindeutig. Wir lesen im Matthäusevangelium: „Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt worden ist: Auge für Auge und Zahn für Zahn. Ich aber sage euch: Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand, sondern wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin. Und wenn dich einer vor Gericht bringen will, um dir das Hemd wegzunehmen, dann laß ihm auch den Mantel. Und wenn dich einer zwingen will, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geh zwei mit ihm. Wer dich bittet, dem gib, und wer von dir borgen will, den weise nicht ab.“ (Mt 5,38—42). Ähnlich heißt es in der „Feldrede“ bei Lukas (Lk 6,27—36). Im Römerbrief lesen wir: „Vergeltet niemand Böses mit Bösem! Seid allen Menschen gegenüber auf Gutes bedacht! Soweit es euch möglich ist, haltet mit allen Menschen Frieden! Rächt auch

nicht selber, liebe Brüder, sondern laßt Raum für den Zorn (Gottes); denn in der Schrift steht: Mein ist die Rache, ich werde vergelten, spricht der Herr. Vielmehr: Wenn dein Feind Hunger hat, gib ihm zu essen, wenn er Durst hat, gib ihm zu trinken; tust du das, dann sammelst du glühende Kohlen auf sein Haupt. Laß dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute!“ (Röm 12,17–21).

Wie konnte angesichts solcher Bibelworte in der christlichen Tradition die Lehre vom sittlich gerechtfertigten Krieg (*bellum iustum*) entstehen? Wie ist es möglich, daß das II. Vatikanische Konzil lehrt: „Allerdings — der Krieg ist nicht aus der Welt geschafft. Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen.“ (Gaudium et Spes Nr. 79) Ist hier Christentum seinem Ursprungsdokument nicht untreu geworden? Diese Frage beschäftigt viele Christen wie Nichtchristen. Sie zu stellen ist weder Zeichen von Dummheit noch von Boshaftigkeit, sondern eines Christen würdig und für jeden immer wieder notwendig.

Matthäus wendet sich gegen das alttestamentliche „*ius talionis*“, das Recht auf Vergeltung. Dieses *ius talionis* war bereits eine deutliche Einschränkung der Gewalt: Die erlaubte Gegengewalt mußte dem zugefügten Unrecht proportional sein; man durfte begrenztem Unrecht nicht schrankenlos begegnen und beispielsweise einen Feind, der mir einen Zahn ausgeschlagen hatte, dafür nicht töten. Auf diese begrenzte und proportionale Gegengewalt aber hatte der Israelit ein Recht, zu ihr war er verpflichtet. Im Buch Deuteronomium heißt es: „Du sollst das Böse aus deiner Mitte wegschaffen. Die übrigen sollen davon hören, damit sie sich fürchten und nicht noch einmal ein solches Verbrechen in deiner Mitte begehen. Und du sollst in dir kein Mitleid aufsteigen lassen: Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand, Fuß für Fuß.“ (Dtn 19,19.21; vgl. Ex 21,18–27; Lev 24,19f) D. h., Gewalt mußte durch proportionale Gegengewalt gerächt und gesühnt werden, auch damit Verbrechen abgeschreckt wurden und die öffentliche Ordnung nicht litt. Dem Unrechtstäter vergeben war weder Pflicht noch erlaubt.

Dagegen wendet sich das neutestamentliche Gewaltverbot. Es besteht kein Recht auf Gegengewalt, erst recht keine Pflicht dazu. Vielmehr soll das Böse durch das Gute überwunden werden. Das Gewaltverbot des NT ist im engsten Sinne wörtlich zu nehmen: An die Stelle des Rechts auf proportionale Gegengewalt trat die Pflicht zur Versöhnung, zur Bekehrung des Bösen durch Gutes.

Die Bibelwissenschaftler fragen nun bis heute, was dieses Gewaltverbot für die Politik bedeutet.

— Einmal erhalten wir zur Antwort, daß der Adressat des neutestamentlichen Ethos die christliche Gemeinde und nicht die Politik sei. Die „Jesusbewegung“ war politisch unbedeutend; Jesus selbst hat sich dem gewaltsamen Widerstand der Zeloten gegen die römische Okkupationsmacht nicht angeschlossen; das neutestamentliche Ethos sollte das Leben der Christen in ihrem konkreten Lebensbereich prägen, und dieser war nicht poli-

tisch; politische Gestaltungsaufgaben stellten sich dem Urchristentum nicht. Sehr wohl sahen die Christen schon sehr früh ein, daß der römische Staat gerade für die Verkündigung des Evangeliums in der damals bekannten Welt optimale Voraussetzungen bot, nämlich sichere Straßen und eine Periode des Augustus-Friedens. Sie opponierten nicht gegen den Römerstaat, der natürlich auch Gewaltmittel verwandte. Vielmehr sagt Paulus recht unbekümmert, daß die staatliche Gewalt „im Dienste Gottes steht“ und „nicht ohne Grund das Schwert trägt“ (Röm 13,4). Offensichtlich nahm also die frühchristliche Gemeinde an der Tatsache keinen Anstoß, daß der Staat auch Gewalt anwendet. Doch dies war Sache des heidnischen Römerstaats; die Christengemeinde ließ dies allenfalls zu und interpretierte es.

— Bald aber mußten Christen auch politische Verantwortung übernehmen oder zu politischen Fragen Stellung beziehen. Nun sahen sie sich mit einem neuen Problem konfrontiert: Wie sollten sie selbst Gewaltlosigkeit mit politischer Verantwortung verbinden?

Die Grundüberlegung, die sich in der Tradition herausbildete und bis heute Geltung beansprucht, lautet nun: Wie verhält sich das Gewaltverbot zur Goldenen Regel und zum Doppelgebot der Liebe? Die Goldene Regel lautete: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“ (Mt 7,12) Dieser Satz bildet eine Klammer für die Bergpredigt. Sachlich ist er identisch mit dem zweiten Teil des Doppelgebotes: „Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. An diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz samt den Propheten.“ (Mt 22,37–40) Das Problem ist deutlich: Wie soll der Christ handeln, wenn ihm die Gewaltlosigkeit zu tun verbietet, was die Goldene Regel und das Doppelgebot in einer konkreten Situation von ihm verlangen? Wenn in der Goldenen Regel und im Doppelgebot Gesetz und Propheten gründen, kann dann die Gewaltlosigkeitsforderung mich daran hindern, zu tun, was diese verlangen? Ist Gegengewalt für den Christen auch dann verboten, wenn ein Betrunkener dabei ist, ein Kind zu Tode zu prügeln, und der Christ ihm einfach den Arm festhalten könnte?

Die systematische Antwort der Tradition geht von solchen Fällen eines Normenkonfliktes aus: Einerseits ist Gewaltanwendung gegen Menschen stets ein sittlich bedeutsames Übel, denn Menschen werden wie Sachen behandelt. Andererseits aber besteht die Solidarpflicht, die etwa von Thomas mit dem Psalmenwort formuliert wird: „Befreit die Geringen und Armen, entreißt sie der Hand des Frevlers“ (Ps 82,4) Und in solchen, aber auch nur in solchen Fällen kann die Frage auftauchen, ob Gewaltanwendung nicht doch, gemessen an der Nächstenliebe, das geringere von zwei zugleich nicht vermeidbaren Übeln ist. Hier hat das „Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ seinen Sitz.

So wird denn auch deutlich, wie sich das „Recht auf Vergeltung“ im Alten Testament und das Verteidigungsrecht in der kirchlichen Friedenslehre unterscheiden. Dort handelt es sich um ein ursprüngliches Recht, das wahrzunehmen mir erlaubt und geboten ist, auch

wenn die Möglichkeit zu einer gewaltlosen Versöhnung durch mein Entgegenkommen gegeben wäre. In einer christlichen Ethik aber ist Gewalt stets nur ein „letztes Mittel“ (ultima ratio). Sie ist nur dann erlaubt und eventuell geboten, wenn alle gewaltlosen Mittel erschöpft sind und durch gewaltloses Handeln die Nächstenliebe noch mehr verletzt würde als durch Gewaltanwendung. Die Nächstenliebe ist das oberste Prinzip christlicher Sittlichkeit. Darum steht bei ihr und nicht bei jeder anderen sittlichen Weisung des Neuen Testaments, in ihr erfülle sich das Gesetz und die Propheten.

3.2. Die Grenzen des Verteidigungsrechts

Da das Verteidigungsrecht letztlich im Vorrang der Liebe vor allen anderen sittlichen Forderungen gründet, hat es dort seine Grenzen, wo Verteidigung nicht mehr der Liebe untergeordnet ist, sondern sich verselbständigen würde. Diese Grenzen des Verteidigungsrechts drückt dann auch die Formel vom „Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ des II. Vatikanischen Konzils aus; d. h., es gibt auch sittlich unerlaubte Verteidigung.

Woran nun kann man erkennen, wann Verteidigung sittlich erlaubt und wann sie dies nicht ist? Hier hat die theologische Tradition Prinzipien erarbeitet, die als Hilfen zur Beantwortung dieser Frage gedacht sind. Sie sind unmittelbar einsichtig, wenn die o. a. Begründung sittlich erlaubter Gewalt präsent ist.

— Das *Suffizienzprinzip* beinhaltet, daß nur soviel Gewalt erlaubt ist, wie zur Vermeidung des größeren Übels unbedingt erforderlich ist. Die Bischöfe der Bundesrepublik wenden dieses Prinzip auf die heutige Situation an und schreiben: „Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind.“ (Gerechtigkeit schafft Frieden, Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, Bonn 1983, S. 54) Hier wird deutlich, was ein Prinzip leisten kann und was nicht: Manche werden in diesen Satz die Position der „minimum deterrence“ hineinlesen, doch dies wollten die Bischöfe nicht. Solche Prinzipien müssen erst noch auf konkrete strategische Fragen Anwendung finden: Genügt die trotz treffgenauer sowjetischer Raketen immer noch mögliche Vergeltungsfähigkeit durch treffungenaue westliche U-Boote? War darum MX, B1 oder Trident 2 ein Verstoß gegen das Suffizienzprinzip? Oder waren gerade treffsichere westliche Raketen durch das Suffizienzprinzip gefordert, da nur so die Wahrscheinlichkeit eines Krieges gemindert werden konnte? All dies sind konkrete Fragen nach den Folgerungen aus dem Suffizienzprinzip, die mit dem Prinzip selbst noch nicht gelöst sind. Das Prinzip soll lediglich sicherstellen, daß solche Fragen gestellt und diskutiert werden, daß der Rüstungsprozeß nicht unreflektiert und ungeprüft weitergeht. Solange kein Konsens vorliegt, daß dieses oder jenes Rüstungsvorhaben über das Notwendige hinausgeht und nur darum erfolgt, weil man es kann und will, wird das Prinzip nicht zu einheitlicher Einschätzung verhelfen — wohl aber zur Fortführung der Diskussion.

— Das *Diskriminationsprinzip* gebietet, zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu unterscheiden. Gewalt ist nur gegen jene erlaubt, von denen Gewalt ausgeht. Zivilisten

dürfen in einem Krieg nicht direkt intendiertes Ziel von Gewaltanwendung sein. Eine andere Frage ist, ob nicht in einem modernen Krieg auch Zivilisten immer wieder bei Gewaltanwendung gegen militärische Ziele in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies ist zweifellos der Fall, doch darf deren Vernichtung nicht direkt gewollt, lediglich — insofern unvermeidlich — zugelassen werden. Das Städtebombardement wie auch die Atombombenabwürfe auf japanische Bevölkerungszentren sind von hier aus sittlich verwerflich. Sie richteten sich direkt gegen Nichtkombattanten, von denen keine Gewaltbedrohung ausging. Douhets Theorie des „totalen Krieges“, nach der moderner Krieg durch die Zerstörung der Zivilbevölkerung die Wehrmoral der Soldaten untergraben soll, hat sich nicht nur als falsch und unzweckmäßig erwiesen, sondern verstößt diametral gegen dieses Prinzip der Diskrimination. Die ethische Begründung dieses Prinzips liegt erstens darin, daß hier die Zivilbevölkerung ausschließlich als Mittel betrachtet und gebraucht wird. Der Mensch darf jedoch — wie Kant sagte — nie als Mittel betrachtet werden, er ist vielmehr stets Zweck. Die direkt gewollte Tötung eines „unschuldigen“ Menschen ist stets sittlich verwerflich, welcher Nutzen ansonsten auch für das Gemeinwesen daraus zu erwarten sein mag; sonst würde der Satz gelten: Der gute Zweck heiligt das böse Mittel. Es handelte sich nicht mehr um die Wahl des geringeren von zwei zugleich nicht vermeidbaren Übeln; denn man hätte die Bombardierung der Zivilbevölkerung einfach unterlassen können und dadurch *gleichzeitig* kein größeres Übel bewirkt oder zugelassen. Man stand nicht vor der Wahl zwischen zwei zugleich nicht vermeidbaren Übeln, sondern die Vernichtung der Städte war Mittel zu einem anderen Zweck: Man bewirkte jetzt ein Übel in der Hoffnung, dadurch in der Zukunft andere Übel vermeiden zu können. Ein solcher totaler Krieg ist nicht mehr dem Fall vergleichbar, daß man einen Bomber abschießt, der auf dem Weg ist, eine Stadt zu bombardieren. Denn vom Bomber geht Gewalt aus, von Zivilisten jedoch nicht. Sodann widerspricht der totale Krieg der Zielsetzung, daß die Völker nach dem Krieg in einem besseren Frieden miteinander leben können. Krieg wird hier aus diesem verbindlichen Sinngefüge herausgelöst.

Das II. Vatikanische Konzil drückt dieses Prinzip der Diskrimination so aus: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ (Gaudium et Spes Nr. 80) Dies muß Auswirkungen auf die heutige Strategie haben. In ihr sind Waffensysteme eingeplant, die von ihren technischen Merkmalen her offensichtlich fast nur als Mittel zur Massenvernichtung Verwendung finden können. Hierauf wird später zurückzukommen sein.

— Ein drittes Prinzip hat für die Grenzen der erlaubten Verteidigung fundamentale Bedeutung, das Prinzip der *Proportionalität*. Generell kann man dieses Prinzip so formulieren: Zwischen den Übeln, die in Ausübung der Verteidigung zu erwarten sind, und den Übeln, vor welchen die Verteidigung schützen soll, muß eine rechtfertigende Proportion bestehen.

Dieses Prinzip tritt stets zum Diskriminationsprinzip hinzu. Nicht jede Aktion gegen militärische Ziele ist erlaubt. Wenn beträchtliche Opfer unter der Zivilbevölkerung zu er-

warten sind — das collateral damage der Strategen —, ist zu prüfen, ob diese in einem Verhältnis zur militärischen Bedeutsamkeit der anvisierten Ziele stehen. So soll verhindert werden, daß beispielsweise die Zielplanung sich sittlich immunisiert. Sie könnte, statt eine counter-city-Waffe auf Moskau zu richten, eine Vielzahl von militärischen Zielen in Moskau mit counter-force-Waffen anvisieren. Die Folgen wären die gleichen wie beim Einsatz eines country-city-Systems, nämlich die Zerstörung der Zivilbevölkerung Moskaus.

Das Proportionalitätsprinzip wird aber vor allem bei der Frage bedeutsam, ob militärische Verteidigung im konkreten Fall überhaupt erlaubt ist. Pius XII. sagte 1953 während der öffentlichen Debatte um die Einführung der Wasserstoff-Bombe: „Wenn die Schäden, die ein Krieg nach sich zieht, unvergleichlich größer sind als die der ‚geduldeten Ungerechtigkeit‘, kann man verpflichtet sein, die ‚Ungerechtigkeit auf sich zu nehmen‘.“ (Weihnachtsbotschaft 1953) Zwischen dem Grund des Verteidigungsrechtes, nämlich das „Wohl der Völker“ zu schützen, und der voraussichtlichen Folge seiner Ausübung, nämlich der Zerstörung eben dieser Völker, bestünde so eine Disproportion. Die Tradition nennt seit der spanischen Spätscholastik als Kriterium für einen erlaubten Krieg, daß Aussicht auf Erfolg besteht. Dies ist eine Anwendung des Proportionalitätsprinzips wie der Wahl des geringeren Übels. Denn wenn Verteidigung nicht erfolgversprechend möglich ist, wird zu dem Unrecht, das Verteidigung an sich erlaubte, noch das Übel der Kriegsschäden hinzugefügt. Es wird nicht das kleinere Übel dem größeren Übel vorgezogen, vielmehr werden beide Übel addiert. Dies kann nicht erlaubt sein.

Von diesen Prinzipien geht die kirchliche Friedenslehre aus, wenn sie sich mit modernen Problemen der Friedenssicherung befaßt. Sie treibt ihre Aussagen so weit, wie sie von diesen Prinzipien her eindeutig begründbar sind. Dabei stößt sie immer dann an Grenzen, wenn eine eindeutige Anwendung dieser Prinzipien nicht möglich ist. Nehmen wir als Beispiel die Problematik des Ersteinsatzes (first use) von Atomwaffen. Mit D. Ball behaupten Strategen, daß ein atomarer Eskalationsprozeß nicht begrenzbare ist; dann wäre die Entscheidung zum Ersteinsatz irgendeiner Atomwaffe zugleich die Einleitung eines vollen atomaren Schlagaustausches bis zur gegenseitigen Vernichtung. Dies kann sittlich nie erlaubt sein; dann wäre der Ersteinsatz sittlich verwerflich. Andere Strategen hingegen glauben, daß begrenzbare nukleare Optionen bestehen. Von diesen wird erwartet, daß sie die Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges bewirken können. Gerade sie machten bei den Kriegführenden deutlich, daß sie den Krieg nicht mit eigenen Vorteilen (Sieg) beenden könnten, daß vielmehr ihre eigene Vernichtung drohe. Die Kirche hat weder die Kompetenz noch die Zuständigkeit, solche Prognosen in der einen oder der anderen Richtung zu entscheiden. Sie kann lediglich das Prinzip der Proportionalität in Erinnerung rufen. Hier liegen Grenzen der kirchlichen Friedenslehre. Dennoch muß auch in der Friedenslehre die Problematik der Waffen- und Strategieentwicklung verfolgt werden. Eine zeitlose Friedenslehre ist bald unbrauchbar.

4. Das Verteidigungsrecht im Zeitalter „wissenschaftlicher Waffen“

Erfindung und Einsatz der Atombombe haben Spuren in der kirchlichen Friedenslehre hinterlassen. Die neue Kategorie von Waffen, zu denen diese A-Waffen zählen, wird oft

mit „wissenschaftliche Waffen“ bezeichnet. Zu ihnen gehören auch chemische und biologische Waffen. Gemein ist ihnen das Merkmal „Massenvernichtungsfähigkeit“.

Angesichts dieser neuen Waffen mußte sich die Fragestellung hinsichtlich des Verteidigungsrechts ändern. Die Tradition fragte stärker nach Fällen, in denen diese oder jene militärische Aktion zu bewerten war. So bedenkt Pius XII. um 1953 den möglichen Fall des militärischen Einsatzes damaliger A-Waffen — und es handelte sich wie bereits gesagt um die H-Bombe. Pius sah das entscheidende Problem im Prinzip der Diskrimination: Der Einsatz dieser Waffen war nur erlaubt, wenn ihre Auswirkungen „kontrollierbar“ blieben, d. h. zwischen Soldaten und Zivilisten unterschieden werden konnte. Sicherlich war ein solcher „kontrollierter“ militärischer Einsatz auch von H-Bomben denkbar — etwa auf ein maritimes militärisches Ziel. Doch dies schien eher ein Grenzfall zu sein. H-Bomben in Europa zum Einsatz zu bringen wäre genau jene „Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung“, die nie erlaubt sein kann.

In der Weihnachtswortschatz 1956, die stark unter dem Eindruck der damaligen Ereignisse in Ungarn stand, definiert Pius XII. die Frage dann neu: Er unterschied zwischen dem militärischen und dem politischen Einsatz wissenschaftlicher Waffen. Im Kontext der Ungarnkatastrophe schreibt er, daß „mit der Verwendung von Atomwaffen gedroht wird, um konkrete Forderungen durchzusetzen“ (Weihnachtswortschatz 1956). Es geht folglich bei der ethischen Problematik wissenschaftlicher Waffen nicht mehr nur um deren militärischen Einsatz im Krieg. Vielmehr geht es um deren politische Instrumentierung im Nicht-Krieg, in der Politik, noch konkreter: im Abschreckungssystem. In diesem System bekunden alle, daß sie selbst keinen Krieg wollen, sich nur gegen die Möglichkeit, daß der Gegner Krieg beginnt, absichern und ihm darum unannehmbare Schäden androhen, um so Krieg zu verhindern. Dabei scheint die Gefahr einer Vernichtung der eigenen Bevölkerung und des eigenen politischen Systems gerade am nachhaltigsten vom Beginn eines Krieges abzuhalten.

Mit der Unterscheidung zwischen militärischem Einsatz wissenschaftlicher Waffen in einem Krieg und politischer Verwendung in Sicherheitspolitik und Abschreckung teilte die Friedenslehre der Kirche jedoch nicht die Position jener Strategen, die glauben, nun sei der militärische Einsatz von Massenvernichtungswaffen gerade wegen der unabsehbaren Folgen gebannt. Über den Krieg brauche man nicht mehr zu reden. Im Gegenteil, der Rüstungswettlauf läßt befürchten, „daß er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt“ (Gaudium et Spes Nr. 81). Abschreckung ist „kein sicherer Weg, den Frieden zu sichern“ (ebd.). Das Risiko möglichen Scheiterns von Abschreckungspolitik bleibt bewußt. Daraus ergibt sich die Forderung, sich um neue und weniger gefährliche Strategien der Friedenssicherung zu bemühen: „Neue Wege, von einer inneren Wandlung aus beginnend, müssen gewählt werden, um dieses Ärgernis zu beseitigen, die Welt von der drückenden Angst zu befreien und ihr den wahren Frieden zu schenken.“ (Gaudium et Spes Nr. 81)

Fortan lautete darum die Problemdefinition: Wie soll eine Politik aussehen, in welcher der Krieg unwahrscheinlicher und zugleich Abrüstung wahrscheinlicher wird, ohne daß der erreichte Stand der Menschenrechtsverwirklichung in Gefahr gerät?

Der gegenwärtige Papst sieht zu einem stabilen und für Rüstungskontrolle offenen Abschreckungssystem im Augenblick noch keine zwingende Alternative, die nicht zugleich Werteverzicht signalisierte. In seiner Botschaft an die 2. außerordentliche Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen (1982) heißt es: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung — natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung — noch für moralisch annehmbar gehalten werden.“ Hier werden die Ziele Stabilität und Rüstungskontrolle hervorgehoben, die ja auch in der Strategiedebatte die entscheidende Rolle spielen. Sicherheitspolitik muß diesen Zielen verpflichtet bleiben. An ihnen, nicht an realitätsfernen Wünschen hat sie sich zu qualifizieren.

Daß aber Sicherheitspolitik und Abschreckung glaubwürdig und nachweisbar an den Zielen Stabilität und Abrüstung orientiert sein sollen, wird in der kirchlichen Lehre aus dem Gesamt der Friedenspolitik nochmals verständlich. Rüstung und Abschreckung sind für die Gesamtzielsetzung der Friedenspolitik zwar z. Z. unverzichtbar, dennoch kontraproduktiv: Sie drohen und wirken damit der notwendigen Vertrauensbildung entgegen. Sie binden ungeheure Mittel, die wichtigen humanen Aufgaben fehlen. Begrenzung des friedenspolitischen Schadens durch Abschreckung ist darum ein wichtiges Teilziel; darum eben nur soviel, wie unbedingt erforderlich; darum auch die Absage an militärische Überlegenheit, erst recht an eigene Erstschlagsfähigkeit. D. h., die Ziele Stabilität und Abrüstung verweisen in der kirchlichen Friedenslehre über den engeren militärstrategischen Bereich hinaus. Sie stehen in einem Begründungszusammenhang mit dem Konzept von Friedenspolitik, das Vertrauensbildung, Völkerrechtskonsens, Vereinbarungen über gewaltlose Behebung internationaler Konflikte, Bildung handlungsfähiger internationaler Institutionen zum Ziel hat. Mehr als Abschreckungsstabilität wäre verwerflich, weil es Abschreckung gleich Friedenspolitik setzte und die Möglichkeiten übergreifender politischer Kooperation noch mehr beschnitt, als sie es heute leider schon sind.

So notwendig darum die politische Auseinandersetzung um die beste Strategie der Friedenssicherung und Kriegsverhinderung ist, sie muß sich stets ihres umfassenderen friedenspolitischen Rahmens bewußt bleiben. Dies hat wenigstens zwei Konsequenzen. *Erstens* mag der Schaden, den Sicherheitspolitik für diese umfassendere kooperative Friedenspolitik anrichtet, nicht ganz vermeidbar sein. Doch er darf nicht über das Unvermeidbare hinausgehen. *Zweitens* ist Sicherheitspolitik nicht identisch mit Friedenspolitik, sondern nur ein Teil von ihr. Man darf darum die Sicherheitspolitik nicht zum Sündenbock der Friedlosigkeit machen. Sie ist Folge tieferliegender Ursachen. Man kann von der Sicherheitspolitik nicht Frieden erwarten und Frieden nicht mit dieser oder jener sicherheitspolitischer Alternative in Aussicht stellen, wie es leider bisweilen zu geschehen scheint. Die kirchliche Lehre weist auf dieses Mehr, das Sicherheitspolitik nicht leisten

kann, hin. Es wird unter dem bereits behandelten Begriff der „Friedensförderung“ thematisiert. Es sind „neue Wege, von einer inneren Wandlung aus beginnend“ (Gaudium et Spes Nr. 81), erforderlich. Und dieser Weg ist — dies wird in den kirchlichen Dokumenten explizit — lang, er verlangt viel Geduld. Beklagt wird nicht, daß er bisher noch zu wenig Erfolg gebracht hat, vielmehr, daß man seine Bedeutsamkeit offensichtlich noch nicht hinreichend erkannt hat — weder in der Politik noch in den Völkern, noch leider auch von den Christen in ihrem Friedensengagement.

Doch auch auf dem engeren sicherheitspolitischen Feld gibt es gegenwärtig konkrete ethische Probleme. Das vielleicht wichtigste soll im folgenden Punkt dargestellt werden. Es zeigt zugleich, wie der Dialog zwischen Kirche und Politik zwar hart, aber dann doch problemlösend verlaufen kann. Es handelt sich um eine Frage, die heute von vielen der gegenwärtigen Abschreckung entgegengebracht wird.

5. Darf man androhen und damit direkt wollen, was man nie tun darf?

Aufgrund des Diskriminationsprinzips ist die direkt intendierte unterschiedslose Vernichtung von Bevölkerungszentren sittlich nie gerechtfertigt. Nun beinhaltet die gegenwärtige Abschreckung aber wenigstens auch die Fähigkeit zu einer solchen Massenvernichtung. Wieweit setzt sie die Entschlossenheit, dies nötigenfalls auch zu tun, heute schon voraus, um glaubwürdig den Krieg zu verhindern? Wenn die Abschreckung um ihrer Glaubwürdigkeit willen den direkten Willen zur Massenvernichtung impliziert, ist sie selbst sittlich verwerflich. Denn der direkte Wille zur Sünde ist selbst Sünde. Darüber besteht kein Zweifel.

Dies hätte in demokratischen Systemen erhebliche Folgen für die Bereitschaft der Öffentlichkeit, die Abschreckung mitzutragen. Daß derlei Probleme in totalitären Systemen nicht öffentlich behandelt werden, ist ein oft geäußelter, doch wenig hilfreicher Hinweis. Denn Demokratien stehen immer unter dem Problem, daß sie im Umgang mit totalitären Staaten nicht alles dürfen, was jene tun.

Im „Friedenshirtenbrief“ der US-amerikanischen Bischöfe wird das Problem der Abschreckung als Wille zu unsittlicher Massenvernichtung deutlich dargestellt: „Drohungen werden ausgesprochen, deren Einlösung selbstmörderisch wäre.“ „Darf der Staat mit dem drohen, was er nie tun darf? Darf er besitzen, was er nie einsetzen darf?“

Die amerikanischen Bischöfe unterscheiden zwischen „use“ (militärischem Einsatz), „threat“ (Drohung, insofern direkte Intention zum Einsatz) und „possession“ (abschreckender Besitz) von Massenvernichtungswaffen. Der militärische Einsatz gegen die Zivilbevölkerung ist sittlich verwerflich — dies ist Lehre der Kirche. Es bleibt die Frage der Abschreckung, und zwar in der doppelten Form von Drohung und Besitz solcher Waffen.

Die amerikanischen Bischöfe hatten sich bereits 1976 und 1979 mit diesem Problem auseinandergesetzt und waren zu dem Schluß gekommen: Der Besitz ist sittlich tolerierbar, da er das kleinere Übel darstellt. Die Drohung aber, Massenvernichtungswaffen counter

city (gegen Bevölkerungszentren) einzusetzen, sei sittlich verwerflich. Dann hätte sich Abschreckung bei gewissen Waffensystemen auf deren Besitz reduziert. Ihre Glaubwürdigkeit wie ihre kriegsverhindernde Wirksamkeit wären davon negativ betroffen gewesen.

Grund für diese Verwerfung waren Darstellungen der US-Strategie, nach denen man bereit sein müsse, auch zivile Ziele zu zerstören. Vor dem 2. Entwurf hatten hohe ehemalige und gegenwärtige Verteidigungspolitiker in zahlreichen Anhörungen der bischöflichen Vorbereitungskommission ihre Position darlegen können. Es kamen neben den beiden ehemaligen Verteidigungsministern H. Brown und J. Schlesinger G. Smith und H. Sonnenfeldt. Die Reagan-Administration war durch C. Weinberger, L. Eagleburger, E. Rostow und E. Rowny vertreten. In einer sich anschließenden Korrespondenz mit dem damaligen Sicherheitsberater W. Clark stellte dieser fest, daß die US-Strategie aus moralischen, politischen und militärischen Gründen nicht die Zivilbevölkerung als solche anvisiert. Clark gab aber zugleich zu bedenken, daß trotzdem im Falle eines auf militärische Ziele begrenzten (counter force) Atomkrieges die Verluste unter der Zivilbevölkerung erheblich sein würden.

Damit war zunächst einmal das Problem, ob Abschreckung mit dem direkten Willen zur Massenvernichtung verbunden ist, geklärt. Es blieb die Frage der Proportionalität in einem Atomkrieg, der sich ausschließlich gegen militärische Ziele richtete. Dies war Gegenstand eines weiteren Briefes, den Sicherheitsberater Clark am 15. Januar 1983 an Kardinal Bernardin, den Vorsitzenden der bischöflichen Vorbereitungskommission, richtete. In diesem Brief heißt es: „Aus moralischen, politischen und militärischen Gründen ist die Zivilbevölkerung der Sowjetunion als solche nicht Teil der amerikanischen Zielplanung. Mit den Worten ‚als solche‘ ist keine bewußte Unklarheit beabsichtigt. Wir gefährden nicht die Existenz der sowjetischen Zivilisation, indem wir sowjetische Städte bedrohen. Vielmehr bedrohen wir das Kriegsführungspotential der Sowjetunion, ihre Streitkräfte und ihre Industriekapazität, die zur Unterstützung der Kriegsführung in Frage kommt. Es wäre unverantwortlich von uns, irgendwelche Äußerungen über unsere Pläne zu machen, aus denen die Sowjets entnehmen könnten, daß es für sie vorteilhaft wäre, ihre dicht besiedelten Gebiete als besonders geschützte Räume zu betrachten, und die Sowjets auf diese Weise zu veranlassen, einen großen Teil ihres Kriegspotentials innerhalb dieser städtischen Sanktuarien unterzubringen.“ Ähnlich heißt es im Jahresbericht von Verteidigungsminister C. Weinberger an den Kongreß vom 1.2.1983: „Die Politik der Reagan-Administration ist, daß solche Waffen unter gar keinen Umständen vorsätzlich zu dem Zweck benutzt werden dürfen, die Zivilbevölkerung zu vernichten.“

Aufgrund dieser Klarstellungen revidierten die amerikanischen Bischöfe ihr Urteil über die Abschreckung. Was das Diskriminationsprinzip angeht, sind sie zufrieden. Was die Proportionalität der zu erwartenden Kollateralschäden bei der Zivilbevölkerung angeht, bestehen Befürchtungen weiter: „Wir haben z.B. erfahren, daß die nuklearstrategische Zielplanung der Vereinigten Staaten (SIOP — Single Integrated Operational Plan) 60 ‚militärische‘ Ziele allein in der Stadt Moskau ausgemacht hat und daß 40 000 ‚militärische‘ Ziele für Kernwaffen in der ganzen Sowjetunion identifiziert worden sind.“ Hier sei das

Beispiel abgebrochen, wenngleich noch viele Fragen berichtenswert blieben — beispielsweise welche Bedeutung der SIOP hinsichtlich der voraussehbaren Kriegsschäden hat. In jedem Fall aber hat dieser Dialog Klärung auch in die öffentliche Perzeption von Abschreckung gebracht — er hat der Öffentlichkeit wie der Politik geholfen.

6. *Schlußbemerkung*

Die kirchliche Friedenslehre ist kein Politikersatz. An die christlichen Laien gerichtet, warnt das Konzil davor, zu glauben, „ihre Seelsorger seien immer in dem Grade kompetent, daß sie in jeder, zuweilen auch schweren Frage, die gerade auftaucht, eine konkrete Lösung schon fertig haben könnten oder die Sendung dazu hätten“ (Gaudium et Spes Nr. 43). Vielmehr werden politische Fragen in den Aufgabenbereich der christlichen Laien gelegt: „Die Laien selbst sollen vielmehr im Licht christlicher Weisheit und unter Berücksichtigung der Lehre des kirchlichen Lehramtes darin ihre eigene Aufgabe wahrnehmen.“ (ebd.)

Kirchliche Friedenslehre will dabei eine Hilfe sein, vor allem um die Komplexität des Friedensproblems zusammenzusehen. So erinnert sie die einen daran, daß es nicht nur die Gefahr des Krieges, sondern auch die „Bedrohung der Freiheit von Nationen und deren Bürgern durch totalitäre Systeme“ (Gerechtigkeit schafft Frieden, S. 49) gibt. Anderen macht sie bewußt, daß Friedenspolitik mehr ist als Sicherheitspolitik und der Ergänzung durch eine Politik der Friedensförderung bedarf. Wieder anderen hilft sie, sicherheitspolitische Entscheidungen nicht nur von einem Aspekt oder Prinzip her zu bewerten.

Die kirchliche Friedenslehre verdeutlicht, daß man auch unter Christen und „Menschen guten Willens“ „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen (kann)“ (Gaudium et Spes Nr. 43). Und sie erinnert mahnend daran, daß „in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“ (ebd.). So könnte sie dazu beihelfen, daß wenigstens im eigenen Bereich gelingt, was in internationaler Politik erforderlich ist: gegenseitiges Ernstnehmen, Bemühen um fachliches Wissen und sachliche Information, Verständnis für den, der zu einer anderen Einschätzung gelangt, damit — ähnlich formulierte es Johannes XXIII. — man sich der Sache des Friedens mit Leidenschaft zuwendet.

Prof. Dr. Ernst Nagel ist der Leiter des Instituts für Theologie und Frieden, Barsbüttel bei Hamburg

Die militärstrategische Konzeption der NATO — Kritik und alternative Modelle

Walter Schilling

1. Einführung

Über viele Jahre hinweg wurde in der Bundesrepublik Deutschland über Probleme der Verteidigung und Strategie eher in kleinen überschaubaren Zirkeln von Experten diskutiert. Dies hat sich grundlegend geändert. Seit Anfang des Jahrzehnts erleben wir eine überaus heftige öffentliche Debatte über die Frage, wie auch zukünftig der Friede gesichert bzw. ein Krieg verhindert werden kann.

Die dabei zum Ausdruck kommende Sorge der Bevölkerung nehmen wir ernst. Es ist im Rahmen der öffentlichen Diskussion eine Fülle von Initiativen bekanntgeworden, die sich mit der Rolle der Nuklearwaffen in der Militärstrategie des Bündnisses, der Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO beschäftigen oder Alternativvorschläge konzeptioneller, struktureller und operativer Art anbieten, z.B. Verzicht auf Nuklearwaffen überhaupt, Verzicht auf die Option des Ersteinsatzes nuklearer Waffen, Raumverteidigung, sogenannte „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“, autonome Abwehr. Debatten über das Verteidigungskonzept und die Militärstrategie sind im westlichen Bündnis nicht neu oder ungewöhnlich. Sie haben stets stattgefunden, wenn wesentliche Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt eingetreten waren und das Bündnis vor der Notwendigkeit stand, die Methoden und Instrumente der Abschreckung und Verteidigung an die veränderten politischen und strategischen Umweltbedingungen anzupassen. Wir sind immer bereit gewesen — und wir werden dies auch in Zukunft sein —, alle Anregungen, Initiativen und Vorschläge, die aus dieser Debatte hervorgehen, sorgfältig zu prüfen und brauchbare Gedanken zu nutzen. Wir orientieren uns dabei allerdings an den politischen und strategischen Realitäten.

Es kennzeichnet jedoch die öffentliche Debatte, daß in zunehmendem Maße falsche Vorstellungen von der Entwicklung der Bedrohung, von der Raum-Zeit-Kräftekonstellation, von den Verteidigungsvorkehrungen des westlichen Bündnisses und von der NATO-Strategie vermittelt werden.

2. Die Strategie der NATO

Die reale NATO-Strategie zielt darauf, zwei Probleme zu lösen: Kriegsverhinderung und Selbstbehauptung. Wesentliche Grundlagen dieser Zielsetzung sind die gewaltige militärische Rüstung der Sowjetunion und die zahlreichen Versuche der sowjetischen Führung, dieses Potential zur Durchsetzung politischer Ziele in vielfältiger Weise zu nutzen. Dabei muß die Anwendung militärischer Macht durch die Sowjetunion allerdings nicht zwangsläufig in der Entfesselung eines Krieges liegen, aber es ist evident, daß die Sowjetunion dort besonders konsequent zu militärischen Mitteln greift, wo das Risiko ihres Einsatzes gering und die Hoffnung auf einen Erfolg des Einsatzes begründet ist.

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Westen die beiden Probleme Kriegsverhinderung und Selbstbehauptung — entsprechend dem wechselnden Charakter der Herausforderung und den wechselnden politischen, militärischen und technologischen Möglichkeiten — mit unterschiedlichen Strategien gelöst, die darauf zielten, den Gegner von einem Angriff abzuhalten. Bei der Verwirklichung dieses Zieles wurde sehr schnell deutlich, daß die westeuropäischen Nationen allein nicht in der Lage waren, den sowjetischen Streitkräften adäquate Streitkräfte entgegenzustellen. Auch die Gründung der NATO bot nur eine partielle Lösung des Problems. Die Atlantische Allianz konnte nicht genügend Streitkräfte aufstellen, um einen massiven und nachhaltigen sowjetischen Angriff mit konventionellen Mitteln allein sicher abwehren zu können.

So war es im westlichen Bündnis von Anfang an unumstritten, daß nukleare Waffen eine wesentliche Rolle spielen mußten — sowohl zur Abschreckung eines Angriffes als auch zur schnellen Beendigung eines Krieges und zur Wiederherstellung des Status quo ante, wenn die Abschreckung versagen sollte.

Zunächst stand die Bedrohung mit einem massiven Einsatz nuklearer Waffen auf der Grundlage des kurze Zeit bestehenden amerikanischen Monopols als Antwort auf eine sowjetische Aggression im Vordergrund des strategischen Konzeptes. Massive Vergeltung, nicht „klassische“ Verteidigung, kennzeichnete dieses Konzept. Auch mit dem Aufbau nuklearstrategischer Kräfte durch die Sowjetunion und der Weiterentwicklung des amerikanischen Potentials in den 50er Jahren blieb die Bedeutung der gegenüber der Sowjetarmee weit unterlegenen konventionellen Kräfte der NATO gering. Diesen Kräften wurde die Funktion eines Stalperdrahtes zugewiesen.

Die weitere Zunahme der sowjetischen militärischen Fähigkeiten, vor allem der Erwerb der Zweitschlagkapazität mit nuklearen Waffen und die damit wachsende Verwundbarkeit der USA führten dazu, dem Gesichtspunkt der Verteidigung mehr Bedeutung einzuräumen. Die USA entwickelten die Strategie der Flexiblen Antwort, die schließlich von der NATO am 12. Dezember 1967 angenommen und am 16. Januar 1968 herausgegeben wurde und heute noch gültig ist.

Das oberste Ziel dieser Strategie ist es, Krieg zu verhindern. Kommt es trotz aller Sicherheitsvorkehrungen zu einem Angriff des Warschauer Paktes gegen die NATO — und dies ist ja die Voraussetzung für einen Krieg — muß natürlich wirksam verteidigt werden können. Anders als die strategischen Konzepte der 40er und 50er Jahre beruht die aktuelle Abschreckungs- und Verteidigungskonzeption der NATO auf zwei Grundprinzipien, der Flexibilität der Antwort und der Angemessenheit der Kräfte. Es war offensichtlich, daß zur Implementierung einer derartigen Strategie wesentlich differenziertere politische und militärische Instrumente der Krisen- und Konfliktbeendigung notwendig waren, als wir dies bis dahin kannten.

Einerseits mußten nunmehr ausreichende Kräfte verfügbar sein, einen Angriff des Warschauer Paktes mit konventionellen Kräften abzuwehren. Andererseits mußte die NATO über ein umfassendes Spektrum begrenzter, militärisch wirksamer, politisch signifikanter

und kontrollierbarer Nuklearkoptionen verfügen, um trotz militärischer Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa einen Konflikt schnell beenden zu können. Dabei kam es nicht darauf an, diese Waffen in der gleichen Anzahl zur Verfügung zu haben wie der Warschauer Pakt. Zur Implementierbarkeit der Strategie genügt es der NATO, entsprechende Optionen zu haben und auswählen zu können. Und schließlich erforderte die Strategie auch nukleare Waffen als Mittel der Abschreckung eines umfassenden Nukleargriffes seitens der Sowjetunion. Entscheidend war und ist also die Fähigkeit des westlichen Bündnisses, jeder Aggression flexibel begegnen zu können, d. h. in *der* Weise und mit *den* Mitteln, die geeignet sind, einen Erfolg des Angreifers zu verhindern.

Dem hierfür vorgesehenen strukturell und konzeptionell eng verbundenen Potential an konventionellen Streitkräften, nuklearen Kurz- und Mittelstreckenwaffen und interkontinentalstrategischen Nuklearkwaffen mußte das politische Bewertungs-, Abstimmungs- und Entscheidungsinstrumentarium entsprechen, das eine angemessene Beteiligung der Bündnispartner am politischen Entscheidungsprozeß sicherte. Diese anspruchsvollen politischen und militärischen Voraussetzungen für die Wirksamkeit der NATO-Strategie zu schaffen bestimmen die Bemühungen der Allianz seit 1967.

Das genannte Instrumentarium erlaubt der NATO drei grundlegende Möglichkeiten der Reaktion: Direktverteidigung, Vorbedachte Eskalation und Allgemeine nukleare Reaktion. Diese Reaktionsarten der NATO stellen keine Stufenfolge dar. Es gibt in diesem Zusammenhang auch keine Automatik des Vorgehens, keine Prioritätenliste oder zeitliche Abfolge. Es liegt im Wesen der NATO-Strategie, daß die Reaktion des Bündnisses für den Angreifer unkalkulierbar ist.

Die Strategie zielt allerdings darauf, einen der NATO aufgezwungenen militärischen Konflikt auf eine möglichst niedrige Ebene der Gewaltanwendung einzugrenzen und so schnell wie möglich — unter Wahrung der Interessen aller Bündnispartner sowie der Wiederherstellung der Integrität und Sicherheit des NATO-Vertragsgebietes — zu beenden. Auch bei einem Einsatz nuklearer Waffen als Reaktion auf einen Angriff des Warschauer Paktes sieht die NATO-Strategie nicht vor, einen Nuklearkrieg zu führen. Im Rahmen der Vorbedachten Eskalation ist die enge Begrenzung und *politische* Kontrolle des Einsatzes nuklearer Waffen darauf zugeschnitten, den Aggressor zur unverzüglichen Einstellung seines Angriffes zu veranlassen. Daraus wird die *primär politische Funktion der Nuklearkwaffen* deutlich. Uns ist bewußt, daß die Kontrollierbarkeit des Einsatzes nuklearer Waffen ein Problem darstellt, aber die Erfahrung mit dem Risikoverhalten der Sowjetunion, die Möglichkeiten der Waffentechnik und die sorgfältig überdachten Einsatzverfahren für nukleare Waffen berechtigen zu der Erwartung, daß das Ziel der Kriegsbeendigung schnell erreicht werden kann.

Uns ist ebenso bewußt, daß die Wurzel der Abschreckung in dem Element enormer Zerstörung liegt, die vor allem mit Nuklearkwaffen herbeigeführt werden kann. Ihre entscheidende Rolle liegt jedoch nicht in ihrem Einsatz. In der politischen Wirklichkeit ist die aktuelle NATO-Strategie defensiv, weil sie sich an den Prinzipien der Hinlänglichkeit und

Proportionalität der Streitkräfte orientiert und weil wir durch sie bewirken, einen möglichen *Gegner von einem Angriff auf uns abzuhalten* und so Krieg zu verhindern. Das französische Wort „Dissuasion“ drückt den Gedanken am besten aus, welcher der NATO-Strategie zugrunde liegt: Sie ist ein Mittel, mit dem eine Staatengruppe einen Gegner von feindlichen, vor allem kriegesischen Handlungen abhält oder abrät, indem sie ihn davon überzeugt, daß die *Kosten und Risiken*, welche die möglichen Gegenaktionen mit sich bringen würden, *untragbar wären* und in keinem annehmbaren Verhältnis zum erhofften Gewinn stünden. Diese Strategie setzt darauf, das Vernunftkalkül des Gegners zu nutzen. Die Erfahrung zeigt, daß wir es mit einem rational abwägenden und handelnden Gegner zu tun haben. Wenn die Sowjetunion — wie bisher — dank unserer Verteidigungsfähigkeit und -strategie und unserer Bereitschaft, dieses Instrumentarium anzuwenden, erkennt, daß ein Angriff sinnlos ist, wird auch künftig die Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen NATO und Warschauer Pakt außerordentlich gering bleiben. Diese *Unwahrscheinlichkeit eines Krieges* zwischen NATO und Warschauer Pakt hat eine *moralische Qualität*, die von seriösen Kritikern der NATO-Strategie anerkannt wird.

3. *Entwicklung der politisch-strategischen Situation seit 1967*

Gewiß hat sich die politisch-strategische Situation seit 1967 deutlich geändert: Die sowjetischen Fähigkeiten im Bereich der konventionellen Streitkräfte nahmen erheblich zu; die Sowjetunion erlangte in Bereichen Überlegenheit, in denen früher die NATO-Staaten dominierten, nämlich bei den nuklearen Kurz- und Mittelstreckenwaffen, und auf dem Gebiet der interkontinentalstrategischen Nuklearwaffen entwickelte sich ein dynamisches Gleichgewicht. Die NATO hat darauf reagiert. Es gab und gibt keinen Immobilismus im strategischen Denken der NATO. Eine Neuformulierung der NATO-Strategie (MC 14/3) war dennoch nicht notwendig. Die Dynamik der NATO-Strategie findet ihren Ausdruck in Gewichtsverschiebungen hinsichtlich der Ausfüllung mit neuen Waffensystemen und in der Anpassung des militärischen Potentials an veränderte strategische Bedingungen.

Fünf wesentliche Bereiche sind dabei besonders beachtenswert:

Erstens — eine deutliche Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO mit dem Ziel, die derzeitige Abhängigkeit der Allianz von einem möglicherweise frühzeitigen — wenn auch eng begrenzten — Einsatz nuklearer Waffen zu verringern.

Zweitens — eine drastische einseitige Reduzierung der Nuklearwaffenbestände der NATO (Abzug von 2 400 Gefechtsköpfen, d.h. eine Reduzierung um ein Drittel).

Drittens — eine deutliche Schwerpunktverlagerung bei den verbleibenden Nuklearwaffen der NATO, nämlich eine Abkehr von Gefechtsfeldwaffen und eine Betonung von Systemen größerer Reichweite, in der sich die Weiterentwicklung der *politischen* Rolle der NATO-Nuklearwaffen und die Einbeziehung der Sowjetunion in die Risikoteilung ausdrückt.

Viertens — eine partielle Denuklearisierung des militärischen Arsenal der NATO (Abzug ADM und NIKE).

Fünftes — eine Verbesserung der Einsatzverfahren für nukleare Waffen (Kontrollierbarkeit!).

Die Tendenz der Entwicklung der aktuellen NATO-Strategie ist eindeutig: Partielle Denuklearisierung, Konventionalisierung, Betonung der defensiven Fähigkeiten des Bündnisses stehen im Vordergrund. Diese Tendenz drückt sich auch in der Forderung nach einer Erweiterung der NATO-Luftverteidigung und in der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten aus. Eine durch SDI veranlaßte Neuformulierung der Bündnisstrategie steht derzeit jedoch nicht zur Debatte.

Die Bündnisstrategie hat die Möglichkeiten zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung nicht zugeschnitten oder unwahrscheinlicher gemacht. Bedeutende Verträge (z.B. SALT, ABM u. a.) und zahlreiche Vorschläge der NATO-Staaten, ja sogar signifikante einseitige Reduzierungen belegen dies.

Im Hinblick auf die Wirksamkeit der NATO-Strategie bleibt die von der Sowjetunion wahrgenommene Fähigkeit der Allianz entscheidend, die sowjetischen Optionen konterkarieren und das Risikobewußtsein der sowjetischen Entscheidungsträger beeinflussen zu können. Die Sowjetunion hat immer wieder nach Möglichkeiten gesucht, das NATO-Konzept auszuhebeln, um die Wirksamkeit der sowjetischen Streitkräfte als Instrument der politischen Machterweiterung sicherzustellen. Stalins Entscheidung zum Bau von Interkontinentalraketen, Breschnews Entscheidung zur Entwicklung und Dislozierung der SS-20 und anderer nuklearer Systeme sowie die gleichzeitigen sowjetischen Anstrengungen im Bereich der strategischen Offensivwaffen und der strategischen Verteidigung während der letzten 15 Jahre sprechen in diesem Zusammenhang eine beredete Sprache.

Wir müssen der Sowjetunion dagegen immer zeigen, daß das Problem eines erfolversprechenden Angriffes auf die NATO unlösbar bleibt. Das Fazit der sowjetischen Entscheidungsträger muß immer sein: Ein Krieg ist sinnlos, weil der mögliche Schaden untragbar wäre und die Ziele nicht erreicht werden können. Solange die NATO dies sicherstellt, wird es keinen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt geben. Und in diesem Fall bleiben die sowjetischen Streitkräfte auch als Mittel der politischen Pression gegenüber den NATO-Staaten untauglich.

4. Aktuelle „Strategiediskussion“

Die Allianz sieht sich gleichwohl einer Flut sicherheitspolitischer Argumente und Vorschläge gegenüber, die ebenso verkürzend wie irreführend mit dem Begriff „Strategiediskussion“ bezeichnet wird.

Die öffentliche Diskussion nährt sich vor allem aus den individuellen Beiträgen von Fachleuten und Laien, aber auch aus Manifesten und Publikationen größerer Gruppen und Be-

wegungen. Hierzu zählen aber auch Beiträge von Instituten oder Persönlichkeiten, die der US-Administration nahestehen, ihr früher angehört haben oder ihr jetzt noch angehören.

Auf den ersten Blick erscheinen die Alternativvorschläge, welche derzeit die öffentliche Diskussion bestimmen, verwirrend und vielfältig. Im Kern sind es zwei Komplexe, die Ausgangspunkt und zugleich Ziel der meisten Vorschläge sind: der Stellenwert und die Rolle der Nuklearwaffen sowie die Bedeutung und Art der konventionellen Verteidigung. Daneben gibt es noch als Besonderheit die eigenständige radikale Vorstellung einer Verteidigung mit nichtmilitärischen Mitteln.

4.1. Funktion der Nuklearwaffen

Die Allianz ist seit Jahren darum bemüht, militärisches Gleichgewicht auf einer möglichst niedrigen Ebene herzustellen. Dabei steht eine beiderseitige, ausgewogene und überprüfbare Verringerung nuklearer Waffen als Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen im Vordergrund.

Hier setzt der erste Alternativvorschlag an:

Vielen sind die Rüstungskontrollverhandlungen nicht umfassend, ist der Verhandlungsgang nicht zügig, sind die Ergebnisse nicht durchgreifend genug. Sie fordern eine umfassende einseitige Abrüstung des Westens auf dem Gebiet der Nuklearwaffen.

Für die Sicherheit des Westens ist diese Forderung gefährlich. Der Westen hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Vorleistungen erbracht — sie alle sind vom Warschauer Pakt nicht honoriert worden.

Eine umfassende einseitige Abrüstung der Nuklearwaffen des Westens würde das Ungleichgewicht weiter zugunsten des Warschauer Paktes verändern. Eine Politik der Einschüchterung und der Erpressung wäre dann möglich und — besonders gegenüber Westeuropa — wahrscheinlich. Umfassende einseitige Abrüstung mit der Folge noch größerer Disparität ist deshalb abzulehnen.

Die Forderung nach umfassender einseitiger Abrüstung ist in ihrer letzten Konsequenz die Aufforderung zur Selbstaufgabe. Dies gilt selbst dann, wenn es der NATO gelingen sollte, vor der Abschaffung der eigenen Nuklearwaffen bei den konventionellen Streitkräften ein annäherndes Gleichgewicht zu erreichen: Die gegnerischen Nuklearwaffen blieben das Damokles-Schwert über den Köpfen der Verteidiger. Nichts könnte den Angreifer daran hindern, sie zu gebrauchen.

Ein zweiter Vorschlag ist auch heute noch aktuell, nämlich die Forderung nach einem generellen Einfrieren der Nuklearwaffen auf dem derzeitigen Stand.

Die negativen Folgen einer solchen Vereinbarung für den Westen sind jedoch unübersehbar: Die bestehenden Ungleichgewichte — aus der Sicht der NATO besonders bedrohlich im Bereich der Mittelstreckenwaffen — und daraus resultierende Instabilitäten würden

festgeschrieben. Die Allianz würde nicht mehr über die qualitative Abstufung bei ihren Nuklearwaffen verfügen, die notwendig ist, um auf allen Ebenen flexibel und angemessen reagieren zu können.

Eine Voraussetzung für das Einfrieren des Nuklearwaffenbestandes wäre die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Supermächten. Nur wenn diese entscheidende Voraussetzung — gekoppelt mit der Möglichkeit wirksamer Verifizierung der Vereinbarungen — erfüllt ist, hat die Forderung nach dem Einfrieren des Nuklearwaffenbestandes einen Sinn.

Eine dritte, in erster Linie europäische Variante zur Verringerung der Abhängigkeit von Nuklearwaffen ist der Vorschlag, atomwaffenfreie Zonen zu vereinbaren. Ein Abzug von Nuklearwaffen aus bestimmten Zonen ist denkbar, nicht jedoch die Befreiung von der Bedrohung dieser Zonen durch Nuklearwaffen. Denn für die nukleare Bedrohung eines Gebietes ist nicht ausschlaggebend, ob dort Nuklearwaffen stationiert sind, sondern ob auf dieses Gebiet Nuklearwaffen gerichtet sind oder ob dieses Gebiet von Nuklearwaffen erreicht werden kann.

Angesichts der Reichweiten und Mobilität nuklearer Waffen wird die Bedeutung von atomwaffenfreien Zonen daher grundsätzlich relativiert. Absprachen, die lediglich auf ein Auseinanderrücken von Nuklearpotentialen abzielen, verändern objektiv nicht die Sicherheitslage der betroffenen Gebiete. Sie können lediglich die Illusion größerer Sicherheit schaffen.

Die militärstrategische Konzeption der NATO gewährleistet Sicherheit gleichermaßen für Nuklearwaffenstaaten und Nicht-Nuklearwaffenstaaten des Bündnisses. Die Glaubwürdigkeit dieser Strategie hängt von der Bereitschaft aller Bündnispartner ab, die mit ihrer Verwirklichung verbundenen politischen und militärischen Risiken und Lasten solidarisch zu tragen. Atomwaffenfreie Zonen in Europa sind hiermit nicht vereinbar.

Ein vierter, sehr aktueller Alternativvorschlag ist die Forderung nach einem Verzicht auf die Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen. Hierzu ist festzustellen: Geostrategische Lage und konventionelle Unterlegenheit erfordern, daß die NATO über die Option zur nuklearen Eskalation verfügt. Aus militärstrategischer Sicht kann unsere Sicherheit nur gewährleistet werden, wenn der *politisch kontrollierte* Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die Allianz auch gegen rein konventionell geführte großangelegte Aggressionen nicht ausgeschlossen wird.

Eine Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie, die sich zwar auf Nuklearwaffen stützt, ihren Einsatz aber letztlich ausschließt, könnte ihre kriegsverhindernde Funktion nicht erfüllen.

Ein erklärter Verzicht auf die Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen ist daher kein Weg zu mehr Sicherheit für uns.

4.2. Funktion der konventionellen Streitkräfte

Der zweite große Komplex alternativer Überlegungen umfaßt die Kritik an der konven-

tionellen Komponente der Strategie. Verschiedentlich ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag gemacht worden, die Vorverteidigung durch eine Raumverteidigung zu ersetzen.

Die Vorverteidigung ist für die Bundesrepublik Deutschland ein Eckstein der Bündnisstrategie. Der Bundesrepublik Deutschland mangelt es an der geostrategischen Tiefe; sie hat keinen Raum, den sie ohne Substanzverlust aufgeben kann. Die Rahmenbedingungen, Voraussetzungen und Grundlinien der Raumverteidigung stehen in wesentlichen Teilen im Gegensatz zu den sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und den militärstrategischen Prinzipien der Flexiblen Reaktion, nämlich: Vorverteidigung, schnelle Konfliktbeendigung und Schadensbegrenzung. Das ist ihre entscheidende Schwäche.

Sie ist daher auch für die 90er Jahre keine annehmbare Alternative zur Vorverteidigung. In Verbindung mit Alternativvorschlägen zur Verteidigung mit konventionellen Mitteln wird von einigen Kritikern eine rein „defensive“ Bewaffnung gefordert. Dabei wird verkannt, daß es oft schwierig — meist sogar unmöglich — ist, Waffen eindeutig in „defensive“ und „offensive“ Kategorien einzuteilen. Ob eine Waffe offensiv oder defensiv ist, entscheidet weniger ihre Technik und Wirkung als vielmehr die Absicht, mit der sie eingesetzt wird.

Die numerische Überlegenheit der Warschauer Pakt-Streitkräfte und ihr Vorteil, bei einer Aggression Raum, Zeit und Schwerpunkt des Angriffes bestimmen zu können, müssen durch eine bewegliche Operationsführung des Verteidigers ausgeglichen werden. Die Verbände der NATO müssen in der Lage sein, auch unter feindlicher Waffenwirkung Gelände auszunutzen und rasche Bewegungen auszuführen, um neue Schwerpunkte zu bilden und verlorengegangenen Raum wiederzugewinnen.

4.3. Soziale Verteidigung

Eine radikale Alternative zur militärischen Verteidigung ist die „Soziale Verteidigung“. Sie setzt den Verzicht auf den Einsatz militärischer Mittel voraus und nimmt die Besetzung des eigenen Territoriums durch einen Aggressor hin. Ihr „Kampf“ beginnt mit der Besetzung und reicht von gewaltfreien Aktionen wie Gewissensappelle, Arbeitsverweigerung und Streik bis hin zu Sabotageakten gegen die Besatzungsmacht. Dieser Kampf soll von der gesamten Bevölkerung geführt werden.

Diese Skizze macht deutlich, daß die „Soziale Verteidigung“ von einer anderen Gesellschaftsform ausgeht. Sie fordert eine Indoktrination der Gesellschaft, die mit unserer demokratischen Grundordnung kaum zu vereinbaren ist. Sie hätte dennoch keine Chance gegen einen Aggressor, der entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen, und der die Machtinstrumente dazu hat.

5. Schlußbemerkung

Die Zuverlässigkeit der aktuellen NATO-Strategie ist erwiesen; ihre Erfolgsbilanz kann man nicht dem historischen Zufall zuschreiben. Derzeit gibt es keine bessere Alternative, um die Sowjetunion von einem Angriff abzuhalten.

Die meisten der bisher vorgelegten alternativen Konzepte zur Verteidigung würden dagegen — im Falle ihrer Einführung — den Anreiz für eine militärische Aggression verstärken und die Kriegswahrscheinlichkeit erhöhen bzw. Unterwerfung zur Folge haben.

Die NATO-Strategie orientiert sich demgegenüber an der Wirklichkeit. Schon von daher ist die Dynamik der aktuellen Strategie, ihre Anpassungs- und Innovationsfähigkeit zu verstehen. Sie konnte bisher verbürgen, daß die Allianz zur Selbstbehauptung fähig blieb und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt äußerst gering ist. In dieser Hinsicht bietet unsere Defensivstrategie zwar keine Garantie für Erfolg; die alternativen Konzepte der Kritiker unserer Strategie (wie z.B. Raumverteidigung, Autonome Abwehr u. a.) sind dagegen eine Garantie für den Mißerfolg.

Oberst i.G. Walter Schilling, Führungsakademie der BW

SDI — Fakten und Bewertungen¹⁾

A Einführung in das Thema

1. Wie kam es zum SDI-Forschungsprogramm?

Das Thema Raketenabwehr ist nicht neu. Es war bereits in den sechziger Jahren ein wichtiger Aspekt der strategischen Planungen der beiden Supermächte. Wegen mangelnder technologischer Voraussetzungen haben sich beide Weltmächte im Jahre 1972 im ABM-Vertrag und SALT-I-Abkommen darauf geeinigt, auf den Aufbau eines landesweiten Raketenabwehrsystems zu verzichten, und statt dessen das Prinzip der nuklearstrategischen Parität bei den Offensivwaffen als Grundlage der Sicherheit im Ost-West-Verhältnis anerkannt. Beide Vereinbarungen prägen bis heute die gültige Grundstruktur der nuklearen Abschreckung.

Gegenwärtig verfügt nur die Sowjetunion über ein einsatzbereites Raketenabwehrsystem zum Schutz Moskaus. Sie begann mit dem Aufbau dieses Systems bereits am Anfang der sechziger Jahre — noch bevor die USA ein vergleichbares Abwehrsystem entwickelt hatten. Zur Begründung der sowjetischen Raketenabwehrrüstung erklärte der sowjetische Ministerpräsident Kossygin im Jahre 1967: „Ich glaube, Verteidigungssysteme, die einen Angriff abwenden sollen, bilden keine Ursache des Wettrüstens, sie stellen vielmehr einen Faktor dar, der die Vernichtung von Menschen verhindert. . . Vielleicht ist ein Raketenabwehrsystem kostspieliger, aber es ist nicht zum Menschenmord, sondern zur Erhaltung der Menschenleben bestimmt.“²⁾

Sechzehn Jahre später begründete der amerikanische Präsident Reagan mit sehr ähnlichen Überlegungen seine strategische Verteidigungsinitiative. Am 23. März 1983 stellt er in einer Fernsehansprache die Frage, ob es nicht besser sei, „Menschenleben zu retten, als sie zu rächen?“ Und er fuhr fort: „Wie wäre es, wenn freie Menschen sicher leben können in dem Wissen, daß ihre Sicherheit nicht auf der amerikanischen Drohung einer sofortigen Vergeltung beruht, um vor einem sowjetischen Angriff abzuschrecken; daß wir sowjetische Raketen abfangen und vernichten können, bevor sie unseren Boden oder den unserer Verbündeten erreichen?“

Die Strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten ist durch mehrere Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre, insbesondere auf militärstrategischem, rüstungskontrollpolitischem und technologischem Gebiet ausgelöst worden:

Erstens: Forschungen der Supermächte auf dem Gebiet der Abwehr von ballistischen Raketen.

1) Aufgrund dieser vom BMVG erstellten Ausarbeitung, die im Juni 1986 veröffentlicht wurde, trug Oberstleutnant i.G. Christian Ullmann vor.

2) s. Europa-Archiv, Folge 6/67, Seite D 137

Während die USA der Raketenabwehr seit 1972 weniger Aufmerksamkeit schenkten und ein bereits vorhandenes ABM-System wieder abbauten, investierte die Sowjetunion erhebliche Mittel in die Weiterentwicklung der Luftverteidigung und Raketenabwehr. Nachweisbar sind:

- Der Ausbau des ABM-Systems rund um Moskau durch verbesserte Abwehrraketen und Radaranlagen;
- der Aufbau eines flächendeckenden Luftverteidigungssystems mit ABM-Fähigkeiten. Eine neue Qualität entstand durch die Einbeziehung modernster Abfangraketen (SA-10 und SA-X-12) und Großradaranlagen (Krasnojarsk). Beide Maßnahmen verstoßen nach amerikanischer Auffassung gegen die Bestimmungen des ABM-Vertrages;
- intensive Programme zur Erforschung von Laserwaffen, Teilchenstrahlwaffen und hochenergetischer Mikrowellen. Als Versuchssysteme wurden Laser- und Teilchenstrahlwaffen bereits gebaut;
- Der Aufbau eines einsatzbereiten Antisatelliten-Systems.

Aufgrund amerikanischer Erkenntnisse und sowjetischer Veröffentlichungen ist davon auszugehen, daß die Sowjetunion inzwischen einen technologischen Stand erreicht hat, der es ihr ermöglicht, in rund 10 bis 15 Jahren ein wirksames Raketenabwehrsystem auf der Basis bodengestützter Waffen aufzubauen.

Die USA führten u. a. folgende Forschungs- und Testprogramme durch:

- die militärische Nutzung von Satelliten für Aufklärung, Nachrichtenübermittlung und Navigation;
- die Entwicklung von Schlüsseltechnologien für Laserwaffensysteme (u. a. chemischer Laser, Techniken zur Zielerfassung und Zielverfolgung, Techniken zur Bündelung und Lenkung von Laser, Test neuartiger Lasertypen);
- den Test von Antisatellitenwaffen (z. B. Einsatz von Raketen durch F-15-Jagdflugzeuge gegen Satelliten);
- den Test der Raketenabwehrfähigkeit (erster erfolgreicher Abschuß einer „Minuteman-Rakete“ außerhalb der Atmosphäre am 10. Juni 1984).

Zweitens. Nicht zufriedenstellende Erfolge der Rüstungskontrollpolitik der siebziger Jahre.

Trotz verstärkter Bemühungen um Rüstungskontrolle gelang es den USA und der Sowjetunion nicht, die strategische Rüstung zu begrenzen. Im Gegenteil: In den Jahren 1970 bis 1986 stieg die Zahl der Strategischen Sprengköpfe beider Seiten von zusammen 7654 auf 20673. Dabei legte die Sowjetunion den Schwerpunkt ihrer strategischen Rüstung auf die zielgenauen landgestützten ICBM³⁾. Dieses Potential gefährdet die zahlenmäßig geringe-

3) ICBM: Intercontinental Ballistic Missiles = Interkontinentale ballistische Raketen

ren, landgestützten amerikanischen ICBM in erheblichem Maße. Daraus erwächst die amerikanische Sorge, daß ihr landgestütztes Potential verwundbar geworden und eine destabilisierende Entwicklung in der strategischen Balance eingetreten ist.

Drittens. Wachsende Zweifel am bestehenden Abschreckungssystem.

In der westlichen Öffentlichkeit wird seit Jahren zunehmend Kritik an der Legitimität einer Strategie geäußert, die sich auf die gegenseitige Vernichtungsdrohung stützt. Hinzu kommt, daß die Glaubwürdigkeit des amerikanischen nuklearen Schutzes durch die nuklearstrategische Parität der Supermächte gemindert worden ist. Dies erhöht die Bedeutung konventioneller Verteidigung.

Die Sowjetunion hat ihre eigene Sicherheit und strategische Rüstung niemals am Konzept der gegenseitig gesicherten Zerstörungsfähigkeit orientiert. Sie hat zwar das gegenwärtige Abschreckungssystem auf der Grundlage von nuklearen Offensivwaffen hingenommen, aber ihr strategisches Denken stets darauf gerichtet, Vorteile im militärischen Kräfteverhältnis durch effektive Fähigkeiten erfolgreicher Verteidigung und Kriegführung zu erlangen. Darauf stützt sie die Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckungsfähigkeit. Dazu gehören starke nukleare Offensivpotentiale und Defensivsysteme. Die sowjetische Rüstung hat sich daher auch nicht an westlichen Stabilitätskriterien orientiert.

Viertens. Neue technologische Möglichkeiten.

Der technologische Fortschritt hat zu neuen Erkenntnissen geführt. Die Ergebnisse der Forschung in der Sensoren-, Computer-, Antriebs- und Kommunikationstechnologie eröffnen neue Perspektiven für einen Aufbau von wirksamen Raketenabwehrsystemen.

SDI ist derzeit ein reines Forschungsprogramm. Es untersucht die Möglichkeiten für eine Neuorientierung der Bedingungen unserer Sicherheit. Militärische Sicherheit und der Frieden zwischen West und Ost sollen sich künftig mehr auf Defensiv- als auf Offensivsysteme stützen. SDI dient dem unverändert gültigen Ziel der westlichen Allianz, Frieden und Freiheit durch gesicherte Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu bewahren und auf dieser Grundlage einvernehmlich zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung mit der Sowjetunion zu gelangen.

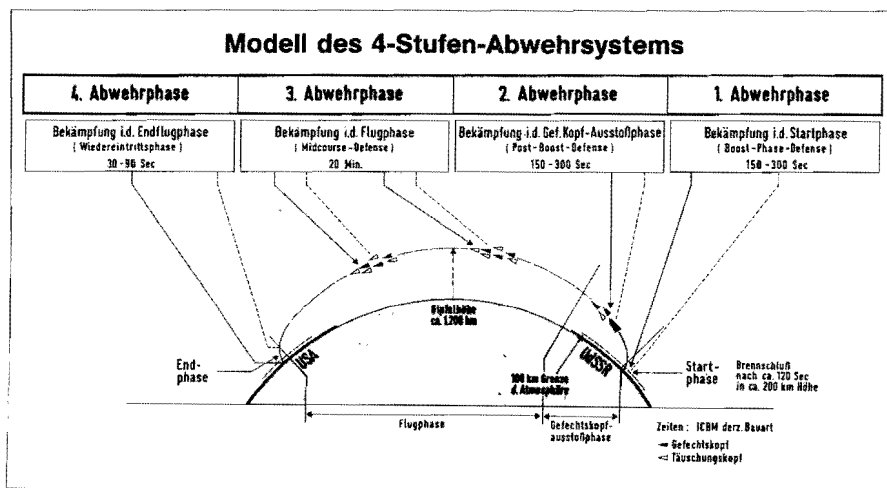
2. Was ist SDI?

Die „Strategic Defense Initiative“ ist die politische Willenserklärung des US-Präsidenten, durch ein umfassendes und langfristiges Forschungsprogramm unter Einhaltung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen die Frage beantworten zu lassen, ob ein nicht-nukleares Abwehrsystem gegen ballistische Raketen möglich ist. Das Programm wurde noch im Jahr 1983 durch Studien auf seine grundsätzliche sicherheitspolitische und technische Realisierbarkeit geprüft. Daraufhin leitete der amerikanische Präsident am 6. Januar 1984 mit der Unterzeichnung der Presidential Directive Nr. 119 das eigentliche, zunächst fünfjährige SDI-Forschungsprogramm ein. Im Vordergrund der Untersuchungen stehen neben der technischen Realisierbarkeit Fragen der Zuverlässigkeit, Überlebensfähigkeit und Ko-

steneffektivität. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann und soll über die Anwendung der SDI-Forschungsergebnisse entschieden werden. Die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen ist frühestens Anfang der neunziger Jahre und Beginn der Stationierung spätestens Ende der neunziger Jahre zu erwarten.

Bereits heute zeichnen sich mögliche Strukturen eines strategischen Defensivsystems ab: Die Raketen bewegen sich auf einer ballistischen Flugbahn, die in vier Phasen aufgeteilt werden kann. Deren unterschiedliche physikalische Gegebenheiten bieten sich an für eine gestaffelte Bekämpfung, die in aufeinanderfolgenden Phasen die jeweils noch übrigbleibenden Ziele ausschalten soll (siehe Graphik).

- In der Antriebsphase (Boost Phase) beschleunigt die Rakete heutiger Bauart innerhalb von 150 bis 300 Sekunden bis zu einer Höhe von 200 bis 400 km. Der heiße Abgasstrahl der Motoren läßt sich gut für die Zielerkennung nutzen. Außerdem befinden sich die Mehrfachgefechtsköpfe und die Täuschkörper noch in der Raketenhülle; eine besonders wirkungsvolle Bekämpfung ist möglich, weil mit der Rakete auch alle Gefechtsköpfe zerstört werden können.
- In der anschließenden Ausstoßphase (Post-Boost-Phase) werden die nuklearen Sprengköpfe sowie die Täuschkörper freigesetzt. Damit erhöht sich die Anzahl der zu bekämpfenden Ziele. Dieser Vorgang dauert ca. 150 bis 300 Sekunden. Der Ausstoß kann durch geeignete Sensoren erfaßt werden.
- Die freigesetzten Objekte legen nun den größten Teil des Fluges in der ca. 20minütigen Freiflugphase (Midcourse Phase) zurück. Allerdings sind die Gefechtsköpfe von den Täuschkörpern schwer zu unterscheiden.

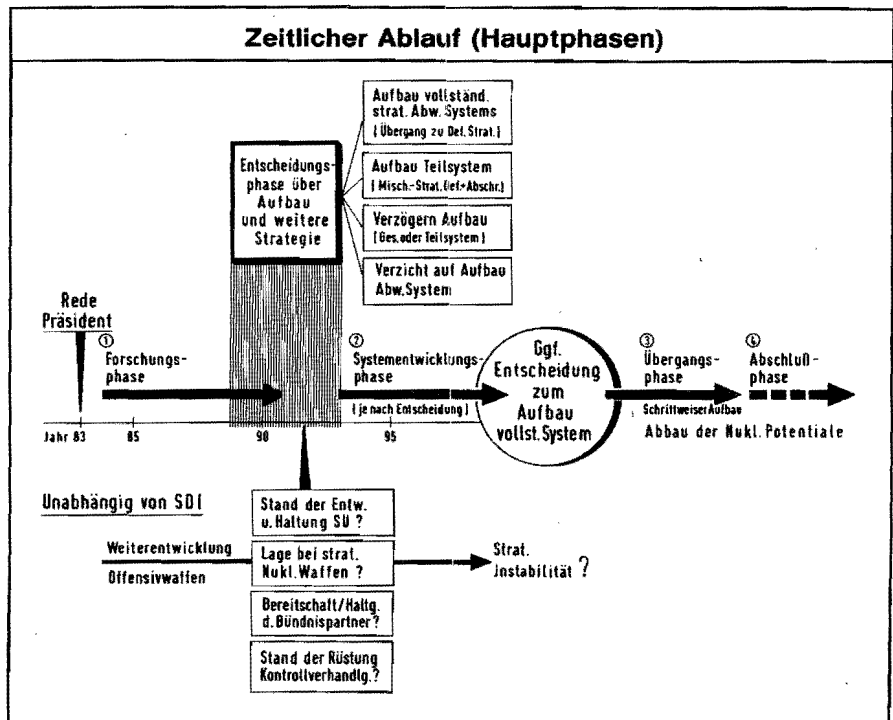


— An deren Ende erfolgt der Wiedereintritt in die Atmosphäre. Dabei verglühen die At-trappen. Diese Endanflugphase (Termina Phase) dauert 30 bis 90 Sekunden.
Aus den in den Bekämpfungsphasen zu leistenden Aufgaben ergeben sich für das SDI-Forschungsprogramm folgende technologische Teilbereiche:

- *Sensoren* für Beobachtung, Zielerkennung, -verfolgung und Kontrolle der Waffenwirkung;
- *Waffen*
 - Strahlenwaffen (Laser, Teilchenstrahlwaffen),
 - Kinetische Waffen (konventionelle Raketen, elektromagnetische Kanonen);
- *Systemkonzepte* und *Gefechtsmanagement*.

Die gegenwärtige Planung sieht für das Forschungsprogramm rund 40 Mrd. \$ bis zum Jahr 1991 vor. Das entspricht einem Anteil von 1 bis 2,5 Prozent des jährlichen US-Verteidigungshaushalts.

Am Ende dieses Zeitraums soll dann die politische Entscheidung getroffen werden, ob die Entwicklung von Systemen/Teilsystemen begonnen werden soll (siehe Graphik).



SDI-Haushalt

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Betrag (Mrd. US-\$)	1,4	2,75	4,4	6,4	7,8	9,3	10,7
jährliche Steigerung (in %)	—	50	60	46	22	20	15
Anteil am Verteidigungs- haushalt (in %)	0,5	1	1,4	1,9	2,1	2,4	2,5

B Sicherheitspolitische Bedeutung von SDI

1. Bedrohung

Die amerikanischen SDI-Forschungsaktivitäten gewinnen ihre Bedeutung vor dem Hintergrund der militärischen Entwicklung in der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten.

Das im Februar 1986 verabschiedete 3. Parteiprogramm der KPdSU betont zwar von neuem die Notwendigkeit „friedlicher Koexistenz“ zwischen den Systemen unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, da es in globalen Konflikten weder Sieger noch Besiegte, sondern nur allgemeine Zerstörung geben wird. Dennoch ist der Krieg — auch ein Nuklearkrieg — für die sowjetische Führung ein Mittel der Politik; die Militärdoktrin und ihre Struktur der Streitkräfte machen dies deutlich. Allerdings zieht sie den „Sieg ohne Krieg“ vor. Insbesondere will die sowjetische Führung den „Nuklearkrieg“ mit den Vereinigten Staaten vermeiden. Wenn es jedoch zu einem Krieg kommen sollte, muß er offensiv geführt und gewonnen werden. Der militärische Sieg bestimmt die militärstrategischen Zielsetzungen der Sowjetunion.

Die militärstrategische Konzeption der Sowjetunion hat sich ohne Brüche entwickelt. Seit langem und kontinuierlich hat die Sowjetunion konventionelle Optionen gegenüber der NATO in Europa geschaffen und ausgebaut, ohne daß es zum Abbau nuklearer Optionen gekommen ist. Die Sowjetunion hat zielstrebig ihre Offensivfähigkeit verbessert und ihre eigene Verwundbarkeit reduziert.

Beim Schutz ihres eigenen Territoriums spielt die „Heimatluftverteidigung“ traditionell eine wichtige Rolle. Unter Nutzung der jeweils verfügbaren Technologie hat sich die Sowjetunion gegen die „Bedrohung aus der Luft“ geschützt — erst gegen Flugzeuge, heute gegen Flugzeuge und Flugkörper.

Die Sowjetunion ist der einzige Staat der Welt, der über ein wirksames Raketenabwehrsystem verfügt. Es mehren sich die Anzeichen, daß die Sowjetunion dieses im ABM-Vertrag erlaubte System um Moskau qualitativ und quantitativ ausbaut. Mit neuen Radaranlagen und modernen Raketenabwehrraketen schafft sich die Sowjetunion die Möglichkeit, die Verteidigung gegen ballistische und nicht-ballistische Flugkörper zu erweitern und damit

die eigene Verwundbarkeit weiter zu reduzieren. Zusätzlich betreibt die Sowjetunion ein umfangreiches Zivilschutzprogramm, dem die USA nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die konventionelle Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte noch an Bedeutung. Gegenüber Europa könnte der Warschauer Pakt die Option eines konventionellen Überraschungsangriffs in gefährlicher Weise verbessern.

Hinzu kommt, daß die Sowjetunion in absehbarer Zeit eine neue Qualität der Bedrohung gegen Westeuropa durch Mittel- und Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper schafft, die auch konventionell einsetzbar sind. Dies gilt u. a. für die Raketen SS-21 bis SS-23⁴⁾, die sich durch Zielgenauigkeit, Waffenwirkung und Reichweite auszeichnen und mit modernen Aufklärungs- und Informationssystemen verbunden sind. Mit diesem Qualitätssprung verbessert der Warschauer Pakt in den neunziger Jahren die Option, mit Beginn eines Angriffs die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der NATO durch konventionelle Feuerschläge gegen wichtige militärische Einrichtungen in ganz Westeuropa erheblich zu schwächen.

Ein konventioneller Angriff gegen Europa wäre durch folgende Maßnahmen gekennzeichnet:

- Überraschung durch Tarnung, Täuschung und Geheimhaltung,
- Kampf in die/in der Tiefe durch weitreichende Waffensysteme (z.B. Raketen vom Typ SS-21, SS-12/22, SS-23) und moderne Flugzeuge (z.B. vom Typ Fender) mit Abstandswaffen, durch Luftlandeverbände und Sondereinheiten (SPEZNAZ),
- hohe Geschwindigkeit,
- takisch-operative Beweglichkeit (z. B. OMG⁵⁾).

2. Entwicklung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses USA/Sowjetunion seit 1970

Die Entwicklung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses seit ca. 1970 ist gekennzeichnet durch ein Aufholen der Sowjetunion. Demnach besteht zwischen beiden Supermächten ein ungefähres Gleichgewicht (s. Tabelle, Seite 116).

Die Vereinigten Staaten verfügen 1986 über weniger Trägersysteme als 1970, dafür aber über fast die doppelte Anzahl an Gefechtsköpfen. Die Sowjetunion hat in dieser Zeit die Zahl der Trägersysteme um rund 50 Prozent, die Zahl der Gefechtsköpfe um fast das 6fache gesteigert.

Beide Seiten haben mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine Modernisierung ihres nuklearstrategischen Arsenalen betrieben. Weit über 50 Prozent der sowjetischen Gefechts-

4) SS-21: Reichweite 120 km
SS-23: Reichweite 500 km
SS-12/22: Reichweite 900 km

5) OMG: Operational Maneuver Group = operative Manövergruppe.

köpfe befinden sich auf landgestützten Interkontinentalraketen. Diese weisen den höchsten Grad der Eindringfähigkeit und Zielgenauigkeit auf und bedrohen damit in besonderem Maße das landgestützte nuklearstrategische Potential der USA.

Die Vereinigten Staaten haben hingegen ihre für die strategische Abschreckung und Stabilität entscheidende Zweitschlagfähigkeit im wesentlichen auf seegestützten Potentialen abgesichert.

Parallel zur Steigerung der Offensivfähigkeit hat die Sowjetunion die Verwundbarkeit des nuklearstrategischen Potentials reduziert. Abschußanlagen wurden gehärtet, die C³⁶⁾-Einrichtungen und — durch ein umfangreiches Zivilschutzprogramm — Industriezentren sowie große Teile der Bevölkerung stärker geschützt. Die Stationierung der ersten landbeweglichen Interkontinentalraketen SS-25 zeigt, daß die Sowjetunion sowohl die Verbesserung der Offensivfähigkeit als auch die Reduzierung der eigenen Verwundbarkeit betreibt und diese Bemühungen auch in absehbarer Zukunft fortsetzen wird.

Strategische Nuklearwaffen
1970 bis 1986 (Stand: 1. 1. 1986)

USA				Sowjetunion			
1970 *)		1986 **)		1970 *)		1986 **)	
Träger	GK	Träger	GK	Träger	GK	Träger	GK
ICBM	1 054	1 084	1 023	2 133	1 300	1 398	6 420 ICBM
SLBM	656	656	824	5 568	304	304	2 748 SLBM
Strat. Bomber	460	3 640	236 ****)	2 744	170	300 ****)	1 070 Strat. Bomber
Gesamt	2 170	5 380	1 883	10 445	1 774	2 638	10 238 Gesamt

*) Angaben gem. Weißbuch 1983

**) Angaben gemäß Military Balance 1985—1986 hrsg. vom IISS

***) einschl. 130 Backfire-Bomber (je 3 GK)

****) einschl. 56 FB-111 A/B (je 4 GK)

*****) ohne 39 SS-N-5

GK = Gefechtsköpfe

3. Militärstrategische Aspekte

Angesichts der beschriebenen Forschungsanstrengungen der Sowjetunion und neuerdings der USA dürften beide Großmächte auf lange Sicht technologisch in der Lage sein, zumindest begrenzt wirksame strategische Defensivsysteme mit vergleichbarem Wirkungsgrad aufzubauen. Sollte sich eine Supermacht oder beide in der Zukunft entschließen, strategische Abwehrsysteme einzuführen, bliebe dies nicht ohne Auswirkungen auf die tatsächliche oder wahrgenommene Aufgabe der strategischen Potentiale. Breite Auswirkungen sind vorhersehbar.

6) C³: Command-Control-Communication = Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen

Würde die Sowjetunion den Aufbau eines strategischen Abwehrsystems fortsetzen, ohne daß die USA vergleichbare Abwehrmaßnahmen gegen ballistische Raketen ergreifen, hätte dies folgende Konsequenzen:

- Der Sowjetunion würde durch die Kombination aus unveränderter nuklearstrategischer Offensivfähigkeit und zusätzlicher strategischer Defensivfähigkeit eine strategische Überlegenheit zuwachsen, die
 - das Prinzip nuklearstrategischer Stabilität einseitig zu Lasten des Westens verändert,
 - von der Sowjetunion als Mittel politischer Erpressung genutzt werden könnte,
 - das Risiko eines nuklearen Schlages gegen die USA verringerte.
- Die Möglichkeit selektiver, strategischer, nuklearer Einsätze der USA als Mittel kontrollierter Eskalation zum politischen Zweck der Kriegsbeendigung würde mit wachsender Abwehrfähigkeit zunehmend gefährdet; damit verlöre eine für den Schutz Westeuropas wesentliche Abschreckungsfunktion der amerikanischen strategischen Nuklearstreitkräfte an Bedeutung. Gleiches gilt für die nuklearen Mittelstreckenpotentiale der NATO, da auch diese der Abwehr durch ein sowjetisches Defensivsystem ausgesetzt wären. Insgesamt könnten die Optionen der USA und der NATO zur nuklearen Eskalation zunehmend eingeschränkt werden.
- Die bestehende konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion würde noch schwerwiegender und das Risiko für die Sowjetunion, dieses Potential einzusetzen, gemindert.

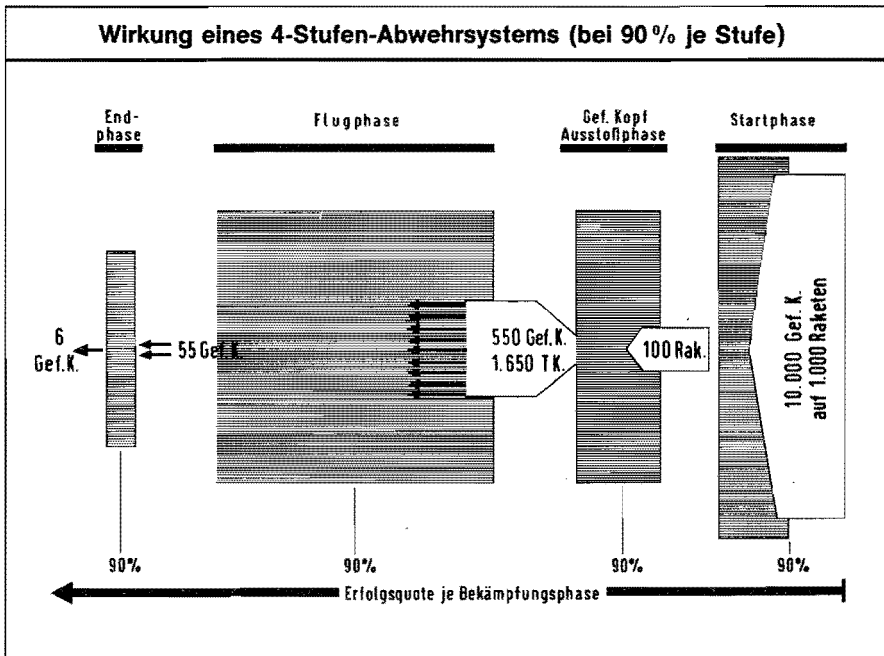
Reagieren die USA auf den Aufbau eines sowjetischen strategischen Raketenabwehrsystems ihrerseits mit der Errichtung eines strategischen Defensivsystems, würde dies den militärischen Nutzen eines sowjetischen Angriffs gegen die landgestützten strategischen Nuklearstreitkräfte der USA zunichte machen oder wenigstens beträchtlich verringern. Damit wäre einem Angriff der entscheidende Erfolg genommen und auch die Nutzbarkeit nuklear-strategischer Überlegenheit für politische Erpressung gemindert. In dieser Lage könnte ein Angreifer zwar die Masse seiner nuklearen Offensivstreitkräfte zur Bedrohung ziviler Ziele nutzen, gewissermaßen als Ersatz für eine nicht erfolversprechende Bekämpfung militärischer Ziele. Dies entspräche jedoch weder der vorrangig gegen militärische Ziele gerichteten sowjetischen Militärstrategie, noch wäre dies angesichts der ungeminderten Fähigkeit der USA zur nuklearen Reaktion politisch glaubwürdig.

Der Schutz der landgestützten strategischen Nuklearstreitkräfte der USA darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren Nutzen für selektive nukleare Optionen angesichts sowjetischer Abwehrsysteme gemindert bliebe; gleiches gilt für das nukleare Mittelstreckenpotential der NATO. Die Fähigkeit der NATO zur nuklearen Eskalation bliebe eingeschränkt. Ein strategisches Raketenabwehrsystem der USA gewinnt seine überragende Bedeutung dadurch, daß es die Stabilität im nuklear-strategischen Kräfteverhältnis sichert. Damit könnte jene neue Qualität der Abschreckung hergestellt werden, die die USA

durch beiderseitige Begrenzungen und Reduzierung des strategischen Offensivpotentials in SALT-Verhandlungen und -Verträgen vergeblich angestrebt haben. Die Abschreckung würde stärker auf nicht-nukleare Defensivmittel als auf nukleare Offensivkräfte abgestützt.

Geht man davon aus, daß auf absehbare Zeit strategische Raketenabwehrsysteme insbesondere militärische Ziele zu schützen haben, wird durch folgendes Zahlenbeispiel deutlich, daß bereits begrenzt wirksame Defensivsysteme eine große strategische Wirkung erreichen können.

- Ohne ein Abwehrsystem der USA könnte die Sowjetunion ihre 6000 ICBM-Gefechtsköpfe gegen 2000 amerikanische Ziele mit 3 Gefechtsköpfen pro Ziel einsetzen; dies ergibt eine hohe Zerstörungswahrscheinlichkeit. Bei einem vierschichtigen Abwehrsystem mit einer 65%igen Wirksamkeit je Schicht wären aber bereits 200 Gefechtsköpfe pro Ziel erforderlich, damit 3 Gefechtsköpfe jedes Ziel erreichen. Dieser Multiplikatoreffekt macht diese Angriffsoption praktisch sinnlos (siehe Graphik).



Auswirkungen für Europa

Insgesamt hätten strategische Defensivsysteme, auch wenn sie zunächst nur begrenzt wirksam wären, Auswirkungen auf das strategische Kräfteverhältnis zwischen West und Ost und damit erhebliche politische und militärische Folgen auch für Westeuropa:

- Die Fähigkeit der strategischen Nuklearstreitkräfte der USA und des Mittelstreckenpotentials der USA zur selektiven Bekämpfung von Zielen auf dem Territorium des Angreifers verlöre zunehmend an Wirksamkeit.
- Die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckungskräfte Frankreichs und Großbritanniens würde ohne Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit gegen militärische Ziele in ihrer Bedeutung geschwächt.
- Wenn Europa nicht in den Schutz von Abwehrsystemen einbezogen wird und auch keine eigenen Schutzmaßnahmen ergreift, gewönne das überlegene Mittel- und Kurzstreckenpotential der Sowjetunion eine bislang so nicht wahrgenommene Qualität als Drohpotential.

Die amerikanische Regierung hat jedoch von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß Westeuropa in den Wirkungsbereich geplanter Defensivsysteme einbezogen wird, wenn eine Entscheidung für ihre Einführung erfolgen sollte.

Westeuropa wird unabhängig von der Frage, ob ein strategisches Raketenabwehrsystem kommt oder nicht, auf die wachsende Bedeutung der konventionellen und regionalen nuklearen Bedrohung reagieren müssen. Die Möglichkeit, militärische Unterlegenheit in Europa durch den Rückhalt im strategischen Potential der USA auszugleichen, ist aufgrund der strategischen Parität ohnehin begrenzt und verlangt eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Unter den Bedingungen beiderseitiger strategischer Abwehrfähigkeit wird die Fähigkeit zur Abschreckung noch mehr auf die Fähigkeit zur konventionellen Verteidigung verlagert.

Es kommt daher für Westeuropa darauf an,

- die bereits eingeleiteten Anstrengungen zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit unvermindert fortzusetzen und
- zusätzlich einen Schutz aufzubauen gegen konventionelle und nukleare Angriffsoptionen des Warschauer Paktes mit Mittel- und Kurzstreckenraketen, Marschflugkörpern und Flugzeugen mit Abstandswaffen.

Dies verlangt, daß die europäischen Verbündeten und die USA rechtzeitig gemeinsame Verteidigungsanstrengungen unternehmen.

Maßnahmen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung der NATO sind durch Modernisierung der Rüstung und stärkere Nutzung der Reservisten sowie Verlängerung des Wehrdienstes eingeleitet.

Die bisherigen Überlegungen hinsichtlich der neuen Bedrohung durch sowjetische Flugkörper zielen auf eine schrittweise Erweiterung der integrierten Luftverteidigung der NATO in Europa.

4. Bündnispolitische Aspekte

Zu den unverrückbaren Eckwerten der Bündnispolitik in der NATO zählen:

- die Sicherung des Friedens und Wahrung territorialer Integrität;

- die politische und strategische Einheit des Bündnisgebietes, d. h. die enge Koppelung der Sicherheit Europas an die USA;
- die Solidarität der Allianzpartner und die ausgewogene Verteilung des gemeinsamen Risikos und der gemeinsamen sicherheitspolitischen Verantwortung.

Eine breite politische Unterstützung oder Beteiligung durch die europäische Bündnispartner am SDI-Forschungsprogramm bietet die Chance, politische, strategische und technologische Interessen gebündelt bereits in die Architektur der SDI-Forschung einzubringen.

Es liegt im sicherheitspolitischen Interesse aller Bündnisstaaten, daß die USA ihre strategische Handlungsfähigkeit behalten, denn nur mit dem verbürgten Beistand der USA ist eine glaubhafte Abschreckung und wirksame Verteidigungsfähigkeit Westeuropas möglich.

Bereits in der SDI-Forschungsphase und bei den Überlegungen für eine Erweiterung der NATO-Luftverteidigung ist Bündnissolidarität gefordert, um der Sowjetunion von Anfang an die Möglichkeit zu nehmen, durch politische Kampagnen die Allianz zu spalten.

5. Rüstungskontrollpolitische Aspekte

Die Initiative Präsident Reagans zu einer strategischen Verteidigung und die konsequente Verfolgung dieses Forschungsprogramms haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die Sowjetunion wieder an den Genfer Verhandlungstisch zurückgekehrt ist. Die Erforschung von Abwehrmöglichkeiten gegen ballistische Nuklearraketen erfolgt auch mit dem erklärten Ziel, Anreize zur Verringerung nuklearer Offensivwaffen ohne Verlust an Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Dieses Ziel unterstreicht den Zusammenhang zwischen Defensiv- und Offensivwaffen.

Die Notwendigkeit, Offensiv- und Defensivwaffen in Beziehung zueinander zu setzen, findet in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985 zu den Genfer Nuklear-, Defensiv- und Weltraum-Verhandlungen ihren Niederschlag. Dies wird in der Abschlusserklärung des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow vom November 1985 bekräftigt. Dort heißt es:

„Beide Seiten stimmen überein, daß das Thema der Verhandlungen ein Fragenkomplex sein wird, der die Weltraum- und Kernwaffen sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite betreffen wird, und zwar mit all den Fragen, die in bezug auf deren wechselseitiges Verhältnis in Erwägung gezogen und gelöst werden müssen.“

Die Lösung dieser Frage betrachten beide Verhandlungspartner als Mandat für Genf. Sie haben vereinbart:

„Wirksame Abkommen auszuarbeiten, die darauf abzielen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden und zugleich die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken.“

Der bisherige Verlauf der am 12. März 1985 aufgenommenen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf — wie auch alle bisher von sowjetischer Seite öffentlichkeitswirksam un-

verbreiteten Moratoriums- und Verhandlungsangebote — zeigt indessen, daß die Sowjetunion vorrangig die Einstellung der amerikanischen SDI-Forschung fordert. Für die Sowjetunion ist offenbar die Erfüllung dieser Forderung Vorbedingung für jegliche Ergebnisse im Bereich der nuklearen strategischen Rüstungskontrolle.

Hierbei macht die Sowjetunion eine — aus amerikanischer Sicht — willkürliche Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung für strategische Defensivsysteme, die erlaubt ist, und „zielgerichteter“ Forschung, die angeblich verboten sein soll. Die Forschung für Defensivsysteme wird jedoch weder durch den ABM-Vertrag noch andere Rüstungskontrollverträge verboten. Im übrigen könnte ein Verbot von Forschungsaktivitäten in den verschiedenen Forschungsstätten und Laboratorien ohnehin nicht wirkungsvoll überprüft und kontrolliert werden.

Die USA hingegen haben wiederholt deutlich gemacht, daß sie bei den Genfer Verhandlungen zunächst das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffensystemen klären und angesichts sowjetischer Forschungsaktivitäten und Entwicklungen von Abwehrmaßnahmen ihr eigenes Forschungsprogramm für eine strategische Verteidigung nicht zur Disposition stellen wollen. Sie haben zudem mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß sich die amerikanischen Forschungen strikt an den eng gezogenen Grenzen des ABM-Vertrages orientieren. Zu diesem Zweck überwacht ein vom Kongreß eingesetzter Sonderausschuß die Vereinbarkeit der SDI-Forschung mit dem ABM-Vertrag.

Sollten die Ergebnisse des Forschungsprogramms Entscheidungen über Entwicklung und Erprobung von Defensivsystemen jedoch ermöglichen, werden die USA sich zunächst um kooperative Lösungen mit der Sowjetunion bemühen.

6. Technologische/wirtschaftliche Aspekte

In der öffentlichen Diskussion zur SDI-Forschung spielen zwei Fragenkomplexe eine herausragende Rolle — die „Machbarkeit“ und die „Auswirkung des Programms auf die internationale Technologie-Entwicklung“.

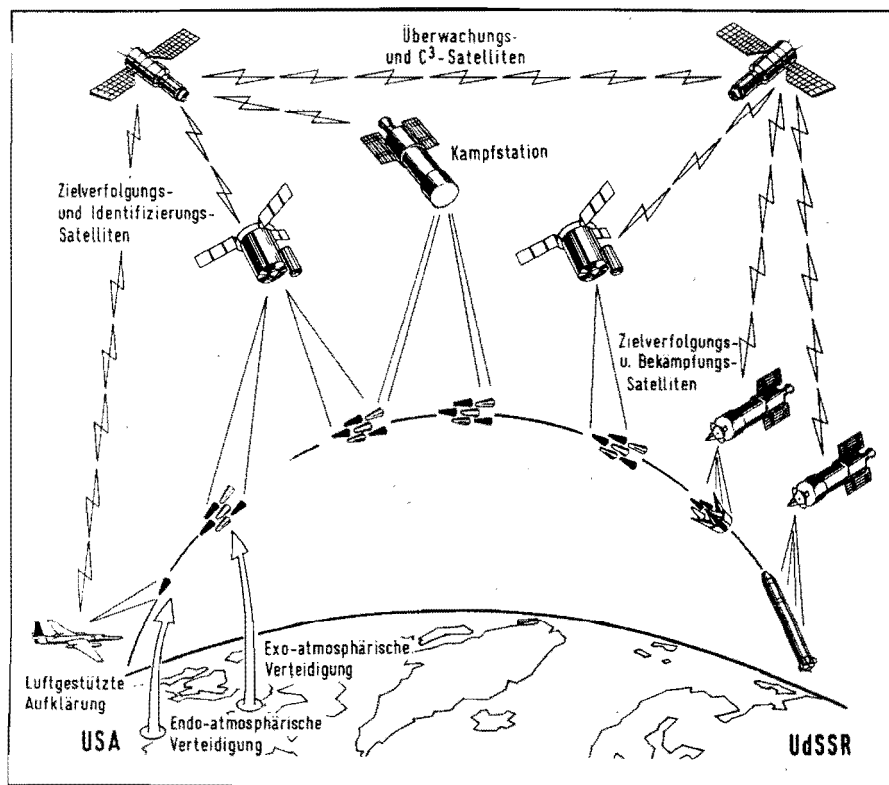
Der Einstieg in das SDI-Forschungsprogramm war — unter technologischen Aspekten — möglich, weil sich erhebliche Fortschritte im Bereich der Sensortechnik (Radar-Optronik) und Waffentechnik (Laser, elektromagnetische Kanone) abzeichneten. Auch die Leistungssteigerungen auf dem Gebiet der hochintegrierten Elektronik und bei der Software-Technologie trugen dazu bei, die Hoffnung auf den erfolgreichen Abschluß des Forschungsprogramms zu begründen. Diese Forschungen begannen bereits vor der Rede des US-Präsidenten vom März 1983. Mehr als die Hälfte des SDI-Anfangsbudgets setzte sich aus laufenden Vorhaben zusammen.

Die technischen Einzelanforderungen des SDI-Programms sind gewaltig. Sie übersteigen den heutigen Leistungsstand vielfach um das 10- bis 100-, in einigen Bereichen sogar um das 1000fache. Die seit dem Programmstart erreichten Forschungsergebnisse bestätigen bisher jedoch den Optimismus, das gesteckte Ziel zu erreichen. Insbesondere auf dem Ge-

biet der Waffenwirkung ist es durch den experimentellen Nachweis mit Hochleistungslasern und kinetischen Waffen gelungen, Aussagen zur prinzipiellen technologischen Realisierbarkeit solcher Teilsysteme ab Mitte der 90er Jahre zu untermauern. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf anderen Gebieten, insbesondere im Bereich der Informationstechnik solche Angaben gegenwärtig kaum möglich sind. Aussagen zur möglichen Realisierung eines Gesamtsystems sind daher noch offen (siehe Gaphik).

In diesem Zusammenhang müssen insbesondere die Aspekte der Verwundbarkeit, Zuverlässigkeit und Kosteneffektivität der Systeme gesehen werden. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Frage, ob Defensivsysteme überhaupt aufgebaut werden und ob mit diesen Systemen mehr Sicherheit und Stabilität geschaffen werden kann als mit Offensivpotentialen. Die Klärung erfolgt in einem schrittweisen Prozeß im Zusammenhang mit dem Nachweis der technischen Realisierbarkeit der Einzelkomponenten und einer Analyse möglicher Gegenmaßnahmen.

Modell der Zielbekämpfung eines 4-Stufen-Abwehrsystems



Das SDI-Forschungsprogramm ist hinsichtlich seiner Komplexität und seines technischen Anspruchs vergleichbar mit dem Apollo-Programm zur Weltraumtechnik in den 60er Jahren. Aufgrund der damals gemachten Erfahrungen kann ein breiter technologischer Impuls durch SDI auch auf dem zivilen Sektor erwartet werden. Dies gilt naturgemäß vor allem für die beteiligte amerikanische Industrie. Es wird für die europäischen Unternehmen von Nutzen sein, sich entsprechend ihren Fähigkeiten an SDI-Forschungsvorhaben zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist jedoch eine faire Partnerschaft beider Seiten und ein freier Austausch der Erkenntnisse im Rahmen der gebotenen Sicherheitserfordernisse.

Der vordergründige Aspekt des zivilen „Spin-Offs“ sollte nicht überbewertet werden. Er ist Folge des Forschungsprogramms, kann aber nicht das Ziel einer deutschen Beteiligung sein. Die Beteiligung deutscher Forschungseinrichtungen an SDI kann daher keinesfalls europäische Maßnahmen zur Förderung des technologischen Fortschritts auf breiter Basis ersetzen. In dieser Erkenntnis haben sich 17 europäische Staaten bei der Gründung von EUREKA zusammengefunden, um zivile, am Markt orientierte Projekte aus den Bereichen der Informations-, Kommunikations-, Roboter-, Werkstoff-, Fertigungs-, Bio-, Meeres-, Laser- sowie Umweltschutz- und Verkehrstechnik zu forcieren. Bisher sind zehn Projekte ausgewählt, weitere sollen folgen.

Auf die Stärkung der konventionellen Verteidigung kann sich hingegen das SDI-Forschungsprogramm in erheblichem Maße durch technologische Neuerungen auswirken. Insbesondere die Sensor-, Informations- und Waffentechnik von SDI dürfte die herkömmliche Wehrtechnik nachhaltig fördern. Ein wesentlicher Impuls ist dabei für die Fortentwicklung der Führungs- und Informationssysteme zu erwarten, die zusammen mit „intelligenten Waffen“ einen Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit liefern können.

7. Das SDI-Forschungsprogramm aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. April 1985 zu SDI, der Kabinettsbeschluß vom 18. Dezember 1985 über die Aufnahme von Regierungsverhandlungen mit den USA, der Abschluß eines Rahmenabkommens mit den USA am 27. März 1986 sowie die Regierungserklärung vom 17. April 1986 umreißen die Haltung der Bundesregierung.

Für die Bundesregierung stehen die strategischen und rüstungskontrollpolitischen Aspekte der Strategischen Verteidigungsinitiative im Vordergrund.

Angesichts der langjährigen sowjetischen Forschungsprogramme und ihrer möglichen Folgen und angesichts der Möglichkeit größerer Unabhängigkeit von nuklearen Offensivwaffen durch SDI, hat Bundeskanzler Kohl am 18. April 1985 u. a. festgestellt:

„Jeder, der ernsthaft eine umfassende Verringerung der Nuklearwaffenpotentiale in der Welt will, und jeder, der Vorbehalte gegen die nukleare Abschreckungsstrategie hat, die für uns heute und in absehbarer Zeit noch unverzichtbar ist, sollte über alle angebotenen alternativen Möglichkeiten der Friedenssicherung und der Kriegsverhinderung auf das sorgfältigste nachdenken.“

„Das amerikanische Forschungsprogramm ist daher aus unserer Sicht gerechtfertigt, politisch notwendig und liegt im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt.“

Sollten sich die USA — nach Abschluß der Forschungsphase — entschließen, ein strategisches Verteidigungssystem zu installieren, so wären die Bundesrepublik Deutschland — und ihre europäischen Bündnispartner — hierdurch in mehrfacher Hinsicht betroffen. Die Bundesregierung hat es daher schon frühzeitig für erforderlich gehalten, einen strategischen Dialog über die Folgen eines Aufbaus von Abwehrsystemen zu führen.

In der Regierungserklärung vom 18. April 1985 heißt es hierzu:

„Die Sicherheit Europas darf nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werden. Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit im NATO-Bereich geben.“

„Die Bündnisstrategie der Flexiblen Reaktion muß unverändert gültig bleiben, solange keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechendere Alternative gefunden ist.“

„Instabilitäten in einer möglichen Phase des Übergangs von der Strategie auf der Grundlage der (nuklearen) Vergeltung zu einer neuen Form strategischer Stabilität, die sich stärker auf nicht-nukleare Defensivsysteme stützt, müssen vermieden werden.“

„Disparitäten müssen abgebaut und das Entstehen neuer Bedrohungsfelder unterhalb der nuklearstrategischen Ebene muß verhindert werden.“

Es ist nach Auffassung der Bundesregierung ferner unerlässlich, daß vor Entscheidungen, die über die Forschung hinausgehen, kooperative Lösungen mit der Sowjetunion gesucht werden, die gewährleisten, daß

- die strategische Stabilität erhalten und nach Möglichkeit verbessert wird,
- die nuklearen Offensivpotentiale drastisch reduziert und
- das Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen einvernehmlich definiert wird, um ein Höchstmaß an Stabilität auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu gewährleisten.

Es bestehen für die Bundesrepublik Deutschland aber nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch wirtschaftlich-technologische Interessen am SDI-Forschungsprogramm. Das Programm verspricht einen technologischen Innovationsschub, der in seiner Bedeutung über den Anwendungsbereich der strategischen Verteidigung hinausgehen kann. Die Beteiligung von Firmen und Forschungseinrichtungen ist daher für ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland sehr wichtig.

Auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 18. Dezember 1985 sind mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Verhandlungen über die technologische Zusammenarbeit und über die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung deutscher Auftragnehmer aus Wirtschaft und Wissenschaft am SDI-Forschungsprogramm geführt und am 27. März 1986 abgeschlossen worden.

Unter Berücksichtigung der Vorgabe, daß eine staatliche finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am SDI-Forschungsprogramm nicht stattfindet, enthalten die beiden Vereinbarungen⁷⁾ Leitlinien, die einen Rahmen und zugleich eine Grundlage für die Zusammenarbeit in diesem Bereich bilden. Wesentliche Punkte sind:

- gleiche Bedingungen für die Beteiligung deutscher Unternehmen am Wettbewerb und Bereitstellung der notwendigen Unterlagen hierfür;
- Wahrung gewerblicher Schutzrechte auch für deutsche Unternehmen;
- Erschließung der zivilen Nutzung nichtklassifizierter Forschungsergebnisse;
- Informationsaustausch in abgestimmten Bereichen der SDI-Forschung zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung;
- Verbesserung der Konsultationsmöglichkeiten;
- Einbeziehung Berlins in die Vereinbarung über technologische Zusammenarbeit.

Ergänzend dazu wird in der Regierungserklärung vom 17. April 1986 u. a. festgestellt:

„Daneben stellt die SDI-Vereinbarung den Informationsaustausch zwischen den Verteidigungsministerien über die Forschungsergebnisse sicher und gewährleistet einen Know-how-Austausch zu den SDI-Technologiebereichen, die für die Verbesserung der konventionellen Verteidigung, insbesondere der Luftverteidigung, nützlich sind.“

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in der Vereinbarung ausdrücklich festgestellt, daß sie bei der Forschungszusammenarbeit mit deutschen Partnern ihre Verpflichtung aus dem ABM-Vertrag beachten wird.“

„Entscheidungen über die Entwicklung und Stationierung von strategischen Verteidigungssystemen sind nicht Gegenstand der Vereinbarungen und werden auch von amerikanischer Seite nicht vor Beginn des nächsten Jahrzehnts erwartet.“

„Im übrigen sind die strategischen Fragen von SDI von erheblicher sicherheitspolitischer Relevanz für das gesamte Bündnis. Dort wird diese Diskussion geführt.“

7) a) Gemeinsame Grundsatzvereinbarung über Technologieaustausch.

b) Vereinbarung über die Beteiligung deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen am SDI-Forschungsprogramm.

Das aktuelle Buch

Nicaragua

Das blutende Herz Amerikas. Ein Bericht, Martin Kriele, Serie Piper aktuell, Band 554, München 1985, ISBN 3-492-00854-2, 185 Seiten.

Das vorliegende Buch entstand unter dem Eindruck einer dreiwöchigen Reise des Autors Martin Kriele nach Nicaragua, während der er zum Teil so unglaubliche Dinge erlebt haben muß, daß ihm bei diesem Bericht „der wohlmeinende Rat zuteil wurde, die am unwahrscheinlichsten klingenden Einzelheiten zu unterdrücken, man werde sonst das Ganze für übertrieben halten.“ Indes — sagt Kriele in der Einleitung weiter — sei er nicht Dichter, sondern nur Berichterstatter und werde deshalb genau und erschöpfend wiedergeben, was durch Tonbandprotokolle, Mitschriften und Zeugen belegt ist — bei Gesprächen in Indianerdörfern und Flüchtlingslagern, mit Männern der „Amtskirche“ und der „Volkskirche“, mit Campesinos, Marktfrauen, Kirchgängern, Taxifahrern, Gewerkschaftern und Genossenschaftlern, mit Politikern der Regierung und der Opposition einschließlich der „Contras“. Ein repräsentatives und glaubwürdiges Bild dessen also, was sich in Nicaragua seit der sandinistischen Revolution ereignet.

Man hatte sich nach dem Sturz des Diktators Somoza 1979 durch die Sandinisten einen neuen Anfang für das Land und das unterdrückte Volk erhofft, doch heute, sechs Jahre später, sind diese Träume von einer besseren Welt zusammengebrochen. Nicaragua ist weit davon entfernt, eine Demokratie zu sein, es entwickelt sich vielmehr zu einem Zwangsstaat sowjetischer Prägung. Es herrschen wieder, oder sollte man vielleicht besser sagen: immer noch, Unfreiheit und Armut. Das Elend hat sich sogar verschlimmert; ein Augenzeuge erläutert: „Die Löhne sind seit der Revolution 1979 um das Fünffache gestiegen, die Preise aber um mehr als das Zwanzigfache. Also ist das Realeinkommen auf weniger als ein Viertel geschrumpft. Und die Leute waren schon vor der Revolution arm!“ Es herrscht große wirtschaftliche Not, viele Güter des täglichen Bedarfs, wie Hygieneartikel, Papier, elektrische Geräte, gibt es nicht. Die Regale in den Supermärkten sind leer.

Warum diese Verelendung? Schuld daran sind nicht die Amerikaner, wie das sandinistische Regime so gern behauptet. Die Schuld liegt bei den Sandinisten selbst. Sie selbst haben das Land in den Bürgerkrieg geführt, so erläutert der Autor an vielen Stellen.

Kriele möchte mit diesem Buch das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit aufrütteln, die sich, wie er sagt, zu einem großen Teil durch die sandinistische Propaganda immer wieder täuschen läßt. Es besteht eine geradezu unglaubliche Diskrepanz zwischen dem in der Öffentlichkeit oft gemalten Bild Nicaraguas und der Wirklichkeit. Kriele will mit diesem Bericht, indem er einführend die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes — „Von der Armut ins Elend“ —, dann die Bereiche „Macht und Menschenrechte“, „Indianische Schicksale“, „Kirche und Gegenkirche“ und „Der Bürgerkrieg“ darstellt, dazu beitragen, daß man auch hierzulande der bitteren Wahrheit ins Auge blickt.

Ein erschütterndes Bild von der Situation eines gequälten Volkes und ein aufrüttelndes Plädoyer für wirkliche Demokratie und Menschenrechte in Lateinamerika!

C.S.

Wörterbuch der ökologischen Ethik

Die Verantwortung des Christen für den Bestand der Schöpfung, hg. von Bernhard Stoeckle, Verlag Herder Freiburg im Breisgau 1986, Bd. 1262, ISBN 3-451-08262-4, 160 Seiten.

„Indem die Natur den Menschen zuließ, hat sie viel mehr als einen Rechenfehler begangen, ein Attentat auf sich selbst“, so drückt sich der Philosoph E.M. Cioran aus, wenn es um die Frage der Schädigung der nichtmenschlichen Welt geht. Hier äußert sich die Sorge um die Erhaltung der Umwelt, von der alle Menschen — ob gläubig oder nichtgläubig — betroffen und herausgefordert sind.

Wie der Herausgeber in der Einleitung des vorliegenden Wörterbuches erklärt, wurde der Mensch gewahrt, daß sein bisheriger Umgang mit der nichtmenschlichen Umwelt von bemerkenswerter Gedankenlosigkeit und Fahrlässigkeit bestimmt war, und daß es dadurch nicht nur der Umwelt, sondern auch ihm selbst an den „Kragen“ zu gehen droht, daß der Mensch sich entscheidenden Verhaltensänderungen unterwerfen muß, damit unser Planet noch gerettet werden kann.

Man dürfe die Umweltbelastung und -schädigung nicht allein der Industrie zur Last legen, sondern müsse das unzureichende Verhalten des Menschen selbst zum Kern des Problems machen. Solcherlei zu treffende Maßnahmen seien damit weder durch politische Initiativen, noch durch staatliche Reglementierung zu ersetzen. Die Kirchen mahnen, zum verantwortlichen Handeln gegenüber der Natur zurückzukehren.

Worauf es dabei entscheidend ankomme, sei die Bereitschaft, vor allem die nüchterne Sachlichkeit der Naturwissenschaften, verbunden mit den ideologischen Erkenntnissen der Theologie, zur Kenntnis zu nehmen.

In diesem Band versuchen nun Theologen und Naturwissenschaftler gemeinsam, eine Ethik zu entwerfen, die nicht bei freundlichen Postulaten stehenbleibt, sondern die Verantwortung des Menschen für den Kosmos an den entscheidenden Fragen der Gegenwart von A–Z konkretisiert. Es sind Stichworte vertreten, wie Atom, Bevölkerung, Chemie, Energie, Gentechnologie, Ökologie usw., die alle sehr ausführlich — auf je 3 bis 6 Seiten — besprochen werden. Es sollen hier zunächst die derzeitige Umweltproblematik und dann die Maßnahmen dargestellt werden, die notwendig sind, um den anstehenden Aufgaben gerecht zu werden.

Ob letzteres generell so möglich ist, sei dahingestellt, doch als Anregung und Aufforderung zu größerem Umweltbewußtsein ist das vorliegende Büchlein lesenswert.

C. S.

Glaubensbuch für Skeptiker

Dem Leben Sinn geben, Anton Grabner-Haider, Verlag Styria, Graz — Wien — Köln 1986, ISBN 3-222-11665-2, 167 Seiten.

Das Buch beginnt mit der Frage: Was ist Leben?

Unser Leben ist zunächst körperliches Leben, aber es ist nicht abschließbar in Prozessen der Materie. Denn Materie besteht nach Erkenntnissen der Physik aus wandelbaren Energieprozessen. Damit ist unser Leben offen für andere Dimensionen, die Materie übersteigen, das heißt, es ist offen u. a. für die Religion.

Was ist Religion?, so lautet nun die nächste Frage. „Religion“ als Beziehung zu den Kräften des Lebens und des Todes, die jeder einzelne erfährt, im Gegensatz zum Mythos, wo nur privilegierte Personen stellvertretend für eine Gruppe Zugang zur Welt des Göttlichen und Heiligen haben.

Mit „Grundfragen des Lebens“ ist dieses Kapitel — das erste von sieben weiteren — überschrieben; mehrere Unterpunkte erklären ausführlich und sehr leicht verständlich, worum es geht. Hier wird nicht mit großen Worten gespielt, wie man es sonst in theologischen Schriften so gern tut. Hier wird jedem ein neues Erleben der Religion zugänglich gemacht, in kleinen Schritten, mit kleinen Worten, leicht nachvollziehbar.

Das eigene Erleben, die persönliche Erfahrung mit den Dingen des Glaubens, das ist es, was in diesem Buch großgeschrieben wird. Am Ende jedes behandelten Punktes bieten Fragen an die eigene Person eine Vertiefung des eben Gelesenen, eine Aufforderung zur Konkretisierung des Gesagten an „mir selbst“, denn — so der Autor im Vorwort — ein Glaube wächst aus einer individuellen Lebensgeschichte; und alle Glaubensformeln sind Abkürzungen für Erlebtes und Vorgaben für neues Erleben.

Es soll eine neue Sensibilität für Religion geweckt werden mit dem Ziel, die Grundformen christlichen Glaubens neu zu entdecken, zu vertiefen und in das eigene Leben umzusetzen.

Das Buch bietet eine Hilfe, neue Wege zu Gott zu finden. Es holt den religiösen Glauben aus seiner Selbstverständlichkeit heraus, denn religiöse Überzeugungen und Lebensformen sind heutzutage keineswegs selbstverständlich, auch wenn Religion zu den Schulfächern zählt.

Nicht nur für Zweifelnde und Agnostiker zu empfehlen.

C.S.

Zahn um Zahn

Vom Umgang mit Zahnproblemen und Zahnärzten. Ein Ratgeber, Krista Federspiel, in der Patientenreihe Bittere Pillen, hg. von K. Langbein, K.-P. Martin, H. Weiss, Verlag Kiepenbeuer & Witsch, Köln 1986, ISBN 3-462-01743-8, 241 Seiten.

Wer kennt sie nicht: Zahnschmerzen. Der Weg zum Zahnarzt bleibt wohl keinem erspart.

Gedacht als umfassende Aufklärung über das gesamte Krankheitsgebiet „Zähne“, informiert der vorliegende Band über die Entstehung von Karies und Zahnfleischentzündungen und sinn-, aber auch nicht sinnvolle Vorbeugemaßnahmen. Er gibt Hinweise zur Selbstuntersuchung, zur richtigen Mundpflege und richtigen Ernährung.

Vor allem auch die Arbeit der Zahnärzte wird gründlich unter die Lupe genommen. Es wird aufgezeigt, wie ein seriöser Zahnarzt die Behandlung korrekt handhaben müßte.

Übersichtliche Tabellen sollen kritisch Aufschluß geben über Dentalpräparate und die von Zahnärzten verwendeten Mittel. Ein Stichwortregister und das sehr ausführliche Inhaltsverzeichnis helfen beim Nachschlagen.

Insgesamt eine sehr informative und allgemeinverständliche Darstellung, die dem Leser ermöglicht, dem behandelnden Arzt als informierter Gesprächspartner gegenüber zutreten.

C.S.

Allein erziehen — aber wie?

Anregungen und Beispiele, Reinhard Abeln, Verlag Neue Stadt, München — Zürich — Wien, 1986, ISBN 3-87996-183-2, 85 Seiten.

Erziehen ist schwer, allein erziehen noch schwerer. Diese Erfahrung machen viele, die mit einem oder mehreren Kindern weitgehend allein leben müssen. Es gibt oft Situationen, in denen man ratlos ist, vor scheinbar unüberwindlichen Problemen steht.

Zu Beginn schildert der Autor drei markante Beispiele, die stellvertretend für unzählige andere stehen können. Sie zeigen die Nöte und Belastungen, mit denen die rund eine Million alleinstehenden Mütter und Väter zu kämpfen haben.

Nicht nur die durch den Partnerverlust entstehenden Probleme, sondern auch die meist auftretenden finanziellen Schwierigkeiten müssen bewältigt werden. Als große Belastung kommt die Nichtbeachtung oder gar Verachtung der Alleinerziehenden durch die Gesellschaft hinzu. Gefühle des Verlassenseins, der Enttäuschung, Mutlosigkeit und Resignation müssen verarbeitet werden. Wie sind Erziehung und Beruf zu vereinbaren, ohne daß das Kind zu kurz kommt?

Das vorliegende Büchlein versucht, für diese schwierige Lebenssituation Anregungen und Hilfe zu geben. Das Ziel des Autors ist, wie er im Vorwort betont, den Leser durch die Beispiele und Schluß-

folgerungen der Schrift zum Nachdenken anzuregen und ihm zu helfen, bei der Erziehung seiner Kinder den rechten Ton, das rechte Maß an Geduld und Konsequenz sowie die rechte Mitte zwischen Nachsicht und Strenge zu finde

Das Bändchen ist in zehn spezifische Problembereiche betreffende Kapitel unterteilt und enthält acht ganzseitige aus dem Leben gegriffene Schwarz-Weiß-Photografien von Eltern und Kind.

Eine Adressenliste von überregionalen Organisationen gibt Kontaktstellen an, an die man sich mit Fragen und Problemen wenden kann.

Man findet hier keine Patentrezepte, doch als Anregung ist das Büchlein empfehlenswert.

C.S.

Schlaflos

Vom Umgang mit Schlafproblemen. Ein Ratgeber, Kurt Langbein, in der Patientenreihe Bittere Pillen, hg. von K. Langbein, H.-P. Martin, H. Weiss, Verlag Kiepenbeuer & Witsch, Köln 1986, ISBN 3-462-01741-1, 119 Seiten.

Schlafstörungen sind wohl jedem von uns bekannt. Sie können nur vorübergehend sein, sich aber auch zu einer ernstzunehmenden Krankheit entwickeln, die sowohl bei Erwachsenen und alten Menschen als auch bei Kindern auftritt.

Der vorliegende Band informiert von leichteren Schlafstörungen über die Mittel, selbst damit fertig zu werden, bis zu schweren Fällen, bei denen ärztliche Behandlung notwendig ist.

Neben der Darstellung der Ursachen der Schlafstörungen — Umwelt- und Arbeitsbelastungen, körperliche und psychische Erkrankungen — stehen ihre Behandlung durch Naturheilmittel, homöopathische Mittel, Entspannungsübungen, Psychotherapie und Medikamente im Mittelpunkt. Auch die Medikamentensucht und ihre Entwöhnungsmöglichkeiten werden angesprochen.

Ein Stichwortregister ergänzt den Ratgeber, der auch als kleines Nachschlagewerk geeignet erscheint.

C.S.

Mit Hochdruck leben

Was tun bei Bluthochdruck? Ein Ratgeber, Hans Weiss, in der Patientenreihe Bittere Pillen, hg. von K. Langbein, H.-P. Martin, H. Weiss, Verlag Kiepenbeuer & Witsch, Köln 1986, ISBN 3-462-01742-x, 148 Seiten.

Rund 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung leiden an Bluthochdruck. Viele wissen nichts davon, denn sie spüren ihn nicht. Im Gegensatz zu den meisten Krankheiten kündigt sich der Bluthochdruck nicht durch unangenehme Begleiterscheinungen an. Die gefährlichen Folgen zeigen sich erst nach Jahren: Herzerkrankungen, Gehirnschläge etc.

„Mit Hochdruck leben“ stellt die Ursachen dar, die zu Bluthochdruck führen können, unter anderem falsche Ernährung, zu wenig körperliche Aktivität, Stress, und gibt sowohl Ratschläge zur nicht-medikamentösen Behandlung als auch Empfehlungen zur Verwendung sinnvoller Medikamente.

Eine Bewertung der Medikamente, Naturheilmittel und homöopathischen Mittel, sowie detaillierte Angaben über Nebenwirkungen und Hinweise für die Einnahme sollen dem Leser helfen, sich besser im Dschungel der Präparate orientieren zu können.

Ein auch dem Laien verständliches Buch. Mit Hilfe von ausführlichem Inhaltsverzeichnis und Stichwortregister übersichtlich dargestellt.

C.S.

Der Königsteiner Engel

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

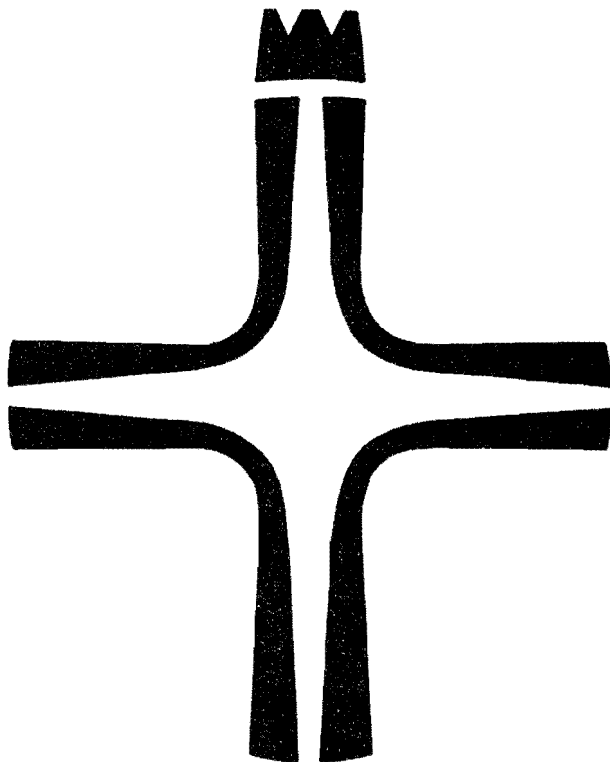
Nun gehört die Herrschaft der Welt
unserem Herrn und Gesalbten;
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 25 Jahren.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a. D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a. D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.